

POLITISCHE STUDIEN 442

 **Hanns
Seidel
Stiftung**

Orientierung durch Information und Dialog

63. Jahrgang | März-April 2012 | ISSN 0032-3462 | € 4,50

/// IM FOKUS

FRAUEN IN POLITIK, WIRTSCHAFT UND WISSENSCHAFT

Mit Beiträgen von

Anne Gfrerer | Ursula Männle | Emilia Müller | Hillary Rodham Clinton | Tanja Schwarzmüller |
Matthias Spörrle | Isabell M. Welp



/// **MARCEL HUBER** Zeitgespräch: Ein Minister für Umwelt, Gesundheit und „Leben“

/// **JUNHUA ZHANG** China: Bedrohung oder Partner für den Westen?

/// **PETER WITTERAUF** Die Weltwirtschaft im Umbruch

www.hss.de



Ein Jahr danach – ‚Fukushima‘ und die **FOLGEN** sind noch lange nicht vorbei.

DAS UNDENKBARE DENKEN

Tausende Menschen haben ihr Leben verloren und ganze Städte wurden verwüstet, als Japan am 11. März 2011 von einem Erdbeben und einem Tsunami heimgesucht wurde. Die Zerstörung hatte unvorstellbare Ausmaße und geriet zu einer Dreifach-Katastrophe, als es auch noch zu dem Reaktorunfall in Fukushima kam. Tagelang beobachteten die Menschen weltweit das dramatische Ringen um die Kernschmelze und die Freisetzung von Radioaktivität. Dass in Japan, einer der führenden Industrienationen mit technologisch hoch entwickelter Wirtschaft, ein Reaktorunfall passieren könnte, hieß bis dato gleichsam, „das Udenkbare denken“ und führte in Deutschland zu einer Neubewertung der Atomkraft und zur Energiewende, deren Gelingen seitdem zu einem täglichen Thema geworden ist.

Ein Jahr „nach Fukushima“ steigt nun wieder die Berichterstattung über die Situation vor Ort in Japan. Man erfährt von den Aufräumarbeiten, den Dekontaminierungsmaßnahmen und der Rücksiedlung von Bewohnern. Doch die Lage ist noch immer nicht gänzlich unter Kontrolle. Teile der Reaktorgebäude weisen so hohe Strahlenwerte auf, dass sie nicht betreten werden können und man nur wenig über den tatsächlichen Zustand weiß. Um eine weitere Freisetzung von radioaktivem Material zu verhindern, muss die gesamte Anlage eingehüllt werden. Die Verantwortlichen müssen außerdem versuchen, die Kühlung der Reaktoren dauerhaft in Griff zu bekommen und überlegen, was mit dem dadurch kontaminierten Wasser passieren soll. Für Japans Wirtschaft ist aber nicht nur die Dreifach-Katastrophe eine besondere Belastungsprobe, sondern auch der wachsende Wettbewerbsdruck mit den aufstrebenden asiatischen Nachbarländern. Jeder kann sich vorstellen, was das für die Menschen vor Ort bedeutet: Angst vor dem Verlust von Arbeitsplätzen, vor kontaminierten Lebensmitteln und auch vor weiteren Erdbeben. Es ist bewundernswert, wie gefasst die Bevölkerung mit der Situation umgeht.

Silke Franke
Dipl.-Geographin, Referentin für Umwelt und Klima,
Ländlicher Raum, Ernährung und Verbraucherschutz, Akademie für
Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung, München.



INHALT



06

IM FOKUS

12 DIE REFORM DES KOLLEKTIVEN GEDÄCHTNISSES

Einführung
CLAUDIA SCHLEMBACH

16 SCHRITT FÜR SCHRITT CHANCEN- GLEICHHEIT – ZUM NUTZEN ALLER

Frauen in Europa
EMILIA MÜLLER

24 FRAUEN IN DER POLITIK

Was hat sich verändert?
URSULA MÄNNLE

30 WOMEN'S BREAKFAST 2012

Remarks
HILLARY RODHAM CLINTON

35 DER HVB FRAUENBEIRAT

Diversity neu denken
ANNE GFRERER

39 FRAUEN IN DER WISSENSCHAFT

Please mind the gap!
ISABELL M. WELPE | TANJA SCHWARZMÜLLER |
MATTHIAS SPÖRRLE

52

POLITISCHE-STUDIEN- ZEITGESPRÄCH

06 EIN MINISTER FÜR UMWELT, GESUNDHEIT UND „LEBEN“

Politische-Studien-Zeitgespräch mit dem bayerischen Umwelt- und Gesundheitsminister
MARCEL HUBER

ANALYSEN

52 WIRD CHINA BEDROHUNG ODER PARTNER FÜR DEN WESTEN SEIN?

Neue Überlegungen zu einer alten Fragestellung
JUNHUA ZHANG

61 DIE WELTWIRTSCHAFT IM UMBRUCH

Welcher Ordnungsrahmen ist notwendig?
PETER WITTERAUF

72 ZWANZIG JAHRE NACH DEM ZUSAMMENBRUCH JUGOSLAWIENS

Zwischen Fortschritt und Stillstand
OLIVER JOACHIM ROLOFS | JOCHEN STÖGER

AKTUELLES BUCH

84 KÖNIGIN ELIZABETH II. FEIERT DIAMANTENES THRONJUBILÄUM

God save the Queen
REINHARD MEIER-WALSER

RUBRIKEN

03 EDITORIAL

87 REZENSIONEN

103 LESEEMPFEHLUNG

106 ANKÜNDIGUNGEN

108 IMPRESSUM

30



/// Politische-Studien-Zeitgespräch

MARCEL HUBER – EIN MINISTER FÜR UMWELT, GESUNDHEIT UND „LEBEN“

MARCEL HUBER /// ist seit November 2011 Bayerischer Staatsminister für Umwelt und Gesundheit, das sich auch als „Lebensministerium“ bezeichnet. Der promovierte Tierarzt wirkte dort bereits von Oktober 2007 bis Oktober 2008 als Staatssekretär, bevor er in das Staatsministerium für Unterricht und Kultus wechselte und anschließend zum Leiter der Bayerischen Staatskanzlei berufen wurde. Zu Hause im Landkreis Mühldorf am Inn ist er CSU-Kreisvorsitzender.

Politische Studien: Sehr geehrter Herr Staatsminister, als Chef des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Gesundheit tragen Sie auch für die Lebensmittelsicherheit und das Wohl der Tiere Verantwortung – was einem Veterinär besonders entgegenkommt. In den letzten Wochen gab es in den Medien viele kritische Berichte über die Folgen der Massentierhaltung und des Antibiotika-Einsatzes. Wie sieht angesichts dieser Herausforderungen Ihr Aktionsplan aus?

Marcel Huber: Antibiotika sind unverzichtbar in der Medizin – für die Gesundheit von Mensch und Tier. Die neue Situation der Antibiotika-Resistenzen ist allerdings bedenklich. Es muss alles getan werden, die Wirksamkeit der Antibiotika zu erhalten. Das Bayerische Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) untersucht regelmäßig Fleischproben auf Antibiotika-

rückstände. Zusätzlich zum nationalen Rückstandskontrollplan wurden 2010 174 Geflügelfleischproben auf Rückstände von Antibiotika untersucht. Dabei wurden keine Grenzwertüberschreitungen festgestellt. 89 % des Hähnchen- und 31 % des Putenfleisches waren gänzlich ohne Rückstände. Zudem hat das bayerische Gesundheitsministerium gehandelt und eine Sonderuntersuchung zur Keimbelastung bei Hähnchenfleisch in Auftrag gegeben. Ziel ist es, zusätzlich repräsentative, valide Zahlen über die Resistenzsituation zu erhalten. Gemeinsam mit den anderen Ländern spricht sich Bayern im Kampf gegen die zunehmenden Antibiotikaresistenzen für einen ganzheitlichen Ansatz für mehr Tiergesundheit durch eine Optimierung der Hygienestandards, der Haltungsbedingungen sowie des Bestandsmanagements aus.



Die Energiewende ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung.

Politische Studien: Transparenz in der Nahrungsmittelkette und die Tierhaltung bleiben sicherlich noch Themen, über die zu sprechen sein wird. Eine weiteres, großes Aufgabenfeld für die Zukunft ist die Energiewende. Die Federführung liegt zwar beim Wirtschaftsministerium, aber es gibt zahlreiche Aspekte, die weitere Ministerien berühren, beispielsweise bei der energetischen Gebäudesanierung oder beim Biomasseanbau. Auch Ihr Ressort ist betroffen. Das erfordert eine echte Koordinationsleistung. Gibt es kulturelle Hürden zwischen den Ministerien und den Verbänden?

Marcel Huber: Die Energiewende ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung. Dabei kommt es auf alle an. Dieser Verantwortung kommen wir gerne nach, gemeinsam mit den Verbänden. Die Energieagentur Bayern führt die Gesamtregie für die Energiewende. Wir selbst haben – als ein ressortübergreifendes Beispiel – noch vor Weihnachten den Windenergieerlass verab-



Durch die Energiewende sind Solaranlagen weiter im Aufschwung – Minister Huber wirbt für sie.

schiedet. Hier haben wir eng mit verschiedenen Verbänden zusammengearbeitet, etwa mit dem Landesbund für Vogelschutz. Natürlich gibt es auch noch andere Herausforderungen, zum Beispiel ein gemeinsames Verständnis zur Wasserkraft. Auch hier suchen wir den Dialog.

Politische Studien: Wie sieht es denn bei der Wasserkraft aus? Da soll bis zum Jahr 2021 der Anteil am Stromverbrauch von derzeit 15 % auf 17 % ausgebaut werden. Wie lässt sich das realisieren?

Marcel Huber: Die Wasserkraft ist eine wichtige Energiequelle, gerade in Bayern. Sie muss einen Beitrag zur Energiewende leisten. Bereits jetzt liegt der Anteil der Wasserkraft an den regenerativen Energien in Bayern bei 60 %. Mit einem Zehn-Punkte-Fahrplan für eine ökologische und naturverträgliche Wasserkraftnutzung wollen wir den Ausbau weiter voranbringen, vor allem mit Modernisierungen und Nachrüstungen. Ich strebe für Natur und Artenvielfalt innovative Lösungen an, eine Win-win-Situation für den Natur- und Gewässerschutz sowie die Energieerzeugung. Bis Herbst 2012 soll es zum Beispiel eine erste Liste mit Standorten geben, an denen Modernisierungsmaßnahmen sinnvoll erscheinen oder vorhandene Wehre nachgerüstet werden können. Auch hier ist uns ein enger Energiedialog mit den Verbänden wichtig.

Politische Studien: Wie begleitet das Umweltministerium die Kommunen bei der Energiewende? Viele Gemeinden möchten etwas tun, sind aber verunsichert, z. B. was die Regelungen bei der Windenergie angeht.

Marcel Huber: Das Umweltministerium unterstützt die Kommunen auf vielfälti-

ge Weise. Jüngstes Beispiel ist die Gebietskulisse Windkraft als Umweltpflichtleistung. Die Gebietskulisse ist eine Dienstleistung insbesondere für die Kommunen und Regionalen Planungsverbände. Sie zeigt nach bayernweit einheitlichen Kriterien die geeigneten Standorte für die Errichtung von Windkraftanlagen auf. Jetzt sind zunächst die Kommunen mit ihrer Ortskenntnis und Planungshoheit bei der weiteren Entwicklung gefragt. Auch der Leitfaden Energienutzungsplan leistet den Kommunen seit Februar 2011 eine wichtige Hilfestellung für eine effiziente Energienutzung. Mit dem Energie-Atlas Bayern haben die Kommunen im Internet unter www.energieatlas.bayern.de ein wichtiges Instrument an der Hand. Es zeigt Potenziale auf und ist Basis für regionale Energienutzungskonzepte oder Entwicklungspläne für erneuerbare Energien. Derzeit sind über 300.000 Anlagen erfasst, ihre Zahl wächst stetig. Neu hinzukommen wird ein Marktplatz für Abwärme. Ziel ist es, Wärme für Heizungen aus industriellen Prozessen, Müllverbrennungsanlagen oder Abwasser zurückzugewinnen. Der Energie-Atlas Bayern wird damit vom Routenplaner zur virtuellen Planungshilfe für erneuerbare Energien. Er wird bereits rege genutzt – die Anzahl der Klicks liegt bei über vier Millionen.

Politische Studien: Ich möchte in diesem Zusammenhang den „Flächenverbrauch“ ansprechen. Boden, das wird uns zunehmend bewusst, ist eine wertvolle Ressource. Nun brauchen wir die Flächen nicht nur für den Anbau von Nahrungsmitteln, sondern auch für den Anbau von Biomasse. Müssen wir um die „ökologischen Ausgleichsflächen“ und Grünlandflächen bangen?

Marcel Huber: Nein, die Kompensation von Eingriffen in Natur und Landschaft ist bundesgesetzlich festgeschrieben. Derartige Eingriffe müssen grundsätzlich vom Verursacher durch Bereitstellung von Ausgleichs- oder Ersatzflächen kompensiert werden. Ziel ist ein flächendeckender Mindestschutz und der Erhalt unserer Natur und Landschaft. Dabei besteht keine aus agrarstruktureller Sicht relevante Flächenkonkurrenz zwischen landwirtschaftlicher Nutzung und naturschutzfachlicher Kompensation. So können rund 40 % der Kompensationsflächen weiterhin landwirtschaftlich, z. B. als extensives Grünland, genutzt werden. Das Bayerische Naturschutzgesetz betont darüber hinaus die Notwendigkeit, Grünland in ökologisch sensiblen Bereichen zu erhalten. Hier setzen wir auf das bewährte Prinzip der Freiwilligkeit und schließen Verträge mit den Landnutzern. Auch die Bayerische Biodiversitätsstrategie ist ein wichtiger Baustein, um die Vielfalt an Arten und Lebensräumen zu sichern und Entwicklungsmöglichkeiten zu verbessern. Große Erwartungen setzen wir auch in die sogenannten „produktionsintegrierten Kompensationsmaßnahmen.“ Diese führen einerseits zu einer ökologischen Aufwertung von landwirtschaftlichen Flächen, andererseits müssen die Flächen dafür nicht aus der landwirtschaftlichen Nutzung genommen werden. Die Voraussetzungen für eine solche Flexibilisierung der Ausgleichsre-

gelung wollen wir in der geplanten Kompensationsverordnung verbessern.

Politische Studien: Wie sieht für Sie eine intelligente Vernetzung von Agrar- und Umweltproduktion aus?

Marcel Huber: Wir müssen heute so leben, dass auch unseren Kindern genügend Gestaltungsspielräume für ihr Bayern von morgen bleiben. Nachhaltigkeit ist unser Leitmotiv, auch für die Produktion von Agrargütern. So darf die Erzeugung von Biomasse nicht weiter dazu führen, dass nur noch Mais angebaut wird. Klar ist, dass die zukünftigen Herausforderungen wie die Energiewende nur durch eine gemeinsame Kraftanstrengung gelingen können. Dies setzt voraus, dass wir noch stärker als bisher über Fachbereiche hinaus zusammenarbeiten müssen, um intelligente und kreative Lösungen zu finden. Die 55 Landschaftspflegeverbände in Bayern, in denen Vertreter der Kommunen, des Natur- und Umweltschutzes und der Landwirtschaft vor Ort zusammenarbeiten, leisten hier einen wertvollen Beitrag.

Politische Studien: Wie zufrieden sind Sie mit den bisherigen Ergebnissen zum Flächensparen? Ein signifikant abnehmender Trend ist nicht erkennbar. Brauchen wir straffere Vorgaben?

„Nachhaltigkeit ist unser Leitmotiv, damit auch unseren Kindern genug Gestaltungsspielraum für morgen bleibt.“

Marcel Huber: Flächen stehen uns nur in begrenztem Umfang zur Verfügung. Wir müssen mit dem wertvollen Gut verantwortungsvoll umgehen. Bayern steht aber mit einem Anteil von nur 11,3 % Siedlungs- und Verkehrsfläche an der Gesamtfläche im bundesweiten Vergleich sehr gut da. Ziel der Bayerischen Staatsregierung ist es, den Flächenverbrauch im Freistaat deutlich und dauerhaft zu senken. Wir unterstützen die Kommunen dabei mit einer Reihe von Maßnahmen, beispielsweise mit einer Flächenmanagement-Datenbank, mit der Kommunen die vorhandenen Flächensparpotenziale erfassen und die Nutzung dieser Potenziale im Rahmen der kommunalen Planungshoheit optimieren können.

Politische Studien: Im Juni 2012 tagt die UN-Konferenz für nachhaltige Entwicklung. Sie soll die Neuausrichtung der Volkswirtschaften weltweit hin zu einer nachhaltigeren Wirtschaftsweise – „Green Economy“ – deutlich beschleunigen. Welche Erwartungen haben Sie bezüglich der Konferenz und wie bringt sich Bayern dabei ein?

Marcel Huber: Nachhaltige Entwicklung bedeutet den Erhalt der wertvollen ökologischen, ökonomischen und sozialen Grundlagen, um damit Wohlstand und Lebensqualität für heutige und

künftige Generationen zu sichern. Auf der UN-Konferenz geht es darum, sich auf einen globalen Rahmen zu verständigen, der allen Staaten und Regionen Rückhalt und Unterstützung bei ihren Bemühungen um mehr Nachhaltigkeit bietet und sich mit den drängenden Herausforderungen für die Weltgemeinschaft auseinandersetzt. Nachhaltigkeit bildet auch das Leitbild und den langfristigen Orientierungsrahmen für die Politik der bayerischen Staatsregierung. Die Staatsregierung hat deshalb beschlossen, eine neue Nachhaltigkeitsstrategie zu erarbeiten, die bayerische Ziele, Maßnahmen und Lösungsansätze für eine nachhaltige Entwicklung in Bayern formuliert und damit die Ziele der UN-Konferenz unterstützt.

Politische Studien: Das Treffen ist symbolträchtig, denn es findet abermals in Rio de Janeiro statt, wo sich die internationale Staatengemeinschaft beim „Weltgipfel“ vor zwanzig Jahren erstmals zum Leitbild der Nachhaltigen Entwicklung bekannt und das Aktionsprogramm „Agenda 21“ verabschiedet hat. Wie geht es heute mit der lokalen Agenda 21 weiter? Welche Anreize bieten Sie den Kommunen zur nachhaltigen Umsteuerung?

Marcel Huber: Der Bezug zur lokalen Agenda 21 ist richtig, aber nicht abschließend. Nachhaltigkeit hat an Bedeutung hinzugewonnen. Das berührt Fragen unseres globalen Wirtschaftssystems ebenso wie die Themen „Schuldenfreie Staaten“, Ökologisierung der Energiegewinnung, Ressourcensparen,

“

Ich befasse mich mit zukunftsrelevanten Themen – das ist eine tolle Herausforderung.

Erhalt der Megaressource Wasser und einen respektvollen Umgang mit der Schöpfung, um nur einige Schlüsselthemen zu nennen. Natürlich geht es auch um den Erhalt der Heimat, der regionalen Kultur, der Dorfgemeinschaft und der Solidarität zwischen Stadt und Land. Nachhaltigkeit ist ein Begriff, der unseren traditionellen Vorstellungen einer werterhaltenden, im besten Sinne konservativen Politik enorm nahesteht. Aushängeschild des Bayerischen Umweltministeriums ist derzeit das Projekt „Netzwerk Nachhaltige Bürgerkommune“. Dieses Projekt ist ein gelungenes Beispiel dafür, wie der Staat eine nachhaltige Entwicklung in Kommunen unterstützen kann. Auch künftig wird das Bayerische Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit innovative Modellprojekte unterstützen, etwa im Bereich der Energiewende oder des Demographischen Wandels. Dies sind die großen Herausforderungen, vor denen wir stehen. Ziel der Staatsregierung ist es, Unterstützung bei der Bewältigung der Zukunftsfragen zu bieten.

Politische Studien: Sie waren bereits 2007/ 2008 als Staatssekretär im Umweltministerium. Das Ministerium nennt sich inzwischen Lebensministerium. Die Energiewende setzt allerorten neue Schwerpunkte. Welche Akzente möchten Sie persönlich als Umweltminister setzen?

Marcel Huber: Ich darf mich aktuell wieder mit den Themen befassen, die sehr große Zukunftsrelevanz haben. Das ist eine tolle Herausforderung. Die Energiewende ist natürlich ein zentrales Thema. Ziel ist es, 50 % der elektrischen Energie regenerativ bis 2021 zu decken. Dabei dürfen wir unser Klimaziel, den

CO₂-Ausstoß pro Bürger und Jahr deutlich unter sechs Tonnen zu drücken, nicht aus den Augen verlieren. Auch die Bewahrung der Artenvielfalt ist mir ein wichtiges Anliegen. Ich bin aber auch Gesundheitsminister. Deshalb liegt es mir am Herzen, die qualitativ hochwertige medizinische Versorgung flächendeckend zu sichern und weiterzuentwickeln. Das Umwelt- und Gesundheitsministerium ist das Lebensministerium: Es deckt alle Bereiche des Lebens ab – von der Versorgung der Säuglinge bis hin zum Bestattungsrecht. Das macht diese Tätigkeit so spannend.

Politische Studien: Vielen Dank für das Gespräch.

Das Interview führte Silke Franke, Dipl.-Geographin, Referentin für Umwelt und Klima, Ländlicher Raum, Ernährung und Verbraucherschutz, Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung, München. ///



/// DR. MARCEL HUBER

ist Bayerischer Staatsminister für Umwelt und Gesundheit, München.

“

Ziel der Staatsregierung ist die Unterstützung bei der Bewältigung der Zukunftsfragen.

/// Einführung

DIE REFORM DES KOLLEKTIVEN GEDÄCHTNISSES

CLAUDIA SCHLEMBACH /// Das kollektive Gedächtnis ist ein wichtiges Moment für die Identität einer Gesellschaft. Es reflektiert in Teilen das gesellschaftliche Wertegerüst, erweist sich aber auch als alltagstauglich und anwendungsorientiert, weil es die Beziehungen zwischen den Menschen abbildet.

Das Kollektive Gedächtnis steht für die „Tradition in uns, die über Generationen, in jahrhunderte-, ja teilweise jahrtausendelanger Wiederholung gehärteten Texte, Bilder und Riten, die unser Zeit- und Geschichtsbewusstsein, unser Selbst- und Weltbild prägen“. Es ist deshalb aus gutem Grund zäh und hält dem Druck stand, auf jeden neuen Trend mit unmittelbaren Verhaltensänderungen zu reagieren.

Greifen wir die Beziehung zwischen Mann und Frau in ihrem diversen Rollenverständnis auf, das Bild der Frau und des Mannes bezüglich Familie, Beziehung und Ehe. In der Steinzeit erlegten die Männer als Jäger das Wild und schützten den Stamm vor feindlichen Übergriffen. Die Frauen waren Sammlerinnen, hielten die Höhle sauber, zogen den Nachwuchs groß und pflegten das soziale Netzwerk. Das war eine klare Rollenverteilung. Machen wir einen Jahrtausendsprung in die Gegenwart und in die kurz zurückliegende Vergan-

genheit unserer Gesellschaft. Es zeigt sich: Unser kollektives Gedächtnis, das wir so lange gepflegt haben, passt nicht mehr so richtig in unsere Zeit. Die gewachsenen Strukturen in den unterschiedlichen Lebenswelten von Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Familie haben vielfältige, neue Formen angenommen. Die Geschwindigkeit, mit der diese Veränderungen über uns hereingebrochen sind, die Dynamik, die darin steckt, steht nun im krassen Gegensatz zu der zähen Gedächtnismasse, die sich Veränderungen verweigert.

Die Zähigkeit im Zeitraffer

- 1886 gibt es die ersten Abiturprüfungen von Frauen in Berlin, 1901 darf Mathilde Wagner als erste ordentliche Studentin in Medizin promovieren. Seit 1921 können sich Frauen auch habilitieren. 1999 bekommt Marion Kiechle als erste Frau eine C4-Professur in Frauenheilkunde. 1967 liegt der Anteil der Studentinnen in Deutsch-



Unser kollektives Gedächtnis ist noch auf Steinzeit programmiert. Das muss sich ändern.

land noch bei 27 %, 2006 erstmals bei der Hälfte. Heute sind es die Frauen, die die meisten Studienabschlüsse machen.

- 1906 prescht Finnland in Europa mit dem Frauenwahlrecht vor, 19 weibliche Abgeordnete werden in das Parlament gewählt, Deutschland folgt 12 Jahre später. Immer wieder schaffen es Frauen nach dem Zweiten Weltkrieg in die Spitzengremien der Partei, bleiben aber die Ausnahme. Ursula Männle, die sicher als politische Pionierin gelten darf, schildert in diesem Heft ihre Einschätzung darüber, was sich tatsächlich geändert hat.
- Die Diskussion um Führungspositionen in der Wirtschaft gab es bis vor wenigen Jahrzehnten in Deutschland noch nicht, weil das System mit managergesteuerten Betrieben erst seit Mitte des letzten Jahrhunderts entstand. Davor standen die Unternehmer im Blickpunkt und ganz vereinzelt auch Unternehmerinnen wie z. B. Margarete

Steff, Käthe Kruse, Elisabeth Beusen oder Aenne Burda. Heute haben wir auf dieser Ebene Elisabeth Schöffler, Liz Mohn oder Nicola Leibinger-Kammüller. Auch die sogenannten Führungspositionen sind im Mittelstand mit 20 % Frauenanteil nicht überwältigend, aber doch deutlich besser besetzt als in den investorenbetriebenen Konzernen. Dort variieren die Zahlen zwischen 3,5 und 7,5 % – so oder so, beeindruckend ist die Marge nicht.

- Auch in anderen Bereichen waren Frauen lange Zeit nur als Solitäre auszumachen: Therese Giehse auf der Bühne, Christl-Marie Schultes, die erste Pilotin in Bayern, Johanna Sophia Kettner, die als Mann verkleidet 1746 zum Korporal berufen wurde oder Therese von Bayern, die Tochter von Prinzregent Luitpold, die aus den Salons flüchtete, Naturforscherin wurde und den ersten Ehrendoktor der Münchner Universität erhielt.

Schlussfolgerungen

Es fehlt dem Gedächtnis bis dato noch die kritische Masse an Frauen, um zu einer Veränderung getrieben zu werden. Es gab eben immer schon Amazonen, die sich nicht in die Schablone fügten. Ihre Handlungen wurden von Frauen und Männern mehr oder weniger bewundert, gefürchtet und belächelt. Es reichte jedenfalls nicht aus, um ausreichend andere Frauen aus der Höhle zu locken. Sie fanden das Höhlendasein attraktiver, sie trauten sich nicht auf das neue und damit unsichere Terrain, sie definierten ihre Rolle ganz anders und fürchteten, dem Druck der Gemeinschaft nicht standzuhalten, wenn sie „ihr Ding“ machen würden. Die Männer wollten keine „Amazonen“ neben sich und verteidigten die Strukturen, die sie aufgebaut hatten, die ihnen vertraut waren und in denen sie sich sicher bewegten. Sie betrachteten Gleichberechtigung nicht nur als rhetorische Floskel, sondern als Angriff auf ihren Status quo, auf die Territorien Raum, Zeit, Familie bzw. Frau.

Für die Mehrheit der Männer und Frauen war das über viele Jahrzehnte hinweg eine gute Symbiose, die von beiden Geschlechtern weitgehend mitgetragen wurde. Scheinbar losgelöst davon aber entwickelten sich Rahmenbedingungen, die die Sinnhaftigkeit dieser Rollenverteilung in Frage stellten. Die

Zur Änderung des kollektiven Gedächtnisses braucht es mehr WEIBLICHE VORBILDER.

demographischen Daten gehören sicherlich dazu. Die Gesellschaft schrumpft, wir brauchen gut ausgebildete Arbeitskräfte und die dürfen dann auch weiblich sein. Die Akademisierungs- und Ausbildungsquoten sprechen dafür. Die finanzielle Situation erlaubt es außerdem vielen Familien gar nicht mehr, dass es nur einen Ernährer gibt. Diesem Druck kann sich heute kaum jemand entziehen.

Und ohne hier in Ursache-Wirkungs-Ketten denken zu wollen, ist sicher mitentscheidend, dass mit zunehmender Bildung und damit Aufklärung und Selbstreflexion einhergehend beide Geschlechter neue Chancen sehen. Die Frauen wollen in die männliche „Arena“, und mehr und mehr Männer geben zu, dass sie es als Entlastung empfinden, wenn die Frauen sich zunehmend paritätisch an der „Jagd“ und dem Schutz des Territoriums beteiligen und sie selbst mehr Zeit für die Kinder haben. Manche zeigen sogar großes Geschick bei der Pflege der „Höhle“. In der Summe sind das die Grundlagen einer neuen, gleichberechtigten Form des Zusammenlebens und -arbeitens, in der auch Familie und Kinder wieder eine neue Bedeutung bekommen können. Sie sind der Katalysator für Veränderung – aber das Ganze bleibt zäh.

Natürlich zeigt sich, dass der Weg aus der weiblichen Lebenswelt in die Welt der Männer und vice versa nicht reibungslos verläuft. Die von den Männern aufgebauten Strukturen und Institutionen sind nicht die der Frauen. Und die darin ablaufenden Prozesse und Riten sind ihnen ebenfalls nicht vertraut. Auf der anderen Seite müssen die Männer erkennen, dass sie mit den klassischen Methoden wie Blockade, Verdrängung, „Beseitigung“ oder Drohung die Frauen nicht mehr aufhalten können.

In unserer komplexen Welt ist es wichtig, jenseits von institutionellen Zwängen, Glasdecken und Bewusstseinswandel, Frauen in alle Lebensbereiche verstärkt zu integrieren. Es geht hierbei um die Reduktion von Komplexität durch Pluralismus, multiperspektivisches Herangehen an Aufgaben und weibliche Methoden der Konfliktlösung, die sie angeblich sehr gut beherrschen, aber auch um mehr männliche Präsenz in der Familie. Es geht um die Ausweitung des Nährbodens für Innovation, die Kombination von Lebenswelten und den darin geltenden Regeln, Methoden und Erfahrungen. Hillary Clinton beschrieb das in ihrer Rede beim zweiten Women's Breakfast, das die Hanns-Seidel-Stiftung zusammen mit der Staatskanzlei und WIIS.de organisiert hat, sinngemäß so: „Wenn es in Gesprächen darum geht, wie wir uns dem Gegner gegenüber verhalten, welchen Schlag wir als nächstes führen wollen, dann werden die Einwände der Frauen als weiche, nicht zielführende Perspektive abgetan. Wir weisen das entschieden zurück.“

Wenn wir akzeptieren, dass wir diese Multiperspektivität brauchen, um die Herausforderungen unserer globalen Welt handhaben zu können, dann braucht es auch Raum, Gelegenheit und den Willen der Beteiligten dafür, damit sie in die Entscheidungen einfließen können. Das sind konkret die institutionellen Rahmenbedingungen, die Überzeugungen der Männer und Frauen, die Akzeptanz in der Gesellschaft für neue Rollenzuordnungen, ein wenig Toleranz für Reibungsverluste, Geduld und gleichzeitig ein nicht nachlassender Druck der Veränderung. Kurz: Es ist die Reform eines jahrtausendealten kulturellen Gedächtnisses. Das geht weit über die sogenannte „Frauenfrage“ hinaus.

Eine immer komplexere Welt muss die Frauen in allen Bereichen stärker INTEGRIEREN.

Wir haben es mit in der Hand, die Strukturen dafür zu legen.

Die Hanns-Seidel-Stiftung hat vor diesem Hintergrund zusammen mit der Bayerischen Staatskanzlei eine Tagesveranstaltung zu Frauen in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft organisiert und dabei eine Auswahl von Rednerinnen zu Wort kommen lassen. Bei der Veranstaltung selbst war deutlich geworden, dass es innerhalb dieser drei Bereiche ganz unterschiedliche Herangehensweisen an die Problemstellung gibt und dass die Lösungsansätze sowie die Bewertung der Eigenverantwortung der handelnden Personen variieren. Auch hier trägt die Überlappung der Bereiche und die damit gewonnene Transparenz zur positiven Gestaltung bei. Wir werden weiter daran arbeiten. ///



/// DR. CLAUDIA SCHLEMBACH
ist Referentin für Wirtschaft und Finanzen der Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung, München.

Anmerkung

* Assmann, Jan: Thomas Mann und Ägypten, München 2006, S.70.



Bildnachweis: AFP/Getty Images

Arabische Frauen kämpften für Freiheit und Mitbestimmung in ihrem Land.

/// Frauen in Europa

SCHRITT FÜR SCHRITT CHANCEN- GLEICHHEIT – ZUM NUTZEN ALLER

EMILIA MÜLLER /// Frauen bewegen die Welt – zuletzt haben das mutige Freiheitskämpferinnen im arabischen Frühling bewiesen. Dennoch sind Unterdrückung und Benachteiligung von Frauen nach wie vor an der Tagesordnung. Auch in Europa kann trotz mancher positiver Entwicklung von einer Chancengleichheit der Geschlechter noch lange nicht die Rede sein. Auf dem Weg zu mehr Chancengerechtigkeit ist noch einiges zu tun.

Arabischer Frühling – Eiszeit für die Frauen

Vor einem Jahr verfolgte Europa mit Spannung die Demokratiebewegung in der arabischen Welt. Diese Ereignisse haben Geschichte geschrieben und die Welt verändert. Wir erinnern uns an die Verzweiflungstat eines jungen tunesischen Obsthändlers, der sich aus Protest gegen die autoritäre Willkürherrschaft in seinem Land vor den Augen der Welt angezündet hat. Wir denken an die Fernsehbilder von tausenden jungen Menschen auf dem Tahrir-Platz in Kairo, die sich via Facebook und Twitter versammelt und damit einen Umbruch losgetreten haben. Und wir haben eindrucksvolle Bilder von Frauen vor Augen, die an vorderster Front in Ägypten, Tunesien und Libyen für die Revolution, für Freiheit und Mitbestimmung und für Frauen- und Menschenrechte ge-

kämpft haben – mutige und hoffnungsvolle Bilder.

Ohne Frauen wäre der Aufstand in Ägypten und den anderen Ländern der arabischen Welt undenkbar gewesen. Ein Jahr danach haben sich die Bilder gewandelt. Wir sehen im Fernsehen oder im Internet, wie bei Demonstrationen Frauen von Männern beschimpft, gedemütigt, verprügelt und verschleppt werden. Wir lesen voll Entsetzen in den Zeitungen von sexuellen Übergriffen, von Jungfrauentests und Misshandlungen – auch westlichen Journalistinnen gegenüber. Und schließlich wird nach der konstituierenden Sitzung des ersten frei gewählten Parlaments in Ägypten offenkundig, was viele vorher bereits befürchtet hatten: Der „Arabische Frühling“ ist für die Frauen der Revolution zur Eiszeit geworden. Mit weniger als zwei Prozent Frauenanteil bei den Abge-

ordneten spielen Frauen in Ägypten politisch keine Rolle mehr.

Das demokratische Wahlergebnis bestätigt die wissenschaftlichen Untersuchungsergebnisse des Genfer Weltwirtschaftsforums. In seinem „Global Gender Gap Report 2011“ werden weltweit Fortschritte bei der Gleichberechtigung von Frauen gemessen. Der Report stellt Ägypten und den anderen arabischen Staaten ein miserables Zeugnis aus. Ägypten belegt nur Rang 123 von 135 untersuchten Staaten.¹

Zeitungs- und Fernsehberichte anlässlich des Jahrestages des Arabischen Frühlings zeigen sich enttäuscht bis entsetzt über die offensichtliche politische und gesellschaftliche Unterdrückung der weiblichen Hälfte der ägyptischen Bevölkerung. Aber wundert es uns wirklich, dass die Revolution in der arabischen Welt nicht von heute auf morgen eine bessere und gerechtere Gesellschaft hervorgebracht hat? Haben wir ernsthaft geglaubt, dass ein jahrtausendealtes patriarchalisches System über Nacht den Mantel der Männerherrschaft abstreift und Frauen dieselben Rechte wie Männern zubilligt?

Ein Blick in unsere eigene europäische Vergangenheit zeigt, wie lange und steinig der Weg zur gesellschaftlichen und politischen Gleichberechtigung von Frauen und Männern ist. Es war und ist ein Weg der Hoffnungen und Rück-

schläge, der Siege und Niederlagen – ein Weg der kleinen Schritte, der unser Europa seit dem letzten Jahrhundert Stück für Stück chancengerechter macht.

Europas Wege zur Gleichstellung von Mann und Frau

Allein die Notwendigkeit des Internationalen Weltfrauentags am 8. März zeigt, dass dieser Weg noch lange nicht zu Ende ist. Auch unser europäisches Ringen um Chancengleichheit hat mit mutigen, selbstbewussten Frauen begonnen, die sich in Europa verstärkt für politische Mitbestimmung und das Frauenwahlrecht eingesetzt haben. Für unsere Vorreiterinnen der Gleichberechtigung war es ein harter Weg mit ungewissem Ausgang. Eine der Anführerinnen der militanten Suffragetten in England, Emmeline Pankhurst, hat einmal gesagt: „Die Militanz der Männer hat durch die Jahrhunderte die Welt mit Blut getränkt, und für diesen Horror, diese Zerstörung sind sie mit Denkmälern, großen Gesängen und Epen belohnt worden. Die Militanz von Frauen hat nur das Leben derjenigen bedroht, die diesen gerechten Kampf gekämpft haben. Nur die Zeit wird offenbaren, welcher Lohn den Frauen zugesprochen werden wird.“²

Rund hundert Jahre später wissen wir, dass die Denkmäler, Gesänge und Epen auf diese Frauen eher spärlich sind. Und wir wissen, wie lange der Lohn durch politische Gleichberechtigung in manchen europäischen Ländern auf sich warten ließ. Vorreiter bei der Durchsetzung des Wahlrechts für Frauen waren die skandinavischen Länder. In Mitteleuropa wurde fast überall nach dem Ersten Weltkrieg das Frauenwahlrecht eingeführt. Aber in den süd-europäischen Ländern und in Frankreich, der Wiege des Kampfes für Frei-

heit, Gleichheit und Brüderlichkeit, dauerte es immerhin bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs, bis die Demokratie Einzug hielt und Frauen wählen und politisch mitbestimmen durften. Den unrühmlichen Abschluss dieses europäischen Nord-Süd-Gefälles der Demokratieentwicklung bildet die Schweiz. 1990 musste der letzte Kanton vom Schweizerischen Bundesgericht gezwungen werden, das Frauenwahlrecht einzuführen. Demokratie – das zeigt dieser kurze Blick in unsere europäische Geschichte – ist stets ein langwieriger und schwieriger Prozess. Das Abgeben von Privilegien und Vormachtstellungen fällt nie leicht und Männern, die diese Vormachtstellungen seit Jahrhunderten genossen haben, schon gar nicht. Auch heute noch ist Überzeugungsarbeit notwendig, dass Gleichberechtigung zum Nutzen aller ist – auch der Männer.

Demokratie braucht daher Vorbilder, engagierte Demokratinnen und Demokraten. Es reicht beileibe nicht, dass engagierte Frauenrechtlerinnen für Gleichberechtigung kämpfen. Fortschritte bei der Chancengleichheit konnten und können nur erzielt werden, wenn die gesellschaftlichen Wortführer und politischen Verantwortungsträger – bis heute mehrheitlich Männer – diese Entwicklungen mittragen und unterstützen. Denn es gibt nach wie vor kein Parlament auf dieser Welt, das mehrheitlich mit Frauen besetzt ist, auch wenn die Frauen in den Ländern Europas in der Mehrheit sind.

Den skandinavischen Ländern ist es zumindest gelungen, ein Frauen-Männer-Verhältnis von rund 40:60 herzustellen. Das ist europaweit Spitze. Deutschland steht mit halb so vielen weiblichen wie männlichen Bundestagsabgeordneten im internationalen Län-

In Europas Parlamenten sind wir von Geschlechtergerechtigkeit noch WEIT entfernt.

derranking immerhin auf einem ordentlichen Platz 19 von 135 untersuchten Staaten³ und liegt im europäischen Ländervergleich noch im oberen Drittel. Aber von einer geschlechtergerechten sozialen Repräsentanz der Bevölkerung sind wir in unseren europäischen Parlamenten immer noch weit entfernt.

Der ehemalige EU-Kommissar für Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit, Vladimir Spidla, hat in seinem Vorwort zum Bericht der Europäischen Kommission mit dem Titel „Frauen in der europäischen Politik – Zeit zu handeln“ die Konsequenzen aus dieser unbefriedigenden Situation gezogen und folgenden Vorsatz formuliert: „Die Europäische Union ist bestrebt, die Gleichstellung der Geschlechter in Entscheidungspositionen zu fördern, das Bewusstsein für die Ungleichbehandlung von Frauen in diesem Bereich zu stärken und Maßnahmen zur Verbesserung dieser Situation zu ergreifen.“⁴

Frauencharta der Europäischen Kommission

Mit der Verabschiedung der Frauencharta am 5. März 2010 hat die Europäische Kommission die notwendigen Leitziele klar umrissen: gleiche wirtschaftliche Unabhängigkeit von Männern und Frauen, gleiches Entgelt für gleiche oder gleichwertige Arbeit, eine

Der Weg zu sozialer und politischer GLEICHBERECHTIGUNG ist lange und steinig.



Blumige Zeiten für Familien: Verantwortung kann nun aufgeteilt werden.

ausgewogene Repräsentanz der Geschlechter in politischen und wirtschaftlichen Führungspositionen in den EU-Mitgliedsländern, Respekt der Menschenwürde und das Recht auf Unversehrtheit von Frauen sowie das Ende der geschlechtsspezifischen Gewalt und schließlich die Durchsetzung der Gleichstellung von Frauen und Männern auch im Rahmen der EU-Beziehungen zu Drittländern.⁵

Für die zuletzt genannten Zielsetzungen gibt es einen breiten inhaltlichen Konsens in Europa. Was die gleiche wirtschaftliche Unabhängigkeit angeht, sieht es schon anders aus. Schon der Status quo in den EU-Ländern bietet eine höchst unterschiedliche Ausgangslage. Die Beschäftigungsquote von Frauen

reicht von 40 bis 75 Prozent: Letzteres ist die Zielmarke, die sich die EU bis 2020 für alle 20- bis 64-jährigen Frauen und Männer gesetzt hat.⁶ In Bayern haben wir diese Zielmarke mit 69,2 Prozent fast erreicht. Während in den skandinavischen und baltischen Ländern die Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern fast ausgeglichen ist, sind die Differenzen gerade in Südeuropa mit Werten zwischen 22 und 34 Prozent enorm.⁷ Eine Elternschaft wirkt sich bei Frauen und Männern sehr unterschiedlich auf die Beschäftigung aus. Während in Europa durchschnittlich 90,3 Prozent der Männer mit Kindern arbeiten, sind es bei Frauen mit Kindern unter 12 Jahren nur 65,6 Prozent. „Dies unterstreicht die ungerechte Verteilung

der familiären Verantwortung, signalisiert aber auch häufig das Fehlen von Kinderbetreuung und Möglichkeiten zur Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben“,⁸ folgert die Europäische Kommission. So unterschiedlich wie der Status quo sind auch die Haltungen, Einstellungen und Maßnahmen in den einzelnen Ländern Europas.

Gesellschaftlicher Rollenwandel

Bei uns in Deutschland hat sich hinsichtlich familiärer Verantwortung und Rollenverteilung bei der Kinderbetreuung gerade in den letzten Jahren ein enormer Bewusstseinswandel vollzogen. So hat noch vor fünf Jahren ein Bundeskanzler Familienpolitik als „Gedöns“ bezeichnet oder die zwei Vätermonate wurden als „Wickelvolontariat“

Bayern hat die **ZIELMARKE** bei der Beschäftigungsquote fast erreicht.

verunglimpft. Heute ist die männliche Politikwelt viel vorsichtiger mit solchen Äußerungen – hoffentlich aus Überzeugung. Alle Parteien haben inzwischen die Bedeutung der Familienpolitik als Zukunftsthema erkannt. Auch die Vätermonate sind ein voller Erfolg. Inzwischen nimmt rund jeder vierte Vater Elterngeld in Anspruch und lässt sich vom Arbeitgeber freistellen, um sich selbst um den Nachwuchs zu kümmern.⁹ Vor der Einführung des Elterngeldes waren Väter, die Elternzeit genommen haben, noch eine verschwindend geringe Minderheit. An diesem Beispiel wird deutlich, wie groß die Gestaltungskraft der Politik ist. Die richtigen und praxisnahen politischen Weichenstellungen können viel für Gleichstellung und Gleich-

berechtigung von Frauen und Männern bewirken.

Auch beim Thema Lohnungleichheit zwischen Frauen und Männern in Europa darf die Politik sich nicht zurücklehnen und den Schwarzen Peter der Wirtschaft, den Arbeitgebern und Arbeitnehmern zuschieben. Politik muss zumindest eine vernetzende Funktion übernehmen und die Akteure sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren des Lohnfindungsprozesses an einen Tisch holen, wie es derzeit in Deutschland geschieht. Ich wünsche mir aber auch, dass mehr männliche Politiker in Deutschland und Europa die Lohnschere zwischen Frauen und Männern anprangern. Denn das Thema ist keineswegs reine Frauensache. Die Frage der Geschlechtergerechtigkeit ist auch eine Frage der Leistungsgerechtigkeit in einer Gesellschaft, die künftig immer stärker auf weibliche, hoch qualifizierte Arbeitskräfte angewiesen ist. Ein Lohnunterschied von EU-weit durchschnittlich 18 Prozent ist diskriminierend und untragbar – das sollte von Frauen und Männern gleichermaßen so verstanden werden. Wenn stattdessen versucht wird, das Phänomen der schlechteren Bezahlung mit weiblicher Teilzeitarbeit zu rechtfertigen, vergisst man(n) wohl, dass diese Teilzeitarbeit meist ein Ergebnis der ungleichen Verteilung der Familienarbeit ist. Und wer schlechter bezahlte sogenannte Frauenberufe als Erklärung für geringere weibliche Löhne ins Feld führt, der sollte genau an diesem Punkt ansetzen, anstatt sich mit der Situation abzufinden. Berufe, die mit Menschen zu tun haben wie beispielsweise Erzieherin, Kranken- oder Altenpflegerin, brauchen eine höhere Wertschätzung. Respekt und Anerkennung gilt allen, die unsere

Geschlechtergerechtigkeit ist eine Frage der LEISTUNGSGERECHTIGKEIT.

Kinder erziehen oder Vater und Mutter im Altenheim pflegen. Das sind die gesellschaftspolitischen Zukunftsfragen, die wir als Politikerinnen und Politiker angehen müssen, wenn wir Politik für die Menschen machen wollen.

Schreckgespenst Quote?

Gesellschaftliche Veränderungsprozesse und politische Weichenstellungen bedingen sich immer wechselseitig. Politik reagiert auf eine sich verändernde Gesellschaft, genauso wie mit politischen Entscheidungen neue Maßstäbe und Anreize gesetzt werden, die wiederum die gesellschaftliche Realität verändern. Eine umstrittene, aber dringende Aufgabe ist das von der EU-Kommission vorgegebene Ziel einer ausgewogenen Repräsentanz der Geschlechter in politischen und wirtschaftlichen Führungspositionen. Hier ist die Politik am Zug. Freiwillige Selbstverpflichtungen gab es in den letzten zehn Jahren zuhauf. Genutzt haben sie kaum etwas. Welcher Mann gibt schon gerne seine gesellschaftliche, durch tradierte Rollenmuster verankerte Vormachtstellung freiwillig auf? Schaut man in die Vorstandsetagen, ist hier deutlich zu wenig geschehen. Deshalb trägt das klassische Totschlagargument gegen die Quote nicht, das mit der Sorge um eine mögliche Difframierung von Frauen als „Quotenfrauen“ argumentiert.

Quoten stellen Weichen

Auch ich bin von Quoten nicht uneingeschränkt begeistert. Quoten sind Krücken. Aber um Laufen zu lernen, braucht es eben manchmal Krücken. Vernunft, Überzeugungskraft und gute Argumente haben uns in der Vergangenheit leider zu wenig gebracht. Darum habe ich mich in meiner Partei vor drei Jahren für die Quote stark gemacht. Denn die ausdrücklichen Empfehlungen seitens des Parteivorstandes, Frauen bei Listenaufstellungen und bei der Nominierung von Direktmandaten stärker zu berücksichtigen, haben kaum etwas bewirkt. Ich bin froh, dass meine Partei und der Parteivorsitzende mit den Beschlüssen unseres Parteitages im Oktober 2010 hier einen Paradigmenwechsel geschafft haben.

Wir müssen Frauen die Möglichkeit geben, politische Führungsaufgaben und Mandate zu übernehmen und dabei zu zeigen, was sie können. Dafür brauchen wir die richtigen Weichenstellungen. Die Quote ist eine solche Weichenstellung. Sie ist eine Interimslösung, damit weibliche Mandatsträger auf allen Parteiebenen und in allen Gremien zur Selbstverständlichkeit werden. Ich weiß, dass gerade junge Frauen oft Vorbehalte gegen die Quote haben, weil sie befürchten, ihre Leistungsfähigkeit würde angezweifelt. Sie wollen sich nicht dem Vorwurf aussetzen, sie bräuchten die Quote aus mangelnder Eignung. Ich sehe das anders: Nicht wir Frauen brauchen die Quote, um in der Politik oder Wirtschaft einen Posten zu erhalten. Politik und Wirtschaft brauchen die Quote, um künftig für Frauen attraktiv und damit zukunftsfähig zu sein. Zudem kennen wir gerade in der Politik längst die ungeschriebenen Gesetze des Regional- oder Religionspro-

porzes, gerade bei uns in Bayern. Wieso tun wir uns dann mit dem Geschlechterproporz so schwer?

Wir müssen Frauen europaweit dazu ermutigen, den Griff nach Macht und Verantwortung nicht zu scheuen. Und wir brauchen mehr positive Beispiele: Wir brauchen Frauen, die es wagen, Veränderungen anzustoßen. Wir brauchen Frauen, die andere Frauen fördern, sie unterstützen. Frauennetzwerke sind heute unverzichtbar. Ich habe in meiner Partei schon vor vielen Jahren ein gut funktionierendes Mentoringprogramm für junge Frauen gestartet. Wir brauchen Frauen, die zukunftsorientiert denken und handeln, neue Wege beschreiten und als Vorbilder mit gutem Beispiel vorangehen. Das Vorbild ist stärker als alle Worte.

Nehmen wir uns ein Beispiel an den mutigen Frauen in Ägypten und in anderen arabischen Ländern. Sie lassen sich trotz Anfeindungen und männlicher Gewalt nicht davon abhalten, für ihre Rechte und ihre politische Mitbestimmung zu kämpfen. Diese Uner-schrockenheit sollten wir uns in Europa zum Vorbild nehmen auf unserem ungleich leichteren Weg hin zu mehr Gleichberechtigung und mehr Chancengerechtigkeit. ///



/// EMILIA MÜLLER

ist Staatsministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Bevollmächtigte des Freistaates Bayern beim Bund.

Anmerkungen

¹ Vgl. Hausmann, Ricardo / Tyson, Laura D. / Zahidi, Saida: The Global Gender Gap Report 2011, hrsg. vom World Economic Forum, Cologny/Genf 2011 S. 8 f.

² Zit. n. www.fembio.org/biographie.php/frau/biographie/emmeline-pankhurst.com, Stand: 2.2.2012.

³ Vgl. Global Gender Gap Report 2011, S. 53.

⁴ Spidla, Vladimir: Vorwort, in: Frauen in der europäischen Politik – Zeit zu handeln, hrsg. von der Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit Referat G1 bei der Europäischen Kommission, Luxemburg 2009, S. 3.

⁵ Vgl. http://europa.eu/legislation_summaries/employment_and_social_policy/equality_between_men_and_women/em0033_de.htm, Stand: 1.2.2012.

⁶ Vgl. http://ec.europa.eu/justice/gender-equality/economic-independence/index_de.htm, Stand: 2.2.2012.

⁷ Vgl. Fuchs, Gesine: Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt. Ein europäischer Vergleich, in: www.bpb.de/themen/AVISSS.html, Stand: 2.2.2012.

⁸ http://ec.europa.eu/justice/gender-equality/economic-independence/index_de.htm, Stand: 2.2.2012.

⁹ Vgl. www.bmfsfj.de/BMFSFJ/familie,did=176180.html, Stand: 2.2.2012.

Was wir brauchen, sind weibliche
VORBILDER und Frauennetzwerke.

/// Was hat sich verändert?

FRAUEN IN DER POLITIK

URSULA MÄNNLE /// „Als einzelne ist die Frau wie eine Rose – zu mehreren wie Unkraut.“ Diesen Satz, der dem ersten Parlamentspräsidenten des Bayerischen Landtages zugeschrieben wird, würde heute kein Mann einer Partei mehr öffentlich aussprechen. Auch wohlgemeinte Worte von Grußwortrednern bei Frauenveranstaltungen wie „man fühle sich wie ein Dorn unter lauter Rosen“ ernten heute nur noch Buhrufe oder abschätziges Lächeln.

Wenn ich in diesem Beitrag berichten soll, was sich innerhalb der CSU hinsichtlich der Frauenproblematik verändert hat, so ist mein Fazit: Vieles hat sich gewandelt seit meinem Eintritt in die CSU vor fast 50 Jahren. War ich damals als junge Frau in der CSU bei einem Frauenanteil von 8 % eine Exotin, so sind heute Frauen selbstverständlicher in der Politik und der Partei geworden. Einiges hat sich positiv entwickelt. Die programmatischen Aussagen über die Rolle der Frau haben sich grundlegend gewandelt. Die Grundsatzprogramme tragen den jeweiligen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland Rechnung. Sie lesen sich wie eine nachträgliche Akzeptanz der Änderungen im Frauenbild. Das heutige Grundsatzprogramm beschreibt die moderne Frau, kennt keinerlei Rollenfestlegungen und bekennt sich zur Gleichberechtigung in allen Bereichen

des Lebens – zumindest auf dem Papier. In den Köpfen der Parteimitglieder ist die Veränderung aber oft noch nicht angekommen.

Frauenkandidaturen

Der zweite Fortschritt ist in der Repräsentanz der Frauen in den politischen Ämtern festzustellen. Von Beginn an waren Frauen in der CSU im Vergleich zu anderen Parteien unterrepräsentiert und auch heute noch, 67 Jahre nach der Parteigründung, hat die CSU Nachholbedarf. Aber es hat sich etwas bewegt, nicht nur zahlenmäßig. Es waren nur wenige Frauen in den Mandaten, dennoch blieben sie im Gedächtnis, z. B. Maria Probst (bis in die 80er-Jahre hatte sie keine Nachfolgerin in einem Direktmandat), erste weibliche Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages und bekannt als „Maria Hilf“, oder Dr. Mathilde Berghofer-Weichner, erste weibliche stellvertretende Parteivorsitzende, erste



„Maria Hilf“ – Maria Probst (links) war die erste weibliche Vizepräsidentin des deutschen Bundestages, 1965 eine wirkliche Sensation.

Der Weg der Frauen ins Parlament ist nach wie vor **MÜHSAM**.

Ministerin in Bayern und erste stellvertretende Ministerpräsidentin. Sie schrieb Geschichte, Maria Probst in den Anfangsjahren der Bundesrepublik, Dr. Mathilde Berghofer-Weichner 30 Jahre später.

Es geht langsam, aber nachhaltig. Besonders schwer war es für Frauen, Direktwahlkreise zu bekommen. Die CSU glich dieses Defizit durch die Berücksichtigung von Frauen auf den Listen aus. Manchmal diente es auch als Argument bei den Aufstellungen: Mit der Verankerung einer Frau auf der Liste könne der Wahlkreis durch zwei Personen repräsentiert werden, weshalb sollte also eine Frau direkt aufgestellt werden. Jahrelang hat dies funktioniert, aber auch die Anzahl der Frauen limitiert. Heute ist es Allgemeingut, dass nur die Aufstellung von Frauen in den Direktkreisen den Einzug von Frauen in die Parlamente garantiert. Dass damit nicht die sofortige Anhebung der Anzahl der Frauen einhergeht, liegt auf der Hand. Wichtig ist z. B., wo werden Wahlbezirke frei oder wohnen die richtigen Kandidatinnen in den dortigen Gemeinden, denn von außen werden bei sicheren Kandidaturen keine Frauen akzeptiert. Besonders deutlich sieht man das Problem jetzt in Oberbayern. Bei der letzten Wahl kam niemand von der Liste in den Landtag und zur kommenden Wahl kandidieren fünf Frauen nicht mehr in den Stimmkreisen und

nur ein „männlicher“ Stimmkreis wird frei. Fragen wir nach den Aufstellungsveranstaltungen nach, wie viele Frauen künftig für die CSU im Landtag sitzen werden!

Dieses Problem wird man auch durch die Quote nicht lösen können. Für Delegiertenversammlungen gilt sie nicht und Listenquotierungen wären für die CSU, die die Partei ist, die ihre Mandate über die Direktkreise erhält, nicht wirksam. Und Kampfkandidaturen gegen amtierende Abgeordnete sind in der CSU bisher unüblich ... Also abwarten? Das dauert. Aber erfreulich ist, dass inzwischen einige Frauen durchaus direkt kandidiert haben und natürlich auch erfolgreich waren. Interessant ist, dass einige von ihnen – vor allem im Deutschen Bundestag – zunächst über die Liste kamen, sich im Bundestag bewährten und dann einen Wahlkreis erhielten: Michaela Geiger, Gerda Hasselfeldt oder Dorothee Bär sind prominente Beispiele. Nur wenige Männer müssen diesen Umweg gehen.

Wahrnehmung von Frauen

Als Ursula Krone-Appuhn, ehemalige Landesvorsitzende der Frauen Union sich für den Verteidigungsausschuss bewarb, stieß dies auf großes Erstaunen. Inzwischen wissen alle, dass Frauen nicht nur in der Sozial- und Bildungspolitik kompetent sind, sondern in allen Politikbereichen sich selbstverständlich bewegen. Geschätzt wird heute ihre besondere Sichtweise auf die Dinge. Sie stellen andere Fragen, sind konkreter auf die Lebenssituationen bezogen. Die Frauenperspektive erweitert den politischen Gestaltungsraum. Aber immer noch gilt, dass Frauenpolitik eher karrierefremd ist. Als ich Ministerin für Bundesangelegenheiten wurde, sagten

einige Parteifreunde gönnerhaft: „Endlich machst Du etwas Ernsthaftes“. Frauenthemen wurden selten wichtig genommen (Ausnahme war der §218, da redeten die Männer gerne mit). Alle Vorsitzenden der Frauen Union wissen, dass sie geringer geschätzt werden als Vorsitzende anderer Arbeitsgemeinschaften. Waren sie vorher Expertinnen auf einem bestimmten Gebiet und hoch anerkannt, werden sie dann nur noch unter der Frauenperspektive gesehen und leider oft belächelt. Und wer erlebt nicht heute noch als Frau, dass kaum zugehört wird, wenn sie spricht, dass der Lärmpegel steigt und dass auf ihre Argumente nicht eingegangen wird. Wenn aber ein Mann 20 Minuten später exakt das Gleiche sagt, wird dies sofort gewürdigt und als sehr gute Idee bezeichnet. Die Frau nimmt dies erstaunt zur Kenntnis, schweigt und ist froh, dass sich wenigstens ihre Idee durchgesetzt hat, auch wenn sie einem anderen zugeschrieben wird. Dies offen anzudeuten

Frauen werden in der Politik meist **NICHT** ernst genommen.

sprechen und sich zu wehren, fällt den Frauen auch heute noch schwer. Lediglich in speziellen Seminaren wird man dafür sensibilisiert.

Dennoch werden Frauen heute ernst genommen, während sie früher eher als „schmückendes Beiwerk“ galten. Sehr beliebt waren bei Foto- und Fernsehterminen die Plätze neben der Frau.

War man dann doch sicher, dass der Kammerschwenk auch die Männer daneben streifte. Apropos Äußeres, leider spielen Aussehen, Auftreten und Kleidung bei Frauen in der Politik eine wichtige Rolle (manchmal sogar eine entscheidende). Als Mitglied der Jungen Union schrieb ich in einem Beitrag über die Rolle der Frauen in der Politik kritisch über die unterschiedlichen Bewertungen des Äußeren von Politikern und Politikerinnen am Beispiel von Franz Josef Strauß und Dr. Mathilde Berghofer-Weichner. Die Entgegnung eines prominenten Politikers, man müsse sich die Frau auch im Bett vorstellen können, spricht für sich. Heute traut sich zumindest niemand mehr, dies öffentlich zu äußern.

Vertrauen zu Frauen

Frauen wählen keine Frauen - dieses Urteil entpuppt sich heute als Vorurteil. Mag es vor 60, 70 Jahren gestimmt haben, dass Frauen weniger zugetraut wurde und viele Frauen äußerten, diese Kandidatin solle sich lieber um Mann und Kinder kümmern anstatt auf politische Veranstaltungen zu gehen, oder dass besonders in kleineren Gemeinden Frauen auf den Kommunalisten trotz guter Platzierung nach hinten gewählt wurden, so gilt dies heute nicht mehr. Wie ließe sich sonst der Erfolg von Kandidatinnen gerade auch bei den Direktwahlen erklären. Wie oft ist es schon vorgekommen, dass eine Frau bei einer angeblich aussichtslosen Kandidatur gewonnen hat. Männer wollten keine Niederlage einstecken, die Frau hatte nichts zu verlieren und siegte. Wählerinnen und Wähler trauen heute den Frauen durchaus etwas zu, sie vertrauen sogar den Frauen mehr. Und sie werden seltener enttäuscht.



Dr. Mathilde Berghofer-Weichner, erste weibliche stellvertretende Parteivorsitzende und erste Ministerin in Bayern mit Franz Josef Strauß.

Der Grund für die Quote

Unterstützen sich die Parteifrauen aber auch gegenseitig? Gerade hier muss man differenzieren und die geschichtliche Entwicklung betrachten. Die Positionen für Frauen in Partei und Parlament waren limitiert – eine Frau genügte meist. Dies wussten die männlichen Kollegen gut abzusichern. Ich erinnere mich sehr gut an meine erste Kandidatur in den Landesvorstand der Jungen Union als Beisitzerin. Sechs Posten waren zu vergeben, zwei Frauen und mehrere Männer kandidierten. Vorweg wurde „die“ Frau gewählt. Das bedeutete, dass wir

zwei Frauen gegeneinander kandidieren mussten, die restlichen Männer traten um die weiteren fünf Posten gemeinsam an. Somit war gesichert, dass wirklich nur eine einzige Frau gewählt wurde. Wenn dies keine Quotierung war! Aber niemand nahm daran Anstoß und noch heute ärgere ich mich, dass ich mich damals nicht dagegen auflehnte. Ob ich es getan hätte, wenn ich nicht die Siegerin gewesen wäre? Wahrscheinlich war ich damals aber noch nicht genügend problembewusst. Später regte ich mich auf, als eine Satzungsänderung bei der CSU anstand. Die Stellvertreterzahl des Par-

teivorsitzenden sollte erhöht und der Zusatz „darunter eine Frau“ aufgenommen werden. Diskriminierend fand ich dies. Aber wahrscheinlich hätte es sonst noch länger gedauert, bis es eine weibliche Parteivorsitzende gegeben hätte. Auch gegen sonstige Quotierungen sprachen wir Frauen in der CSU uns aus, als die anderen Parteien derartige Regelungen in ihre Satzungen aufnahmen. Der Parteivorsitzende Strauß meinte damals, die Partei werde beweisen, dass die Frauen auch ohne Quoten in der CSU erfolgreich wären und sich die Zahl der Mandatsträgerinnen verändern würde. Er glaubte es und wir Frauen auch. Nicht erst heute wissen wir, dass es keine wesentlichen Veränderungen gab und nun zumindest für obere Parteiämter eine 40 % Quote eingeführt wurde. Diese wurde bei den letzten parteiinternen Wahlen erfüllt. Wie sich jedoch die Parlamentsrepräsentanz und die Zahl der Landrätinnen, Oberbürgermeisterinnen und Stadt- und Gemeinderätinnen verändern werden, dies müssen die nächsten Wahlen 2013/2014 beweisen.

Stutenbissigkeit?

Da die Zahl der Mandate und Positionen begrenzt war, war es ganz natürlich, dass die Frauen innerhalb der Partei sich selbst starke Konkurrenz machen mussten. Wenige Frauen konkurrierten um noch weniger Positionen. War diese erst besetzt, dauerte es Jahre, bis eine Änderung anstand. Jede Amtsinhaberin sah in den anderen und insbesondere in den jungen nachwachsenden Parteifrauen eine mögliche Rivalin oder eine, die sie aus dem Amt verdrängen wollte. Nicht selten kam es zum Kampf Jung gegen Alt und die Jungen ließen sich von den

OHNE Quote kommen die Frauen nicht weiter.

Männern gegen die Alten instrumentalisieren. Die Männer konnten unbeschadet zusehen – es ging ja nicht um ihre Posten. Nur wenige Frauen förderten gezielt den Nachwuchs, freuten sich über neue weibliche Mitglieder und unterstützten sie. Das heutige Mentoring-Programm wäre damals unmöglich gewesen, jetzt ist es Wirklichkeit und ein großer Erfolg. Aber Voraussetzung ist, dass mehr Ämter zur Verfügung stehen und ganz selbstverständlich auch Frauen gegen Männer kandidieren. Positiv festzustellen ist eine erhöhte Frauensolidarität. Sie stützen sich gegenseitig, kurz: Sie haben von den Männern gelernt. Netzwerke knüpfen ist wichtig und führt zum Erfolg. Vielleicht ist die neue innerparteiliche Frauensolidarität die wichtigste Errungenschaft und der Schlüssel zum Erfolg der Frauen in der CSU. Es hat sich also doch viel getan in den letzten 50 Jahren. ///



/// PROF. URSULA MÄNNLE, MDL
ist Vorsitzende der Arbeitsgruppe Bundes- und Europaangelegenheiten, Mitglied im Fraktionsvorstand und stv. Vorsitzende der Hanns-Seidel-Stiftung, München.

/// Remarks

WOMEN'S BREAKFAST 2012

Mehr Frauen an den Verhandlungstischen in sicherheitspolitischen Fragen – das wünscht sich die Außenministerin der Vereinigten Staaten, Hillary Clinton. Sie fand klare Worte, warum die Marginalisierung der Frauen in diesem Bereich riskant ist und welche Anstrengungen notwendig sind, damit Frauen ausreichend gehört werden.

Bereits zum zweiten Mal veranstaltete die Hanns-Seidel-Stiftung zusammen mit der Bayerischen Staatskanzlei und Women in International Security WIIS. das „Women's Breakfast“ am Rande der Münchner Sicherheitskonferenz. Staatsministerin Beate Merk konnte die Präsidentin des Kosovo, mehrere Ministerinnen, Senatorinnen, Staatssekretärinnen, Kommissarinnen, Journalistinnen und weitere hochrangige Damen begrüßen. Der Auftritt von Hillary Clinton gab der exklusiven Runde im Prinz-Carl-Palais dann noch einmal besonderen Glanz.

Frieden zu schaffen und zu erhalten, das ist an sich ein sehr schwieriger Prozess – aber der Ausschluss von Frauen macht ihn noch schwieriger, konstatierte Clinton. Mit dem nationalen Aktionsplan für Frauen, Frieden und Sicherheit wollen die Vereinigten Staaten klare Signale setzen und dem Ruf nach mehr

weiblicher Beteiligung gezielte Unterstützung von Frauen in Krisengebieten folgen lassen. Auch bei nationalen Entscheidungsprozessen soll die Gender-Perspektive mit einfließen – und dies alles in Einklang mit der UN-Sicherheitsratsresolution 1325, die darauf zielt, die Rolle der Frau in Friedensprozessen zu stärken. Clinton sprach sich explizit dagegen aus, die Gender-Perspektive als nicht zielführend in Friedensverhandlungen abzutun, und zeigte durch konkrete Beispiele auf, wieso das riskant sein kann (siehe hierzu im Folgenden die Original-Rede von Hillary Clinton).

Nach intensiven Fragen, denen sich Hillary Clinton auf ebenso charmante wie souveräne Art stellte, verließen die Damen das Palais und fuhren zur Sicherheitskonferenz in den Bayerischen Hof – ohne sie wäre die weibliche Präsenz unter die bis dahin geschätzte Marge von zehn Prozent gefallen.



Bildnachweis: Hanns-Seidel-Stiftung, München. Foto: Christine Hegenbart.

Auch oder gerade Frauen können Frieden schaffen. Darauf wies Hillary Clinton ganz entschieden hin.

Hillary Rodham Clinton: Thank you so much. Thanks to the Bavarian State Chancellery, which is hosting us, especially to Minister Merk, for organizing this breakfast, and to all of you for getting up so early on a Sunday morning in the cold to come out to show solidarity and support for women in international security. I wanted to make just a few brief comments and then if anyone has something they want to say or ask before I have to go to Bulgaria, I would be very pleased to respond.

I wanted to just focus our attention on an area that is of critical importance in which we are making some, but not

There are not enough WOMEN in international security and peacemaking.

enough, progress. And that was the passage of the historic UN Security Council Resolution 1325. We recognize that when we think about peacemaking, which is, after all, one of the critical tasks of any of us in international security, that something is missing. And that is women. There are not enough women at the table, not enough women's voices being heard. And when the Security Council passed Resolution 1325, we tried to make a very clear statement,

that women are still largely shut out of the negotiations that seek to end conflicts, even though women and children are the primary victims of 21st century conflict.

And this is not just a faraway problem. Where I was sitting up on the stage at the Munich conference, I was trying to count what looked to be the heads of women. And there were not enough, I have to tell you.

Participant: Thirty-seven.

Hillary Rodham Clinton: I don't know. Thirty-seven? Thirty-seven. Well, I didn't get that high a number, but I take your word for it.

And in the last two decades, dozens of conflicts have persisted because peace efforts were unsuccessful. Talks broke down, agreements were broken, parties found it easier to fight than to negotiate. And far too often in these failed efforts women were marginalized, making up, by one estimate, just eight percent of all peace negotiators. And when you look around the world, as a number of us are privileged to do in the positions that we hold now, or that we have held in the past, you see how hard it is to make peace under any circumstance. But the exclusion of women, I argue, makes it even harder.

With President Obama we developed an national action plan to ADVANCE women's participation in making and keeping peace.

Because there is a great story about an effort to try to resolve aspects of the conflict in Darfur a few years ago. And the men had been arguing and arguing for days about authority over a particular riverbed. And finally, a woman heard about this and just made herself walk in and say, "But that river dried up. There is no water in that river." Or think about the wonderful documentary, "Pray the Devil Back to Hell," about the women in Liberia. But for them, who knows whether that conflict would have ended?

And so that is why, in December, finally, the United States, under President Obama, launched the first-ever U.S. national action plan on women, peace, and security. We worked very hard on this, and we did it jointly, between the State Department and the Defense Department. Because, from our perspective, it was essential that we have a comprehensive road map for accelerating and institutionalizing efforts across the United States Government to advance women's participation in making and keeping peace.

And the national action plan represents a fundamentally different way for the United States to do business. It is really trying to lay out a new approach in our diplomatic, military, and development support to women in areas of conflict, and to ensure that their perspectives and that considerations of gender are always part of how the United States approaches peace processes, conflict prevention, the protection of civilians, humanitarian assistance.

Now, more than 30 countries, many of them represented here, have had similar national action plans developed. And we think the United Nations really deserves our support in making sure that we continue this progress. NATO



Sie haben es schon geschafft und wollen Andere bei ihrem Weg nach oben unterstützen. Eine Reihe erfolgreicher und einflussreicher Frauen traf sich mit der amerikanischen Außenministerin zum Arbeitsfrühstück.

itself has a robust effort, increasingly factoring women and their needs into key planning processes and training courses, and stationing experts through-out operational headquarters.

Now, I am well aware that whenever I talk about these issues, as opposed to who we are going to strike next and what kind of tough position we are going to take, it is often dismissed as soft or relegated to the margins of the real conversation. Well, we just completely reject that. And the evidence is so clear that rejecting it is the right decision. So if you look at what we did with the Department of State, Department of Defense, USAID, others across our government, it incorporates the lessons that our military has learned over, frankly, ten years of war about the links between the security of women and the stability and peace of nations.

Our military now has learned about the LINKS between the security of women and the stability and peace of nations.

For example, the Department of State works closely with the Department of Defense on the Global Peace Operations Initiative, which has facilitated the training of more than 2.000 female peacekeepers worldwide, many from African countries, where persistent conflict is so devastating to women and children.

In Afghanistan we have tried to increase the role of women, no easy task. We sent our own teams of female sol-

diers, as did other NATO-ISAF countries, to curb violence against women, honor killings, female immolation, as well as pursue certain security functions such as inspections and personal examinations. And in 2010, ten percent of the Afghan military academy's class will be women. And by 2014, we expect to field 5.000 women Afghan national police officers. That is a tough job. And I want all of us to support that, because part of what we have to do as we try to test whether peace is possible in Afghanistan, is to make it very clear that peace will not come at the expense of women's rights and roles. They have suffered too much for too long.

So, I would be eager to hear thoughts and perspectives. I look around this room and I see great colleagues, colleagues from the United States Senate – Susan Collins, who is here, I don't know if we have anyone else from the – anybody else from the – oh, Loretta Sanchez, who is from the House, and then other colleagues of mine in government, colleagues from the EU, from NATO, from other parts of our work together. So I would be delighted. And, of course, I am always pleased to be with the President of Kosovo, who has been such a great representative for her country. ///



/// HILLARY RODHAM CLINTON

ist amerikanische Außenministerin im Kabinett Obama.

/// Diversity neu denken

DER HVB FRAUENBEIRAT

ANNE GFRERER /// Seit 2010 beraten 30 profilierte Unternehmerinnen und Managerinnen die HypoVereinsbank und stoßen Initiativen zur besseren Verankerung und Förderung von Frauen in der Finanzbranche an. Eines der Anliegen des HVB Frauenbeirats ist Gender Diversity. Doch es geht um mehr: Die Frauen bringen ihre Erfahrung als Top-Führungskräfte für vielfältige Initiativen ein und treiben wichtige Themen innerhalb und außerhalb der Bank voran.

Wer die Diskussion um Frauenförderung und Frauen in Führungspositionen verfolgt, stellt fest: Die deutsche Wirtschaft befindet sich bei diesem Thema mitten in einem Veränderungsprozess, der an Dynamik zunimmt. Viele Unternehmen haben sich dafür entschieden, diesen Prozess aktiv anzugehen und bewusst zu gestalten. Dabei steht nicht mehr nur die Frage der Gleichstellung oder Geschlechtergerechtigkeit im Mittelpunkt. Immer wichtiger wird darüber hinaus, dass Unternehmen durch die Vielfalt ihrer Mitarbeiterschaft im Hinblick auf Innovation, Kreativität und Unternehmenskultur profitieren können. Für Unternehmen lohnt es sich ganz konkret mit Blick auf das Geschäftsergebnis, die Perspektive und die Erfahrung von Frauen stärker einzubeziehen. Darüber hinaus begegnen Unternehmen mit der Förderung von Frauen dem Fachkräftemangel und verschaffen sich Vorteile gegenüber dem Wettbe-

werb in der globalisierten Wirtschaft.

Aber gerade auf den Management-Ebenen sind Frauen selten. Ein Grund könnte sein, dass sich viele Unternehmen zwar mit qualitativen wie quantitativen Vorgaben konkrete Ziele setzen, aber schließlich daran scheitern, den notwendigen kulturellen Wandel zu vollziehen. Sie haben Schwierigkeiten, geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen, die Frauen motivieren und sie auf ihrem Karriereweg optimal unterstützen.

Unternehmen **PROFITIEREN** von Gender Diversity mit Blick auf das Geschäftsergebnis, wenn die Rahmenbedingungen stimmen.

Gründung des HVB Frauenbeirats

Angesichts dieser Bestandsaufnahme entschied sich die HypoVereinsbank im Jahr 2010, mit dem HVB Frauenbeirat ein eigenes Gremium ins Leben zu rufen. Von Anfang an gehören 30 Unternehmerinnen und Managerinnen dem Beirat an, der unter der Schirmherrschaft des Vorstandssprechers der HypoVereinsbank steht. Der Beirat spricht Empfehlungen zur besseren Verankerung und Förderung von Frauen in der Bank aus. Er ist auch eine Reaktion auf die wachsende Bedeutung von Frauen bei Finanz- und Kaufentscheidungen. Der Frauenbeirat soll durch seine Arbeit einen Beitrag dazu leisten, dass die Bank

auf die spezifischen Bedürfnisse von Mitarbeiterinnen und Kundinnen noch besser einzugehen weiß.

Das Gremium beschäftigt sich mit den großen Themen der Zeit aus der Sicht von Frauen in Führungspositionen. Seit mehr als zwei Jahren diskutiert der Beirat regelmäßig wichtige wirtschafts- und gesellschaftspolitische Themen. Dazu gehören auch Unternehmensführung nach der Finanzmarktkrise, Good Corporate Governance, nachhaltiges Wirtschaften oder Innovation und Finanzbildung. Die Bank profitiert dabei von der Erfahrung und Kompetenz der profilierten Unternehmerinnen im Beirat.

Der HVB Frauenbeirat besteht aus 30 Unternehmerinnen und Managerinnen.



Bildnachweis: HypoVereinsbank

Der HVB Frauenbeirat bringt die Perspektive von profilierten Unternehmerinnen ein und stößt langfristige INITIATIVEN an.

Erste Erfolge

In den ersten beiden Jahren seit seiner Gründung hat der HVB Frauenbeirat einige langfristige Initiativen angestoßen und begleitet. Einige Beispiele:

- Internes Mentoring: Über 20 Beiratsmitglieder begleiten als Mentorinnen seit zwei Jahren Frauen aus dem mittleren Management und weibliche Nachwuchsführungskräfte der Bank auf ihrem Karriereweg.
- Innovation: 2010 hat der HVB Frauenbeirat einen internen Ideenwettbewerb zur Bank von morgen ins Leben gerufen. Unter den 465 Einsendungen von Mitarbeitern wurden die besten Ideen ausgezeichnet, auf ihre Umsetzbarkeit geprüft und schließlich umgesetzt.
- Finanzbildung: Ein wichtiges Thema für den HVB Frauenbeirat war von Anfang an die Finanzbildung von jungen Menschen. Gestartet wurde die Initiative 2010 mit der eintägigen Veranstaltung „Zukunft Finanzen“ in München für Schüler und Studierende. Seit Beginn des Jahres 2012 ist die neue Finanzwissensplattform euro.de online. Sie stellt für Interessierte neutrales Basiswissen rund um die wichtigsten Finanzthemen bereit. Darüber hinaus bieten die Filialen der Bank Finanzwissensworkshops für Kunden und Nicht-Kunden vor Ort an.

Frauen und Führung – eine neue Führungskultur

Ein weiteres übergreifendes Thema, das dem HVB Frauenbeirat am Herzen liegt, ist der Wandel der Führungskultur in der modernen Wirtschaft und die Frage, welche Rolle Frauen in diesem Prozess zukommt. Unter anderem diskutiert der Beirat mit Experten und Unternehmern, was moderne Führungskultur für Unternehmen und ihren langfristigen Erfolg bedeutet. Hierzu wurde „Changing Leadership“, ein jährliches Symposium zu Führungsfragen, ins Leben gerufen. Im Zentrum stehen dabei auch die Folgen der neuen Arbeitswelt, die geprägt wird durch die andauernde Veränderungsanforderung an die einzelnen Mitarbeiter, individuelle Verantwortung und flexible Arbeitszeitmodelle. Auch die Frage, wie sich eine gute Führungskultur definiert und welche Qualitäten moderne Führungskräfte mitbringen müssen, ist Teil der Debatte.

Changing Leadership: In den Unternehmen vollzieht sich ein Wandel der Führungskultur.

Fokus 2012: Mentoring für Gründerinnen

Während sich allmählich eine neue Führungskultur entwickelt, befindet sich die gesamte Arbeitswelt im Umbruch. Die digitale Kommunikation und das Internet bieten jungen, aber auch älteren Menschen bisher nie da gewesene Möglichkeiten, weltweit und selbstbestimmt zu arbeiten. So ist es kaum verwunderlich, dass sich in den letzten Jahren unter Mithilfe zahlreicher Förderungsprogramme in Deutschland eine lebhaftere Gründerszene entwickelt hat, vor allem auch durch die fruchtbaren Kooperationen von Hochschulen und Unternehmen. Nur

Von Frauen für Frauen: Erfahrene Unternehmerinnen UNTERSTÜTZEN Gründerinnen.

Frauen sind kaum unter den Jungunternehmern.

Diese Tatsache nimmt der HVB Frauenbeirat zum Anlass, speziell Frauen auf dem Weg in die unternehmerische Selbstständigkeit zu begleiten. Mit der neuen Initiative HVB Gründerinnen-Mentoring legen die Beiratsmitglieder im Jahr 2012 einen Fokus auf diesen Themenbereich. Das HVB Gründerinnen-Mentoring will Frauen unterstützen und ermutigen, mit ihren unternehmerischen Ideen in die erste Reihe zu treten. Das Prinzip des Mentoring-Programms heißt „Von Frauen für Frauen“. Erfahrene Unternehmerinnen aus den Reihen der Beiratsmitglieder begleiten über ein halbes Jahr lang die Gründerinnen zusammen mit Gründungsspezialisten auf dem Weg in ihr eigenes Unternehmen. Die Beiratsmitglieder bringen dabei insbesondere ihre langjährigen praktischen Erfahrungen ein, von denen die Gründerinnen im Rahmen des Programms profitieren.

Durch Einreichung ihres Business-Plans können sich interessierte Unternehmensgründerinnen um einen von sechs Plätzen bewerben. Eine Jury wählt schließlich die besten Bewerberinnen für das Mentoring-Programm aus. Entscheidende Kriterien sind vor allem die Qualität des Business-Plans und die Gründungsidee.

Diversity – eine strategische Aufgabe

Der HVB Frauenbeirat mit seinen 30 Unternehmerinnen ist ein Erfolgsmodell, das ein breites Themenspektrum aus der Sicht von Frauen konstruktiv diskutiert und mit Initiativen zum Leben erweckt. Der Blick zurück auf die vergangenen beiden Jahre und die Diskussionen mit den Mitgliedern des HVB Frauenbeirats lassen den Schluss zu: Der Druck wächst, mehr Chancengleichheit zu erreichen. Unternehmen müssen Gender Diversity wirklich leben und nicht nur diskutieren. Es geht um eine neue Unternehmenskultur, die sich auch in der persönlichen Haltung von Führungskräften und Mitarbeitern widerspiegelt. Die Akzeptanz für Unternehmen, die nur wenige Female Leaders haben, schwindet auf Seiten der Stakeholder, der Politik und der Kunden. Auch der deutsche Corporate Governance Kodex spricht hierzu klare Worte und fordert einen angemessenen Anteil von Frauen in Führungspositionen. Unternehmen sollten also sowohl aus eigenem Interesse als auch angesichts einer kritischer werdenden Öffentlichkeit Diversity Management als wichtige strategische Aufgabe betrachten. ///



/// ANNE GFRERER

ist seit 2009 Head of Identity and Communications bei der HypoVereinsbank und Mit-Initiatorin des HVB Frauenbeirats, München.

/// Please mind the gap!

FRAUEN IN DER WISSENSCHAFT

ISABELL M. WELPE / TANJA SCHWARZMÜLLER / MATTHIAS SPÖRRLE /// Der Mangel an Frauen in Spitzenpositionen von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik beschäftigt wie viele andere Länder auch Deutschland bereits seit geraumer Zeit. Vergleichsweise weniger Beachtung finden hingegen die beruflichen Positionen von Frauen in der Wissenschaft.

Den anfänglich schweren Stand von Frauen in der Wissenschaft verdeutlicht das Beispiel der Kernphysikerin Lise Meitner. Nachdem sie im Jahre 1906 als zweite Frau den Dokortitel in Physik von der Universität Wien empfangen hatte, ging sie nach Berlin, um dort mit dem Chemiker Otto Hahn zu forschen. Da Frauen im damaligen Preußen noch nicht studieren durften, war es ihr jedoch verwehrt, die Vorlesungs- und Experimentierräume der Studierenden aufzusuchen. Ihre Versuche hatte sie in einem Kellerraum durchzuführen und selbst das Gebäude durfte sie nur durch den Hintereingang betreten.¹

Die momentane Lage

Glücklicherweise haben sich die Perspektiven von Frauen in der Wissenschaft seit dieser Zeit verändert und grundlegend verbessert. Im Jahr 2009 waren bereits etwa die Hälfte der Studierenden und Absolventen an deutschen Hochschulen weiblich. In nahezu

allen Fächern schließen Frauen zudem ihr Studium eher mit einem Abschluss ab als ihre männlichen Kommilitonen. Dennoch nimmt der Anteil von Frauen in akademischen Positionen mit steigender Karrierestufe über alle Fächer hinweg kontinuierlich ab. So stellten Frauen 2009 in Deutschland lediglich 44 % der Promovierenden und 39 % der wissenschaftlichen Mitarbeiter. Ein besonders starker Verlust begabter Frauen für die Wissenschaft fand beim Übergang von Promotion zu Habilitation statt. Lediglich 24 % der Habilitierenden im Jahr 2009 waren weiblich. In der Professorenschaft lag die Frauenquote sogar nur noch bei knapp über 18 %. Auch wenn dies eine deutliche Erhöhung im Vergleich zu 1999 darstellt (damals lag der Frauenanteil unter den Professoren bei knapp unter 10 %), kann hier in keiner Form von einer Gleichverteilung der beiden Geschlechter gesprochen werden. Dabei stellten Frauen vor allem die Professuren aus den niedrigeren Besol-



Bildnachweis: Archiv der Max-Planck-Gesellschaft, Berlin-Dahlem

Ein geniales Forscherduo: die Physikerin Lise Meitner und der Chemiker Otto Hahn in ihrem gemeinsamen Labor in Berlin.

dungsgruppen (z. B. Juniorprofessuren); je höher die Besoldungsgruppe, desto geringer ist der Frauenanteil. Frauen sind also insbesondere im Vergleich zu ihrem Anteil unter den Studierenden in akademischen Positionen noch immer deutlich unterrepräsentiert. Zu beachten ist hierbei natürlich im Sinne eines Kohorteneffekts, dass sich auf den verschiedenen akademischen Qualifikationsniveaus ganz unterschiedliche Studiengenerationen (mit unterschiedlichen Geschlechterverhältnissen) bewegen. Beispielsweise stammen die Habilitandinnen von 2009 natürlich aus einer Studiengruppe, in der der Anteil der Frauen deutlich unter dem der Absolventen des Jahres 2009 lag.

Insgesamt zeigt sich bei einer solchen Betrachtung von Karrierestufe zu Karrierestufe zu einem gegebenen Zeitpunkt, dass deutlich mehr Frauen als Männer aus der akademischen Laufbahn aus-

Auch in der **WISSENSCHAFT** existiert für Frauen eine „gläserne Decke“.

scheiden. Es scheint, als gäbe es eine Art „gläserne Decke“, an der Frauen sich bei ihrem Aufstieg in der Wissenschaft nach wie vor den Kopf stoßen. Dabei scheint diese gläserne Decke in den verschiedenen Bundesländern unterschiedlich dick zu sein. Während im Spitzenreiter-Bundes-

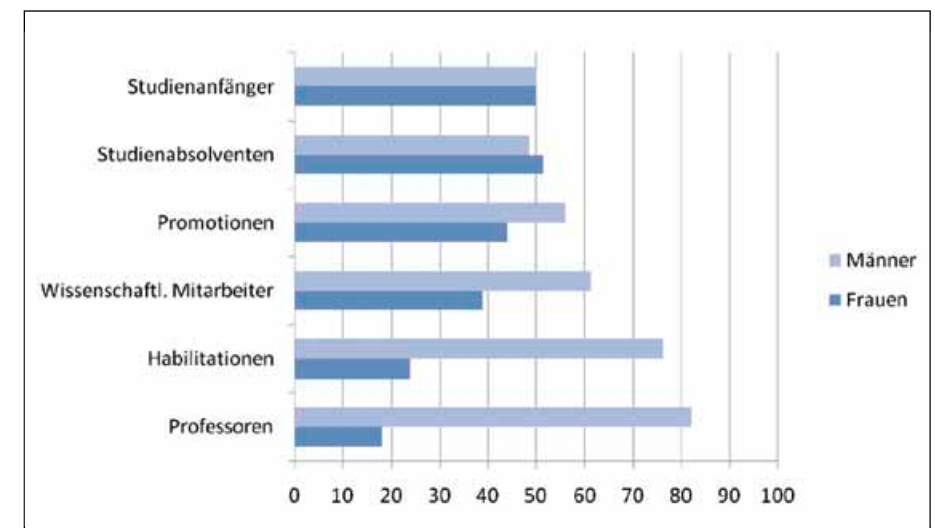
land Berlin 2009 ganze 26 % der Professorschaft Frauen waren, lag der Frauenanteil bei den Schlusslichtern Bayern und Schleswig-Holstein bei unter 15 %.²

Interessant ist auch die Betrachtung der Geschlechterverteilung ausdifferenziert nach einzelnen Studienfächern. Während Frauen etwa 76 % der Absolventen im Bereich Sprach- und Kulturwissenschaften sowie 66 % der Kunststudierenden ausmachen, stellen sie nur etwa ein Viertel der Absolventen im Bereich Ingenieurwissenschaften. Auch Fächer wie Psychologie und Pädagogik finden bei weiblichen Studierenden deutlich mehr Anklang.³ Hier spiegeln sich vermutlich die unterschiedlichen Fähigkeiten und Interessen von Frauen und Männern wider. Ganz allgemein gesprochen scheinen Männer sich lieber mit „Dingen“, Frauen hingegen eher mit „Menschen“ beschäftigen zu wollen.⁴ Entsprechend ist es sicherlich einer ge-

wissen, durchaus akzeptablen Selbstselektion geschuldet, wenn Frauen und Männer in manchen Bereichen unterschiedlich zahlreich vertreten sind. Dass jedoch selbst von denjenigen Frauen, die sich aufgrund von Interesse und Begabung für ein naturwissenschaftliches Studium entscheiden, nur ein Bruchteil den Weg zu den höchsten akademischen Rängen nimmt, erstaunt. So konnte eine aktuelle Studie beispielsweise für das Fach Mathematik zeigen, dass Frauen deutlich zahlreicher und deutlich früher als ihre männlichen Kollegen (nach 4,5 im Vergleich zu 7,3 Jahren) wieder aus der Wissenschaft ausscheiden.⁵ Ebenso problematisch ist es, dass selbst in Studiengängen wie Tiermedizin, in denen Frauen 85 % der Studierenden ausmachen, die Professorschaft nur zu etwa 20 % weiblich ist.⁶

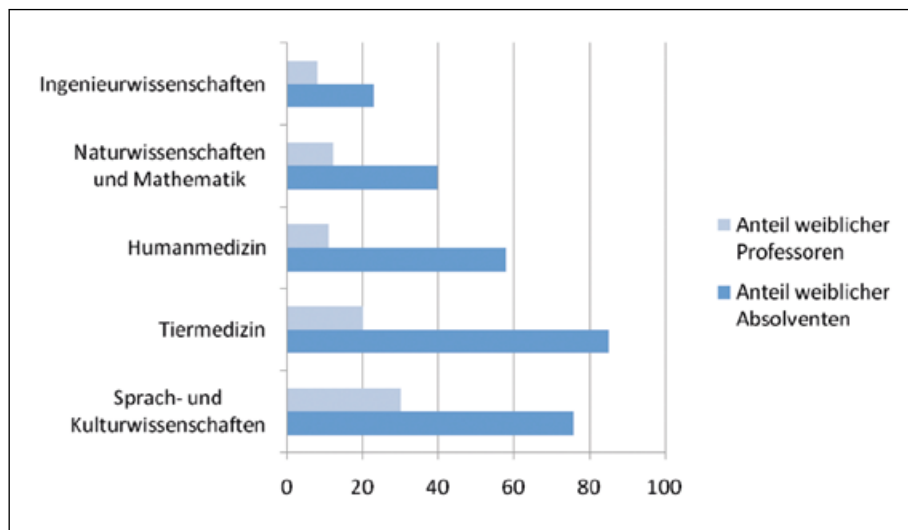
Der Blick auf außeruniversitäre Forschungsgesellschaften in Deutschland

Verteilung der Geschlechter auf die einzelnen akademischen Karrierestufen (in Prozent)



Quelle: Gemeinsame Wissenschaftskonferenz (2009/2010)

Anteil weiblicher Absolventen und Professoren nach Fächern (in Prozent)



Quelle: Statistisches Bundesamt (2009)

(z. B. Fraunhofer-Gesellschaft, Helmholtz-Gemeinschaft) zeigt ein sehr ähnliches Bild – im Jahr 2010 waren hier nur etwa 10 % der Führungskräfte Frauen.⁷ Etwas positiver ist die Bilanz bei der Max-Planck-Gesellschaft, wo immerhin 18 % weibliche Führungskräfte beschäftigt sind. Wie auch an den Hochschulen gab es an den außeruniversitären Instituten in den letzten beiden Jahrzehnten eine deutliche Steigerung des Frauenanteils.

Frauen sind in der Wissenschaft nach wie vor **UNTERREPRÄSENTIERT**.

Was bedeutet die Unterrepräsentation von Frauen in der Wissenschaft konkret? Überwiegend stellt sie eine ungenügende Ausschöpfung des vorhandenen Talentpools dar. Da Frauen a priori

ebenso gut ausgebildet und wissenschaftlich befähigt sind wie ihre männlichen Kollegen, führt das Ausscheiden von Frauen aus der Wissenschaft zu einem Potenzialverlust für die Hochschulen wie auch für die deutsche Volkswirtschaft. Qualifizierte Personen, die einen vergleichsweise höheren Beitrag zur Wissenschaft (und damit für uns alle) leisten könnten, haben das Nachsehen gegenüber Mitbewerbern, die aufgrund des Geschlechts (also ein hier qualifikationsirrelevantes Merkmal) bevorzugt werden. Gerade jedoch in einem rohstoffarmen Land wie Deutschland stellt Wissen und dessen optimale Nutzung eine zentrale Ressource dar. Darüber hinaus verdeutlichen Befunde aus dem Bereich der Gruppenforschung die Wichtigkeit von Frauen für die Qualität der Forschung. So bringen heterogene Teams kreativere Ideen und qualitativ hochwertigere Entscheidungen hervor

als homogene Teams.⁸ Dies spricht dafür, in Abkehr von rein männlichen Teams auch hinsichtlich des Geschlechts heterogene Arbeitsgruppen zu implementieren. Eine der Hauptaufgaben der Wissenschaft ist es, innovative Konzepte und Anwendungen zu entwickeln. Ein erhöhter Frauenanteil sollte sich dementsprechend positiv auf dieses Ziel auswirken. Zudem schafft dieser auch mehr Rollenvorbilder für zukünftige Generationen von Studentinnen und trägt dazu bei, die Beteiligung von Frauen in der Wissenschaft auch nachhaltig zu verbessern.

Gründe für das Ausscheiden von Frauen aus der Wissenschaft

Um den aktuell stattfindenden Potenzialverlust in der Forschung durch gezielte Maßnahmen abmildern zu können, müssen zunächst seine Gründe analysiert werden. Dabei scheint es naheliegend, dass hierfür mehrere Faktoren eine Rolle spielen dürften. Die schlechte Vereinbarkeit von akademischer Karriere und Familie stellt sicherlich einen der Hauptgründe für das Ausscheiden von Frauen aus der Wissenschaft dar. Im Normalfall fällt ein Großteil der biologischen Reproduktionsphase der Frau mit eben der Zeit zusammen, in der man sich in akademischen Kreisen auf den Aufstieg zur Professur vorbereitet. Der Erwerb eines Dokortitels, die Habilitation oder auch die Bekleidung einer Juniorprofessur gehen mit einem großen Zeitaufwand einher, der in den meisten Fällen eine 50-Stunden-Woche überschreiten wird.⁹ Dieses Arbeitspensum stellt besonders für Frauen mit Kinderwunsch eine große Herausforderung dar. Nach wie vor werden in Deutschland vor allem die Frauen für die Betreuung der Kinder als zuständig angesehen

hen.¹⁰ Dies zeigt sich auch daran, dass Frauen mit Kindern ihre Berufstätigkeit langfristig reduzieren, während Männer mit Kindern sie sogar noch erhöhen.¹¹ Für Frauen, die bereits Kinder haben, führt die Doppelbelastung aus stark fordernder Arbeit und Familie häufig zu einem Abbruch der akademischen Karriere. Aber auch für wissenschaftliche Angestellte ohne Kinder kann ein Kinderwunsch in der Zukunft Grund für einen Wechsel des Berufsziels (weg von der Hochschule) sein. Studien zeigen, dass dieser Konflikt Frauen stärker betrifft als Männer. So haben in der Wissenschaft tätige Frauen in der Regel weniger Kinder als ihre männlichen Kollegen auf der gleichen Karrierestufe und sind auch seltener verheiratet. Sie bekommen ihre Kinder zudem später als

Ein höherer Frauenanteil unter dem wissenschaftlichen Personal schafft **ROLLENVORBILDER für nachfolgende Generationen.**

männliche Wissenschaftler¹², was auf eine größere empfundene Unvereinbarkeit von akademischer Karriere und Familie auf Seiten der Frauen schließen lässt.

Frauen geben zudem deutlich häufiger als Männer an, dass sich die im universitären Umfeld geforderte Mobilität und eigene Pläne zur Familiengründung negativ auf ihre Absicht, eine Wissenschaftskarriere weiterzuverfolgen, auswirken.¹³ Insofern Frauen in der Wis-

senschaft bereits kleine Kinder unter sechs Jahren haben, werden sie im Regelfall auch seltener befördert als Frauen ohne Kinder. Bei Männern scheinen kleine Kinder hingegen keine negativen Auswirkungen auf den Karriereverlauf zu haben. Anders als Frauen profitieren Männer sogar davon, wenn sie bereits ältere Kinder haben.¹⁴ Zudem sollte in diesem Kontext nicht vergessen werden, dass der Wissenschaftsbetrieb wahrscheinlich der wissensintensivste Gesellschaftsbereich ist und sich der aktuelle Forschungsstand ständig verändert und erweitert. Ein temporärer Ausstieg aus der Wissenschaft, beispielsweise im Rahmen einer Elternzeit, ist somit im Vergleich zu anderen weniger wissensbasierten Berufstätigkeiten mit höheren Wiedereinstiegsbarrieren behaftet. Frauen, die nach der Geburt eines Kindes eher pausieren als die Männer, sind von solchen erhöhten Widerständen in der Wissenschaft weitaus mehr betroffen als Männer.

Insgesamt ist es Frauen selbst auch deutlich wichtiger als Männern, in der Zukunft die Möglichkeit zu haben, zeitweise halbtags zu arbeiten.¹⁵ Insofern Frauen jedoch zugunsten ihrer Familie beruflich tatsächlich eine Zeit lang kürzer treten, bringt dies vor allem im hoch kompetitiven Wissenschaftsumfeld deutliche Nachteile mit sich. So führt das berufliche Aussetzen unter anderem zu einer geringeren Anzahl an

Kinder und Familie wirken sich für Frauen **KARRIEREHEMMEND aus.**

Veröffentlichungen, dem zentralen Kriterium dafür, ob jemand für eine Professur in Frage kommt oder nicht. Für pausierende Frauen besteht aber auch weniger Gelegenheit zum Einwerben von Drittmitteln oder zum Aufbau von internationalen Forschungs Kooperationen und Projekten – allesamt Faktoren, die für einen Aufstieg wichtig wären.

Neben familiären Gründen tragen jedoch auch unbewusst wirkende Stereotype über Frauen zu ihrer relativen Unterrepräsentation in der Wissenschaft bei. Wie viele andere Bereiche der Gesellschaft wird auch die Wissenschaft generell als ein eher männliches Betätigungsfeld angesehen.¹⁶ Wenn von berühmten Wissenschaftlern die Rede ist, fallen für gewöhnlich Namen wie Albert Einstein, Robert Koch oder Conrad Röntgen. Nur selten kommt die Sprache auf Forscherinnen wie Marie Curie, Lise Meitner oder Maria Goeppert-Mayer. Wohl bedingt durch den lange währenden Ausschluss von Frauen aus den Hochschulen und Forschungsanstalten wird ein „Wissenschaftler“ stereotypenhaft eher mit einem Mann als mit einer Frau gleichgesetzt. Hieraus resultiert leider, dass Frauen für die Forschung als weniger geeignet gesehen werden. Dies gilt umso mehr, je höher die betrachtete akademische Position ist, denn auch Führungskräften werden tendenziell eher männliche Eigenschaften zugesprochen.¹⁷ Wenn Frauen also im wissenschaftlichen Kontext Karriere machen wollen, haben sie gegen zweierlei Arten von unbewussten Vorurteilen zu kämpfen: gegen die „Männlichkeit“ der Wissenschaft an sich und zudem gegen die „Männlichkeit“ des Berufsbildes Professor (also Wissenschaftler mit Führungsverantwortung). Es existieren

zahlreiche Belege dafür, dass es implizite Vorurteile gegenüber Forscherinnen gibt. Legt man beispielsweise Wissenschaftlern einen ansonsten identischen Lebenslauf eines Bewerbers für eine Forschungsstelle vor, versieht diesen aber einmal mit einem Männer-, das andere Mal mit einem Frauennamen, so ist die Wahrscheinlichkeit, dass die Wissenschaftler sich für die Einstellung des männlichen Bewerbers aussprechen, deutlich höher.¹⁸ Der gleiche Lebenslauf wird also unter Umständen allein aufgrund eines männlichen Namens als höher geeignet für die Wissenschaft angesehen. Frauen können zudem nicht immer die Früchte ihrer Arbeit ernten. Arbeiten Männer und Frauen bei einer eher stereotyp männlichen Aufgabe im Team zusammen, so wird im Erfolgsfall den Frauen am Ende weniger Anteil am Erfolg als ihren männlichen Kollegen zugeschrieben. Die Forschung zeigt: Insofern es keine klaren „Beweise“ für die Fähigkeiten und die Anteile einer Frau am Erfolg gibt, wird ihr Erfolg eher mit externalen Gründen erklärt („Glück“, „Zufall“) oder als durch einen Mentor verursacht gesehen.¹⁹ Da sich auch in der Wissenschaft nicht immer klare Gütemaßstäbe zur Beurteilung von Leistung finden, können derartige Vorurteile für die Unterrepräsentation von Frauen auf höheren wissenschaftlichen Karrierestufen mitverantwortlich sein.

Ein anderes Problem, das Frauen im akademischen Bereich betrifft, ist die zum weiblichen „sozialen“ Stereotyp konforme Aufgabenzuteilung. Frauen sind im Hochschulkontext weit mehr in die Lehre eingebunden als ihre männlichen Kollegen.²⁰ Dies führt wiederum dazu, dass ihnen weniger Zeit für die Forschung – das zentrale Aufstiegs-kriterium in der Wissenschaft – bleibt.

Besonders begünstigt wird das Auftreten von Geschlechtsstereotypen durch die in der Regel uneinheitlichen und wenig standardisierten Rekrutierungsprozesse in der Wissenschaft. Es gibt hier oftmals keine klaren Regeln, wie viele Veröffentlichungen, Lehrveranstaltungen oder Auslandsaufenthalte ein zukünftiger Professor mitbringen muss. Jede Hochschule, ja sogar jeder Fachbereich kann dies unterschiedlich

Unbewusste Stereotype tragen zur Aufrechterhaltung der Wissenschaft als **MÄNNERDOMÄNE bei.**

handhaben. Gerade jedoch das Fehlen fester Kriterien für die Einstellung von wissenschaftlichem Personal öffnet einer Benachteiligung von Frauen Tür und Tor. So ist beispielsweise davon auszugehen, dass wissenschaftliche Mitarbeiter und Professoren eher neue Mitarbeiter einstellen werden, die ihnen ähnlich sind, und so das bestehende System aufrechterhalten. Gleich und Gleich gesellt sich nicht nur dem Volksmund nach gern, sondern dies zeigen auch wissenschaftliche Studien. Ist das bisherige Personal – so wie dies aktuell der Fall ist – größtenteils männlich, werden männliche Bewerber auch deshalb bessere Chancen haben als Frauen.

Ein weiterer Faktor, der im Zusammenhang mit dem Ausscheiden von Frauen aus der Wissenschaft eine Rolle spielt, sind informelle Netzwerke und Mentorenbeziehungen. Beide sind im

wissenschaftlichen Umfeld sehr wichtig, da sie dem Nachwuchswissenschaftler zum einen den Zugang zu Wissen und Fachkompetenz ermöglichen, zum anderen aber auch zu Ressourcen wie Forschungsprojekten oder Kooperationspartnern. Frauen scheinen im Allgemeinen weniger Mentoren zu besitzen als Männer. Zudem scheint die Betreuung durch vorhandene Mentoren nachzulassen, wenn die Wissenschaftlerinnen Kinder bekommen.²¹ Des Weiteren wurde nachgewiesen, dass Frauen generell weniger Beförderung für ihre wissenschaftlichen Leistungen erhalten, sowohl während des Studiums als auch bei der Promotion. Männliche Studenten werden im Vergleich zu weiblichen z. B. öfter dazu angehalten zu promovieren. Gerade bei Frauen spielt Bestätigung und Beförderung eine wichtige Rolle, da gezeigt werden konnte, dass sie im Bezug auf ihre eigene Leistung häufig weniger selbstsicher sind und sich als schlechter qualifiziert sehen als ihre männlichen Kollegen.²² Wenn man über soziale Einflüsse spricht, so sollte man nicht vergessen, dass in einer größtenteils männlich geprägten Wissenschaftskultur ein klarer Mangel an weiblichen Rollenvorbildern herrscht. Es scheint wenig verwunderlich, dass beispielsweise eine junge Tiermedizinerin, deren Professoren zu 80 % Männer sind, ihre Chancen in der akademischen Welt als eher gering einschätzt.

Abschließend sei zu erwähnen, dass möglicherweise auch Persönlichkeitsunterschiede zwischen Männern und Frauen zu ihrer ungleichen Verteilung im Berufsfeld Wissenschaft beitragen. Frauen sind im Allgemeinen risikoscheuer als Männer.²³ Gerade im Bereich der Hochschule, wo befristete Arbeitsverträge vorherrschen und nur we-

nige es bis zur Professur schaffen, kann die Risikoaversion von Frauen dazu beitragen, dass sie die Hochschule zu Gunsten eines Berufs verlassen, der mehr Sicherheit bietet. Frauen scheinen zudem weniger kompetitiv zu sein als Männer.²⁴ In der Wissenschaft jedoch herrscht oft ausgeprägte Konkurrenz um Forschungsgelder, hochrangige Veröffentlichungen und nicht zuletzt um Arbeitsplätze. Dies wiederum kann zum Abwandern von Frauen aus der Wissenschaft führen, denen diese Art von Arbeitsumfeld unangenehmer sein könnte als ihren männlichen Kollegen.

Maßnahmen – How to close the gap

Mit welchen Maßnahmen kann man dieser Unterrepräsentanz von Frauen begegnen und so eine bessere Ausschöpfung des vorhandenen Talentpools erreichen?

Ganz dringend muss eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Karriere geschaffen werden. Zunächst sollten die Angebote zur Kinderbetreuung an den Hochschulen weiter ausgebaut werden, vor allem auch im Bereich der Krippen. Damit hätten Frauen bereits kurz nach der Geburt wieder die Möglichkeit, ihren Beruf weiterzuführen, insofern sie dies möchten. Wichtig sind dabei vor allem flexiblere Betreu-

Förderlich wäre eine
STANDARDISIERUNG der Auswahl-
prozesse und die **Schulung von**
Entscheidungsträgern.



Bildnachweis: diego cervo / Fotolia.com

Papa macht Karriere – und was ist mit Mama?

ungszeiten auch in den Abendstunden. Wünschenswert wäre hierbei eine stärkere Finanzierung durch Bund und Länder. Es sollten jedoch auch auf allgemeiner Ebene die Aufstiegschancen von Frauen in der Wissenschaft verbessert werden, indem flexiblere Karriereverläufe oder auch Projektlaufzeiten eingeführt werden. Dies würde Frauen, die eine familienbedingte berufliche Auszeit einlegen, bessere Chancen auf eine Professur einräumen. Zudem sollten Kriterien, die bei der Berufung eine Rol-

le spielen, geprüft werden und systematische Entscheidungsprozesse Anwendung finden.

Dies führt bereits zum nächsten Punkt, der stärkeren Vereinheitlichung der Auswahlkriterien für wissenschaftliche Berufe. Gäbe es realistisch definierte Anforderungskataloge, die nach einem einheitlichen Punktesystem bewertet würden, so kämen unbewusste Stereotype Frauen gegenüber weniger zum Tragen. Eine Option wäre es beispielsweise auch, das Geschlecht des

Bewerbers in seinen Unterlagen vor Begutachtung zu schwärzen. Im nicht-akademischen Bereich konnte das Maskieren des Geschlechts bereits Erfolge erzielen. So brachte beim Vorspielen für ein Sinfonieorchester die Einführung einer Trennwand zwischen Jury und Musiker eine um 30 % erhöhte Einstellungsquote für Frauen mit sich.²⁵

Darüber hinaus sollten gerade die Entscheidungsträger im universitären Bereich, also Professoren, Projektleiter und Wissenschaftsmanager, in der psychologischen Personalauswahl geschult werden. Dies soll sie für das Vorhandensein von Vorurteilen und Stereotypen sensibilisieren, Schritte zu einer gelungenen Personalauswahl aufzeigen und

Frauen müssen stärker in **FORSCHUNGSGRUPPEN** integriert werden.

somit zu einer faireren, stärker an Leistung und Fähigkeiten orientierten Nachwuchsrekrutierung führen. Um diesen Schulungsmaßnahmen in der Praxis eine größere Berechtigung zu geben, sollten sich die einzelnen Fakultäten zu Zielvereinbarungen hinsichtlich der Integration von Frauen ins wissenschaftliche Personal verpflichten. Je nach Fachbereich und der Repräsentation von Frauen in der Studierendenschaft werden diese unterschiedlich hoch ausfallen. Damit die Fakultäten und Hochschulen diese Zielvorgaben auch umsetzen, sollten Anreize gesetzt werden wie

zum Beispiel die Bewilligung von zusätzlichen Forschungsgeldern in Abhängigkeit vom Grad der Zielerreichung.

Unternehmenspartnerschaften, Werbekampagnen und öffentlichkeitswirksame Auftritte von Wissenschaftlerinnen können zudem für den Beruf „Wissenschaftlerin“ werben. Dabei sollen junge Frauen realistische Informationen zu diesem Berufsbild erhalten, ihr Interesse geweckt und so langfristig das Bild „Wissenschaft gleich männlich“ gewandelt werden. Offene Wissenschaftstage für Schüler und Studenten könnten eine Plattform dafür bieten, gerade Frauen für das Berufsfeld Wissenschaftlerin zu begeistern und zudem weibliche Rollenbilder in Form von Doktorandinnen und Professorinnen kennenzulernen.

Um die Aufstiegschancen junger Wissenschaftlerinnen weiter zu erhöhen, sollte auch die Aufgabenverteilung zwischen den Geschlechtern überprüft werden. Beide Geschlechter sollten dabei paritätisch in die Lehre und in universitäre Gremienarbeit eingebunden werden. Wichtig erscheint es gerade im Hinblick auf die zuvor dargestellten Befunde zu informellen Netzwerken, Frauen stärker in Forschungsgruppen zu integrieren und ihnen durch gezielte Mentoringprogramme Zugang zu fachlichen und persönlichen Ressourcen zu gewähren. Dies könnte über die Einrichtung von Arbeitsgruppen erfolgen, ebenso wie über die feste Zuteilung neuer wissenschaftlicher Mitarbeiterinnen zu einem Mentor. Auch über die Hochschule vermittelte Forschungs Kooperationen mit renommierten Forschern und Hochschulen im Ausland erscheinen sinnvoll, um Netzwerke zu fördern. Wichtig ist selbstverständlich auch, dass die Wirksamkeit aller Maßnahmen erfasst wird, indem zum Beispiel konti-

nuierlich der Frauenanteil an den verschiedenen akademischen Karrierestufen und auch der wahrgenommene weitere Bedarf von Wissenschaftlerinnen erhoben wird.

Wege zur Verbesserung der Chancengleichheit – Zwei aktuelle Beispiele

Viele verschiedene Institutionen und Organisationen haben inzwischen Maßnahmen initiiert, welche die Beteiligung von Frauen in der Wissenschaft fördern sollen. Nachfolgend zwei Beispiele:

Die Technische Universität München (TUM) hat es sich zum Ziel gesetzt, die attraktivste Technische Universität für Frauen in Deutschland zu werden. Um dieses Ziel zu erreichen, verfolgt sie verschiedene Handlungsstränge, darunter insbesondere das Gender- und Diversitymanagement in der Wissenschaft, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen und Männer sowie die Förderung und den Austausch im Bereich der Genderforschung. Um den Anteil an Wissenschaftlerinnen nicht sinken zu lassen, werden beispielsweise gezielt Coachings angeboten, um diese individuell zu fördern oder berufliche Perspektiven für die Zukunft zu entwickeln. Auch Mentoringprogramme und spezifische Kompetenztrainings für Wissenschaftlerinnen gehören zum Ansatz der TUM. Außerdem wurden über Mittel des Freistaates Bayern zur Realisierung der Chancengleichheit für Frauen in Forschung und Lehre Stipendienprogramme geschaffen. Diese fördern Wissenschaftlerinnen während Promotion, Habilitation und Postdoktorandenzeit. Dazu kommen Maßnahmen zur Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen und Männer,

Die ersten Maßnahmen zur Verbesserung der Chancengleichheit zeigen bereits **WIRKUNG**.

wie der Ausbau universitätseigener Kindergärten und Krippen, aber auch die Unterstützung von Partnern und Partnerinnen neuberufener Spitzenakademiker und -akademikerinnen bei der Arbeitsplatzsuche durch das Dual Career Office. Des Weiteren fördert die TUM gezielt die Forschung im Bereich Gender. So wurde beispielsweise im Jahr 2004 die Professur für Gender Studies in den Ingenieurwissenschaften geschaffen und das jährliche Liesel-Beckmann-Symposium bildet ein Forum für den Austausch von führenden Gender-Wissenschaftlerinnen aus unterschiedlichen Disziplinen. Insgesamt sprechen die Fakten für die von der TUM eingeleiteten Interventionen. Waren 2008 erst 9 % der Professoren Frauen, so ist dieser Anteil bis 2011 auf den bayernweiten Durchschnitt von 15 % angestiegen.

Ein aktuelles Projekt zur Erhöhung der Chancengleichheit ist das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung und vom Europäischen Sozialfonds geförderte Verbundprojekt „Auswahl und Beurteilung von Führungskräften in Wirtschaft und Wissenschaft (AuBeFühr)“ von der LMU München und der TU München. Ziel dieses Projekts ist es, zu erfassen, welche Faktoren sich systematisch auf die Auswahl und Beurteilung von Führungskräften auswirken. Dazu zählen beispielsweise

auch Geschlechtsstereotype. Basierend auf den gewonnenen Erkenntnissen werden anschließend Schulungen für Entscheidungsträger in Wirtschaft und Wissenschaft durchgeführt werden, um die Qualität der Personalauswahl und -beurteilung weiter zu verbessern und das vorhandene Potenzial besser auszu-schöpfen.²⁶ ///

/// PROF. DR. ISABELL M. WELPE

ist Inhaberin des Lehrstuhls für Strategie und Organisation an der Technischen Universität in München (TUM).

/// DIPL.-PSYCH. TANJA SCHWARZMÜLLER

ist wissenschaftliche Mitarbeiterin und Doktorandin am Lehrstuhl für Strategie und Organisation der Technischen Universität München (TUM).

/// PROF. DR. MATTHIAS SPÖRRLE

ist Professor für wirtschaftspsychologische Statistik und Methodenlehre an der University of Applied Management (UAM) in Erding.

Anmerkungen

- ¹ Sime, Ruth L.: Lise Meitner: A life in physics, Berkeley, 1996.
- ² Gemeinsame Wissenschaftskonferenz (GWK): Chancengleichheit in Wissenschaft und Forschung. Fünfzehnte Fortschreibung des Datenmaterials (2009/2010) zu Frauen in Hochschulen und außerhochschulischen Forschungseinrichtungen; Statistisches Bundesamt: Hochschulstandort Deutschland 2009. Ergebnisse aus der Hochschulstatistik.
- ³ Statistisches Bundesamt: Hochschulstandort Deutschland 2009.
- ⁴ Su, Rong / Rounds, James / Armstrong, Patrick I.: Men and things, women and people: A meta-analysis of sex differences in interests, in: Psychological Bulletin, 135/2009, S. 859-884.
- ⁵ Kaminski, Deborah / Geisler, Cheryl: Survival analysis of faculty retention in science and engineering by gender, in: Science, 335/2012, S. 864-866.
- ⁶ Statistisches Bundesamt: Hochschulstandort Deutschland 2009.
- ⁷ Gemeinsame Wissenschaftskonferenz, Chancengleichheit.
- ⁸ Cox, Taylor H. / Blake, Stacy: Managing cultural diversity: Implications for organizational competitiveness, in: Academy of Management Executive, 5/1991, S. 45-56; McLeod, Poppy L. / Lobel, Sharon A. / Cox, Taylor H.: Ethnic diversity and creativity in small groups, in: Small Group Research, 27/1996, S. 248-264.
- ⁹ Rompa, Regine: Karriere am Campus, Wiesbaden 2010.
- ¹⁰ http://www.presseportal.de/pm/32294/1558349/men_s_health, Stand: 27.2.2012.
- ¹¹ Leslie, David W.: The reshaping of America's academic workforce, 2007.
- ¹² Jacobs, Jerry A. / Winslow, Sarah E.: The academic life course, time pressures and gender inequality, in: Community, Work and Family, 7/2004, S. 143-161.
- ¹³ Van Anders, Sari M.: Why the academic pipeline leaks; Fewer men than women perceive barriers to becoming professors, in: Sex Roles, 9/10/2004, S. 511-521.
- ¹⁴ Ginther, Donna K. / Khan, Shulamit: Does science promote women? Evidence from Academia 1973-2001, <http://people.ku.edu/~dginther/working%20papers/w12691.pdf>, Stand: 21.2.2012.
- ¹⁵ Lubinski, David / Benbow, Camilla P. / Shea, Daniel L. / Eftekhari-Sanjani, Hossain / Halvorson, Marcy B. J.: Men and women at promise for scientific excellence: Similarity not dissimilarity, in: Psychological Science, 12/2001, S. 309-317.
- ¹⁶ Nosek, Brian A. et al.: National differences in gender-science stereotypes predict national sex differences in science and math achievement, in: Proceedings of the National Academy of Sciences of the United States of America, 106/2009, S. 10593-10597.
- ¹⁷ Schein, Virginia E.: The relationship between sex role stereotypes and requisite management characteristics, in: Journal of Applied Psychology, 57/1973, S. 95-100.
- ¹⁸ Steinpreis, Rhea E. / Anders, Katie A. / Ritzke, Dawn: The impact of gender on the review of curricula vitae of job applicants and tenure candidates: A national empirical study, in: Sex Roles, 41/1999, S. 509-528.
- ¹⁹ Heilman, Madeline E. / Haynes, Michelle C.: No credit where credit is due: Attributional rationalization of women's success in male-female teams, in: Journal of Applied Psychology, 90/2005, S. 905-916; Heilman, Madeline E.: Description and prescription: How gender stereoty-

pes prevent women's ascent up the organizational ladder in: Journal of Social Issues, 57/2001, S. 657-674.

- ²⁰ Ceci, Stephen J. / Williams, Wendy M.: Understanding current causes of women's underrepresentation in science, in: Proceedings of the National Academy of Sciences of the United States of America, 108/2011, S. 3157-3162.
- ²¹ Ledin, Anna / Bornmann, Lutz / Gannon, Frank / Wallon, Gerlind: A persistent problem. Traditional gender roles hold back female scientists, in: EMBO Reports, 8/2007, S. 982-987.
- ²² Lind, Inken / Löther, Andrea: Chancen für Frauen in der Wissenschaft – eine Frage der Fachkultur? – Retrospektive Verlaufsanalysen und aktuelle Forschungsergebnisse, in: Schweizerische Zeitschrift für Bildungswissenschaften, 29/2007, S. 249-272; <http://www.accenture.com/de-de/company/newsroom-germany/Pages/frauen-studie-2011.aspx>, Stand: 21.2.2012.
- ²³ Byrnes, James P. / Miller, David C. / Schafer, William D.: Gender differences in risk taking: A meta-analysis, in: Psychological Bulletin, 125/1999, S. 367-383.
- ²⁴ Easterly, Debra / Ricard, Cynthia S.: Conscious efforts to end unconscious bias: Why women leave academic research, in: Journal of Research Administration, 62/2011, S. 61-72.
- ²⁵ Goldin, Claudia / Rouse, Cecilia: Orchestrating impartiality: The impact of "blind" auditions on female musicians, in: The American Economic Review, 90/2000, S. 715-741.
- ²⁶ Weitere Informationen zum BMBF-Projekt AuBeFühr finden sich unter <http://www.abf.wi.tum.de/>

/// Neue Überlegungen zu einer alten Fragestellung

WIRD CHINA BEDROHUNG ODER PARTNER FÜR DEN WESTEN SEIN?

JUNHUA ZHANG /// Wenn man versucht, China politisch, wirtschaftlich und militärisch zu definieren, dann braucht man eine neue Perspektive, weil die Umstände sich geändert haben. Je nach den Umständen wurde China als Partner und / oder Bedrohung verstanden. Aber in der heutigen Situation und auch in kurz- und mittelfristiger Zukunft stellt sich China zunehmend als Rivale dar. Darauf ist der Westen noch nicht gut vorbereitet.

Einleitung – Perzeption und Selbstperzeption

Die Frage, ob China Partner oder Bedrohung für den Westen sein wird, deutet auf zwei Arten von Perzeption hin: die Sicht des Westens von China und von sich selbst. Diese Frage hat den Westen seit Ende der 90er-Jahre sehr intensiv beschäftigt. Meiner Ansicht nach hätte man bis heute schon längst eine kluge Antwort darauf finden können und sollen. Dies scheint mir aber immer noch nicht der Fall zu sein, vor allem in Europa. Dies ist meine offene Kritik an der europäischen Chinapolitik: Die Europäer sind in der Selbstperzeption und China-Perzeption immer noch etwas langsamer, ungenauer und auch heterogener als die US-Amerikaner. Diese Langsamkeit und Diversität in der Wahrnehmung von China beeinträchtigt unmit-

telbar den Prozess der Politikgestaltung in der Außenpolitik gegenüber China. Ein typisches Beispiel dafür ist die Krise der Euro-Zone im letzten Jahr. Die Euro-Länder bekamen Panik, als immer mehr Probleme auftauchten. Einige EU-Kernländer bildeten sich ein, dass China wegen der engen Handelsbeziehungen Europa retten würde. China hingegen wollte in dieser Krisenphase nicht die Rolle eines Partners spielen, da es nicht bereit war, Geld in ein bodenloses Loch zu schütten. Die Versuche der EU-Länder endeten mit einer gesichtswahrenden Dementierung von Seiten der EU: „Wir haben China gar nicht um Geld gebeten.“ Dieser Misserfolg im letzten Jahr war meines Erachtens in Hinblick auf „Solidarität“ der chinesischen Staatsführung eine eklatante Fehlperzeption.



Chinas Verteidigungsausgaben wachsen jährlich um 13 %.

Woher stammt die Perzeption der Bedrohung?

Kehren wir zurück zu der zuvor aufgeworfenen Frage. Trotz einer großen Diversität bei der Beantwortung dieser Frage tendieren manche Politiker in Europa dazu, China für eine Bedrohung des Westens zu halten. Ihre Argumente lassen sich in folgenden vier Punkten zusammenfassen:

Das erste Argument ist tief verwurzelt in der ideologischen und kulturellen Verschiedenheit. Da China sich formell immer noch als ein sozialistisches Land mit kommunistischer Ideologie bezeichnet, sehen viele liberal-demokratisch denkende Menschen in diesem wirtschaftlich immer stärker werdenden Land ein großes ideologisches Konfliktpotenzial gegenüber dem bestehenden westlichen Wertesystem. Der ehemalige

Gouverneur von Hong Kong, Chris Patten, sagt: „China fördert die Idee, dass ein Land auch ohne Demokratie reich werden kann – genau diese Idee stellt sich als große Bedrohung für den Westen dar.“¹ Samuel Huntington fügt zu diesem politischen Aspekt noch eine kulturelle Version hinzu, indem er prophezeit, dass sich in dem künftigen „clash of civilizations“ eine Koalition zwischen dem Islamismus und dem modernen Konfuzianismus als Bedrohung des Westens darstellen werde.²

Das zweite Argument hat seine Grundlage in der Wahrnehmung der geopolitischen und weltökonomischen Veränderungen der letzten zwei Jahrzehnte, verbunden mit der Erinnerung an ein aufsteigendes Deutschland Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts bis zum Zweiten Weltkrieg. Im Be-

reich der Theorie der Internationalen Beziehungen besteht bereits eine sogenannte „Power Transition Theory“, aus der abgeleitet werden kann, dass der Kampf um die Hegemonie zwischen China und den jetzigen westlichen Großmächten sehr wahrscheinlich zu Konflikten größeren Umfangs führen werde.³ Der Fakt, dass der Westen einen Teil seiner bisherigen Macht zugunsten Chinas aufgeben musste, seien es geopolitische Einflüsse oder weltfinanzielle Kompetenz, hat dieses Argument auch gestärkt.

Das dritte Argument bezieht sich auf das chinesische Militär, dessen Angriffskapazität ständig wächst. Nach dem Bericht des amerikanischen Verteidigungsministeriums wachsen Chinas Verteidigungsausgaben jährlich um 13 %. Die Ausgaben für 2010 beliefen sich auf 78,6 Millionen US-Dollar.⁴ Darüber hinaus ist es auch wichtig, darauf hinzuweisen, dass das Wirtschaftswachstum Chinas zur Modernisierung des Militärs, insbesondere der Luftwaffe und der Marine, beiträgt.

Das vierte Argument der China-Bedrohung beruht auf der Beobachtung des Zusammenbruchs der bisherigen kommunistischen Länder Ende der 80er- und Anfang der 90er-Jahre – wie etwa dem der Sowjetunion und der ehemaligen DDR. So wird befürchtet, dass ein Zusammenbruch Chinas unvorher-

sehbar Folgen für die Welt haben würde, sei es ein Bürgerkrieg in China, eine Massenflucht in den Westen oder die unkontrollierbare Verbreitung nuklearer Waffen.

Wie China darauf reagiert und wie die Wirklichkeit aussieht

Nun wollen wir sehen, wie China diesen vier Argumenten, vor allem den ersten drei, durch Wort und Tat entgegentritt. Parallel dazu wird aufgezeigt, wie sich die Dinge tatsächlich abspielen.

Nach Mao Zedong hat China ideologisch längst die Ambition aufgegeben, mit der westlichen Demokratietheorie zu konkurrieren. Die Reform- und Öffnungspolitik beinhaltet eine massive Übernahme der westlichen Denkweise. Im Hinblick auf die Ideologie ist China in vielerlei Hinsicht sehr „aufnahmefähig“. Man braucht nur zu beobachten, was beispielsweise in der Zentralen Parteschule der KPCh gelehrt wird. Nicht der Marxismus, sondern die Markttheorie ist ein wichtiger Bestandteil des Lehrens geworden.

Andererseits ist festzustellen, dass die Partei während der über 30 Jahre anhaltenden Öffnungspolitik keinerlei Bereitschaft gezeigt hat, ihr Machtmonopol aufzugeben. Interessanterweise wird inoffiziell für dieses hartnäckige Festhalten der Macht damit argumentiert, dass kein Ersatz für die Partei vorhanden sei und ein Zusammenbruch für das Land und die Bevölkerung nur Chaos mit sich bringen würde.

Kurz gesagt, China ist ein autoritäres Regime ohne konsistente Ideologie. Hinsichtlich des Wertesystems befindet sich China de facto in einer Orientierungslosigkeit oder einer Phase des Frühkapitalismus, in der Geldfetischismus in der Gesellschaft dominant ist.

Folglich beruht die chinesische Politik im ideellen Bereich auf einer Ad-hoc-Basis. Daher scheint das Argument im Sinne einer ideologischen Bedrohung nach außen eher gegenstandslos. Sicherlich gab es Fälle, in denen China seine Verärgerung, beispielsweise über das Treffen zwischen einigen Staatschefs mit dem Dalai Lama im Westen, zum Ausdruck bringen wollte, indem es für eine kurze Phase einige Aktivitäten ruhen ließ. China selbst sieht aber ein, dass es ihm ohne massive Abnahme seiner Waren wirtschaftlich nicht gut gehen kann. Nur ein ständiges Wachstum macht die Basis der Legitimität der KPCh aus. Als Exportland wird China mit seiner schwachen Ideologie diesbezüglich den Weg für den Weltmarkt freimachen müssen.

Wenn die westliche Demokratie sich durch das aufsteigende China bedroht fühlt, dann liegt es eher in der durch verschiedene Krisen verursachten Dysfunktion der Demokratie selbst. Im Grunde genommen ist die westliche Demokratie nach den Errungenschaften mehrerer Jahrzehnte ebenso wie die Finanzlage in eine Krise geraten, deren Lösung nur in einer grundlegenden Reform, aber nicht in China selbst zu finden ist.⁵

Kulturell hat Huntington – was China angeht – offenbar seine Prophezeiung verfehlt. Nicht allein wegen der Inkompatibilität der konfuzianischen Tradition mit der extremen islamischen Doktrin, sondern auch wegen der steigenden Kommerzialisierung und / oder Vereinfachung und der damit verbundenen Banalisierung der konfuzianischen Lehre würde China ideologisch nie mit dem Islam zusammenkommen. Hinzu kommt noch ein Faktor, der nicht unwichtig ist: Seit dem Zusammenbruch

der Sowjetunion ist China sehr wachsam gegenüber den islamischen Strömungen in den von Muslimen bewohnten Regionen wie Xinjiang.

Chinas erstarkende internationale Macht beruht auf seinem WIRTSCHAFTSERFOLG.

China hat in den letzten Jahren versucht, überall Konfuzius-Institute zu gründen (inzwischen bereits über 500), um sie als PR-Instrument zu nutzen.⁶ Der Begriff „Soft Power“ wird in China immer ernster genommen. Dennoch ist China bei Weitem nicht in der Lage, mit der Soft Power des Westens zu konkurrieren. Als ein Land mit reichem Kulturerbe hat China zwar viel zu bieten, aber wegen des Mangels an Kreativität wäre China in der heutigen Zeit ohne sein historisches Erbe längst verloren. Zugegebenermaßen hat sich China durch seine Soft Power gestärkt. Dies ist aber nicht dem Aufbau der Soft Power an sich, sondern fast einzig und allein dem Wirtschaftserfolg zu verdanken.

Also, eine sogenannte ideologische und kulturelle Gefahr aus China besteht nicht wirklich. Sicherlich gibt es China-kritiker, die behaupten, dass Chinas Verhalten, beispielsweise in Afrika, die Bemühungen des Westens im Hinblick auf Good Governance vereitelt hat, so dass Chinas ideologische Expansion doch ernstzunehmen sei. China ist hungrig nach fast allen Bodenschätzen, um sein Wachstum zu gewährleisten.

Der Westen FÜRCHTET Chinas wachsende militärische und wirtschaftliche Stärke.

Auch wenn China kein Interesse an einer Zivilgesellschaft hat, würde es sich doch wünschen, dass sein Geschäft mit den afrikanischen Partnern einem gewissen kapitalistischen Regelwerk folgt. Zudem stellt sich hier wiederum die Frage, ob der Westen in Afrika immer richtig gehandelt hat.

Hinsichtlich der zweiten Art von Sorge, nämlich China als Bedrohung im ökonomischen und geopolitischen Bereich, lohnt es sich, diese etwas genauer zu betrachten. Historisch gesehen wurde jede neue Wirtschaftsmacht in seiner Blütephase von anderen Nationen, vor allem den Konkurrenten, gefürchtet. Dies war beispielsweise auch mit Japan in den 60er- bis 80er-Jahren der Fall. China hat allerdings einige Faktoren, durch welche es als eine aufsteigende Wirtschaftsmacht mehr gefürchtet wird. Erstens ist es die Größe in territorialer und demographischer Hinsicht, zweitens ist Chinas bisher durchaus gelungene wirtschaftliche Integration Hongkongs, Macaus und Taiwans zu nennen. Beide Faktoren gaben China mehr Möglichkeiten für die Bekämpfung einer globalen Wirtschaftskrise innerhalb des eigenen Wirtschaftsraums. Drittens besteht eine enge Verbindung zwischen China und multinationalen Unternehmen. Chinas Öffnung ihnen gegenüber hat einerseits die Kapitalexpansion der multinationalen Giganten ermöglicht und andererseits konnte

China sich so zu einem Exportland emporarbeiten, indem es die Fertigungsindustrie angezogen hat.

Seit Jahren versucht China, der skeptischen oder gar feindlichen Haltung seitens des Westens sowie anderer Entwicklungsländer Paroli zu bieten, indem es die Parole des „friedlichen Aufstiegs Chinas“ propagiert. Charakteristisch hierfür war die Rede Wen Jiabaos, die er 2003 vor einem Publikum der Harvard Universität gehalten hat. Dort hob er hervor, dass erstens Chinas Entwicklung vom Weltfrieden abhängt und zugleich auch zum Weltfrieden beitrage. Zweitens werde China nur friedliche Vorgehensweisen für seine eigene Entwicklung verwenden. Drittens beruhe Chinas Entwicklung auf eigenen Ressourcen und dem eigenen Markt. Viertens sei China bereit, durch langfristige harte Arbeit, gar die von mehreren Generationen, Prosperität fürs eigene Land zu schaffen. Schließlich werde China nie nach Hegemonie streben, auch wenn es wirtschaftlich sehr erfolgreich sei. China werde weder für die Welt noch für irgendein Land eine Bedrohung darstellen.⁷

Wenn man genau hinschaut, dann entspricht Chinas Selbstdarstellung in Wen Jiabaos Rede jedoch nicht in jedem Punkt (vor allem im Punkt Drei) der Realität. Sicherlich sollten die Konsumenten sowohl im Westen als auch in den Entwicklungsländern China vielleicht dafür dankbar sein, dass es einem guten Teil der Weltbevölkerung viele preiswerte Waren beschert hat. Die negative Seite dieser Entwicklung ist allerdings nicht zu übersehen, vor allem aus der Sicht der nationalen Ökonomie für die jeweiligen Länder. So ist nicht verwunderlich, dass China seit einigen Jahren ganz oben auf der Dumping-Be-



China hat sich als aufsteigende Wirtschaftsmacht aus dem Schatten der Industrienationen gehoben.

schwerdeliste steht. Nicht nur die Industriestaaten, sondern auch vermehrt Entwicklungsländer sehen im Zustrom chinesischer Waren eine Bedrohung der eigenen Industrie.⁸ Wenn China seine Entwicklungshilfe mit der Nutzung eigener Arbeitskraft in Afrika kombiniert, indem es mehr als 850.000 chinesische Arbeiter ins Ausland schickt,⁹ dann ist es für die Empfängerländer nicht immer eine Freude, einen Teil der Arbeitsplätze an das Geberland zu vergeben.

Militärisch sieht die Lage allerdings etwas komplizierter aus. Im Juli 2011 sagte Chinas Verteidigungsminister Liang Guanglie, dass China „nie die Intention hat, anderen Staaten zu drohen.“¹⁰ Auch auf der jüngsten Münchner Sicherheitskonferenz bekräftigte der Vize-Außenminister Chinas noch einmal, dass die Entschlossenheit Chinas, einen

friedlichen Entwicklungsweg zu begehen, nicht zu unterschätzen sei.¹¹

Angesichts dessen, dass China tatsächlich noch 10-15 Jahre benötigt, um eine stabile und nachhaltige Wirtschaftsbasis zu schaffen, wird China weiterhin an der Akkumulation von Reichtum interessiert sein, anstatt sich auf einen Krieg gegen irgendein Land vorzubereiten. Allerdings sprechen einige Faktoren tatsächlich für ein negatives Bild Chinas. Besonders zu erwähnen ist der seit 2000 zwischen China und den USA stattfindende Rüstungswettlauf der Marine im West-Pazifik und im Südchinesischen Meer. Im Zeitraum von 1949 und bis vor einigen Jahren brauchte sich die US-Marine noch keine Sorgen um die chinesische Angriffskapazität zu machen. Doch nun ändert sich die Lage zu Gunsten Chinas. Hier brauchen nur einige Stichworte genannt zu wer-

Der Fertigungsstandort China machte es zu einem **EXPORTLAND**.

den: modernisierte U-Boote mit Anti-Schiffs-Marschflugkörper-Raketen, Chinas erster Flugzeugträger, die Kapazität zur Zerstörung militärischer Satelliten und die Entwicklung von Tarnkampfbjets.

Die Konflikte um das Seegebiet zwischen Japan und China sowie die Spannungen im Südchinesischen Meer hängen eng mit den Naturressourcen, vor allem Öl und Gas, zusammen. Im Dezember 2011 hat Hu Jintao bekräftigt, dass China auf einen Krieg (in den zuvor genannten Regionen) gut vorbereitet sein solle.¹² Nach dem jetzigen Stand scheint keine dauerhafte, friedliche Lösung für die latenten, aber auch zunehmend sichtbaren Konflikte in den zuvor genannten Regionen in Sicht, außer die USA lassen sich als Balancekraft in die Gewässer „einladen“. Mit dem allmählichen Schwinden der Überlegenheit der US-Marine und einer eventuellen „Reaktivierung“ der chinesischen nationalistischen Ideen-Reserven wären mittel- und langfristig bewaffnete Konflikte innerhalb der sogenannten „ersten Inselkette“ im Pazifik nicht zu vermeiden. Die jüngst von Obama angekündigte US-Strategie im Hinblick auf die Verlegung des Sicherheitsfokus auf den Asien-Pazifik-Raum wird diesen „Fermientierungsprozess“ möglicherweise verlangsamen.

Eine neue Fragestellung

Interessanterweise entsteht parallel zur China-Gefahr-Darstellung im Westen auch eine Pro-China-Lage, die jedoch in den westlichen Medien nicht als Mainstream angesehen werden kann, aber doch wachsende Freunde findet. Joshua Ramo war der Erste, der den Begriff „Beijing Consensus“ erfunden hat, auch wenn er anfangs keine klare Kontur zu

diesem Begriff gemacht hat.¹³ Seitdem sind eine Reihe von Begriffen einschließlich der des „China Model“ entstanden, mit denen man die positive Seite Chinas beschreibt. Das China-Model wurde plötzlich ein Forschungsgegenstand für Wirtschaftswissenschaftler und Sozialwissenschaftler. Auch wenn das China-Model innerhalb der westlichen Medien immer noch einen bitteren Beigeschmack hat, wollen viele China gegenüber Respekt zollen, vor allem was die Bekämpfung der finanziellen Krise angeht. Manche Entwicklungsländer, etwa Südafrika, sehen im China-Model auch eine neue Orientierung für die Entwicklung von „Late-comer“ Staaten.

In China ist neben dem Kommunismus ein „AUTORITÄRER“ Kapitalismus entstanden.

Hinsichtlich der ansteigenden „Begeisterung“ vom China-Model durch China-Beobachter und auch basierend auf der Annahme, dass die militärische Überlegenheit der USA zumindest noch für die nächsten Jahre fortwährend sei, würde ich persönlich aber die eingangs genannte Fragestellung anders formulieren, und zwar aus einer anderen Perspektive. China hat sich nach drei Jahrzehnten Öffnungspolitik stark in das globale kapitalistische System integriert, auch wenn die KPCh manche Regeln zugunsten eigener Interessen nutzt. Folglich ist in China de facto ein Nomenklaturkapitalismus entstanden. Im

Unterschied zum liberalen Kapitalismus wie in den USA oder dem sozialorientierten Kapitalismus wie mehrheitlich in Europa ist der Nomenklaturkapitalismus folgendermaßen zu charakterisieren: Machtmonopol durch den Ein-Parteien-Staat mit wenig Duldung der Zivilgesellschaft westlicher Art; besondere Zuneigung zum großen Kapital; Polyarchie der wichtigsten Sektoren der Industrie in eigenem Land durch die Staatsunternehmen; die immer sichtbarer werdende „unsichtbare Hand“ der elitären Prinzenpartei; ein ungeheuer starkes, aber auch innovatives „Toolset“ der Wirtschaftspolitik durch die Regierung und eine politisch beugsame Mittelschicht.

Lange Zeit ging der Nomenklaturkapitalismus mit dem liberalen und sozialen Kapitalismus gemeinsam Hand in Hand. Nun beginnt aber die Zeit, in der er trotz weiterer „Vermählung“ mit ihnen konkurriert. Das heißt im Klartext, dass China durch M&A (Fusionen und Übernahmen), durch Investitionen im Ausland, durch seine Expansion der Weltmärkte in Afrika, Südamerika und anderen Kontinenten mehr Spielraum für die Akkumulierung seines Reichtums schaffen will.

Chinas Aufgabe ist eindeutig: In ca. 15 Jahren wird China demographisch eine total andere Bevölkerungsstruktur haben. Bis dahin muss die KPCh es schaffen, einen beachtlichen Reichtum akkumuliert zu haben. Im umgekehrten Fall könnte ein wirtschaftlicher Zusammenbruch das Ende des Ein-Parteien-Staates bedeuten. Chinas ganze Politik einschließlich seiner Außenpolitik dient dazu, diesen Zusammenbruch zu vermeiden.

Für den Westen ist es nun höchste Zeit, die alte Fragestellung aus einer an-

deren Perspektive umzuformulieren. Dabei sind m. E. folgende Fragen entscheidend für die Zukunft:

Ist der liberale, teils auch soziale Kapitalismus bereit, den Nomenklaturkapitalismus als Partner zu haben? Könnte dabei ein neues Regelwerk entstehen? Meine Fragestellung bezieht sich eigentlich nicht nur auf die ökonomische Ebene.

Für den Westen wird China nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht ein RIVALE sein.

ne, sondern auch die politische. Lange Zeit war das globale Kapital ein sehr guter Partner Chinas. Nun ist es aus der Sicht Chinas Zeit, die Balance zu Gunsten eines weiteren Wachstums zu ändern. China wird zunehmend mit dem jetzigen globalen Kapital konkurrieren.

China wird – je nach Umständen – Partner, Rivale oder eine Gefahr für den Westen sein. Dennoch scheint die Haupttendenz weder auf einen ganz warmherzigen Partner oder feindlichen Gegner hinzudeuten. Vielmehr stellt sich China als ein Rivale der jetzigen Demokratie und des durch die Marktwirtschaft gekennzeichneten kapitalistischen Systems dar. Die „China-Gefahr“ wird zwar weiterhin bestehen, verbal (wie im Wahlkampf in den USA) und auch faktisch. Dennoch wird die USA kurz- und mittelfristig noch in der Lage sein, Konflikten im größeren Umfang vorzubeugen.

Wirtschaftlich und politisch ist der Westen jedoch nicht ganz darauf vorbereitet, wie mit China als Rivalen richtig umzugehen ist. Nach meiner Einschätzung wird China auch nach dem anstehenden Machttransfer auf Xi Jinping

autoritär bleiben. Aber dieser Autoritarismus wird immer innovativer und er wird den Anspruch erheben, bei der Definition der globalen Regeln mitzubestimmen. Die seit 2008 andauernde Finanzkrise zeigt eine Spaltung zwischen der Politik und dem Kapital im Westen, wobei China beides bisher sehr geschickt kombiniert und dadurch sein Wachstum gewährleistet. Es wird sehr spannend zu sehen, ob der Westen ökonomisch, sozialpolitisch und vielleicht auch ideell sein jetziges „Territorium“ gegenüber dem Konkurrenten China behaupten kann. ///



/// PROF. DR. JUNHUA ZHANG

ist Professor für Politikwissenschaft an der Shanghai Jiaotong University (SJTU).

Anmerkungen

- ¹ <http://bbs.chinadaily.com.cn/thread-621168-1-1.html>, Stand: 2.2.2012.
- ² Huntington, Samuel P.: *The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order*, New York 1996.
- ³ Tammen, Ronald L.: *Power Transitions: Strategies for the 21st Century*, New York / London 2000, S. 80-93.
- ⁴ http://www.usatoday.com/news/world/2011-07-27-china-strengthens-military_n.htm, Stand: 28.1.2012.
- ⁵ Zum Problem der Demokratie siehe den Aufsatz von Castoriadis, Cornelius: *The Problem of Democracy Today*, in: <http://www.athene.antenna.nl/ARCHIEF/NR01-Athene/02-Probl.-e.html>, Stand: 2.2.2012.
- ⁶ Zu dem blühenden Phänomen des Konfuzius-Instituts siehe Zhang, Junhua: *China setzt neu auf „Soft Power“ – mit welchen Perspektiven?*, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 26.2.2010, S. 21.
- ⁷ http://english.peopledaily.com.cn/200312/11/eng20031211_130140.shtml, Stand: 2.2.2012.

⁸ Ensing, Dustin: *China is World's Top Dumping Offender*, in: <http://thechina.biz/china-economy/new-anti-dumping-investigations-decline-says-wto/>, Stand: 2.2.2012.

⁹ Siehe: Pilling, David: *The Trials of a Reluctant Superpower*, in: <http://www.ft.com/cms/s/0/2622c2b0-4c06-11e1-98dd-00144feabdc0.html#axzz1lJeToSIS>, Stand: 2.2.2012.

¹⁰ http://www.usatoday.com/news/world/2011-07-27-china-strengthens-military_n.htm, Stand: 1.2.2012.

¹¹ <http://politics.caijing.com.cn/2012-02-05/111659694.html>, Stand: 2.2.2012.

¹² <http://www.bbc.co.uk/news/world-asia-china-16063607>, Stand: 1.2.2012.

¹³ Ramo, Joshua Cooper: *The Beijing Consensus*, by The Foreign Policy Centre, London 2004.

/// Welcher Ordnungsrahmen ist notwendig?

DIE WELTWIRTSCHAFT IM UMBRUCH

PETER WITTERAUF /// Die Weltwirtschaft befindet sich in einer Transformationsphase, es entsteht ein neues multipolares System. Zugleich steht sie vor großen Herausforderungen wie das starke Wachstum der Weltbevölkerung, die zunehmende Ressourcenknappheit und der Klimawandel. Um diese Entwicklungen bestmöglich zu gestalten, braucht die Weltwirtschaft einen marktwirtschaftlichen Ordnungsrahmen. Er muss sozialen und ökologischen Erfordernissen Rechnung tragen.

Von der G 6 zur G 20

Seit dem Jahr 1975 finden jährlich sogenannte Weltwirtschaftsgipfel statt. Diese Konferenzen der Staats- und Regierungschefs befassen sich mit globalen Wirtschafts-, Entwicklungs- und Währungsfragen. Daneben werden auch Sonderprobleme der Weltpolitik erörtert wie zum Beispiel Terrorismus, bewaffnete Konflikte, Umweltschutz, Arbeitslosigkeit und Schuldenkrise.

1975 traf sich erstmals die „Gruppe der Sechs“, um Fragen der Weltwirtschaft zu erörtern. Der „Gruppe der Sechs“ gehörten die wichtigsten Industrienationen der Welt an, nämlich die USA, Japan, Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Italien. Schon ein Jahr später wurde Kanada Mitglied, es bildete sich die „Gruppe der Sieben“ (G 7), die von 1976 bis 1998 regelmäßig tagte. 1998 kam Russland dazu, es entstand die „Gruppe der Acht“ (G 8).

Im Jahr 1999 bildete sich die Gruppe der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer. Sie wurde insbesondere als Forum für die Kooperation und Konsultation in Fragen des internationalen Finanzsystems gegründet. Neben den G 8-Staaten gehören ihr China, Brasilien, Indien, Südkorea, Australien, Mexiko, die Türkei, Indonesien, Saudi-Arabien, Südafrika und Argentinien an. Zusätzlich hat die Europäische Union in dieser Gruppe einen Sitz. Die G 20-Staaten umfassen rund zwei Drittel der Weltbevölkerung, erwirtschaften rund 90 % der weltweiten Wirtschaftsleistung (gemessen am Bruttoinlandsprodukt) und bestreiten 80 % des Welthandels.

Diese Erweiterung von der „Gruppe der Sechs“ zur „Gruppe der Zwanzig“ spiegelt eine Entwicklung wider, in der sich die Gewichte der Weltwirtschaft deutlich verschoben haben. Der Ein-

Chinas wirtschaftlicher Aufstieg spiegelt sich auch im Bauboom der Megacities wider, hier das World Financial Center in Shanghai.



fluss Europas und Nordamerikas hat sich merklich abgeschwächt, frühere Entwicklungsländer wie China, Indien und Brasilien haben an Einfluss gewonnen. Es entsteht ein neues multipolares System, die Weltwirtschaft befindet sich in einer Transformationsphase.

Die Weltwirtschaft im Umbruch

Die Gewichtsverschiebungen in der Weltwirtschaft zeigen sich am deutlichsten am Aufstieg Chinas. In nur drei Jahrzehnten, seit den Wirtschaftsreformen Ende der 70er-Jahre, wurde aus einem Entwicklungsland die zweitgrößte Wirtschaftsmacht der Erde. Die Volksrepublik China ist heute der größte Energieverbraucher der Welt und der größte ausländische Gläubiger des US-amerikanischen Staates. Als Exportweltmeister wurde Deutschland schon 2009 von China abgelöst. Hauptausfuhr Güter der chinesischen Wirtschaft sind elektronische Geräte, Textilien und Maschinen. Für Deutschland ist China der größte außereuropäische Handelspartner.

Aber nicht nur China, auch andere Staaten haben an Gewicht gewonnen. Am bekanntesten ist derzeit wohl der Begriff der sogenannten Brics-Staaten. Mit dieser Abkürzung werden Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika zusammengefasst. Das Wirtschaftswachstum dieser Länder, gemessen etwa am letzten Jahrzehnt, ist ein Vielfaches höher als das Wirtschaftswachstum in Deutschland oder in den USA.¹ Brasilien ist eine der am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften der Welt. Wirtschaftlicher Fortschritt, politische Stabilität und große Rohstoffvorkommen haben dazu beigetragen. Russland ist einer der größten Energieproduzenten der Welt und verfügt über

China ist mittlerweile die zweitgrößte **WIRTSCHAFTSMACHT** weltweit.

große Gas-, Kohle- und Ölreserven. Das hohe Wachstum der russischen Wirtschaft ist vor allem auf den Anstieg der Energiepreise zurückzuführen. Es besteht allerdings eine überproportional hohe Abhängigkeit von Einnahmen aus dem Verkauf von Gas und Öl. Indien ist immer noch ein Agrarland: Jede zweite Arbeitskraft ist in der Landwirtschaft tätig. Die Industrialisierung schreitet aber rasch voran. Große Hoffnungen setzt Indien auf seine informationstechnische Industrie. Südafrika ist die stärkste Volkswirtschaft Afrikas. Es ist einer der weltweit größten Goldproduzenten und Exporteur wichtiger Rohstoffe wie Kohle, Uran oder Erdöl.

Nach Angaben des Internationalen Währungsfonds lag die weltweite Wirtschaftsleistung, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, im Jahr 2010 bei 62,911 Billionen US-Dollar.² Bei den zehn wirtschaftsstärksten Ländern der Welt ergab sich eine Reihenfolge, wie sie in der Tabelle auf Seite 64 dargestellt ist.

Diese Reihenfolge wird sich in den nächsten Jahren weiter verschieben. Es ist davon auszugehen, dass wachstumsstarke Länder wie China, Brasilien und Indien weiter an Boden gewinnen werden.

Man muss sich allerdings darüber im Klaren sein, dass die weltweiten Wohlstandsunterschiede nach wie vor gewaltig sind. So liegt das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in den USA bei

Rang	Land	Bruttoinlandsprodukt (BILLIONEN US-DOLLAR)
1	USA	14,527
2	Volksrepublik China	5,878
3	Japan	5,459
4	Deutschland	3,286
5	Frankreich	2,563
6	Großbritannien	2,250
7	Brasilien	2,090
8	Italien	2,055
9	Indien	1,632
10	Kanada	1,577

Quelle: International Monetary Fund, World Economic Outlook, September 2011.

46.860 US-Dollar, in der Volksrepublik China demgegenüber nur bei 4.382 US-Dollar.³ Noch viel größer ist die Differenz zwischen den reichsten und ärmsten Ländern der Welt. Denn es ist bisher nur begrenzt gelungen, die weltweiten Wohlstandsunterschiede zu verringern. Und noch immer sind Hunger und Armut in vielen Staaten der Welt weit verbreitet. Zu den ärmsten Ländern der Welt gehören nach wie vor die afrikanischen Staaten. Dies zeigt sich auch am Bruttoinlandsprodukt pro Kopf. Um einige Beispiele anzuführen: Liberia 229 US-Dollar, Demokratische Republik Kongo 186 US-Dollar und Burundi 180 US-Dollar.⁴

Pauschal ist festzustellen, dass vor allem in asiatischen Ländern erhebliche wirtschaftliche Fortschritte zu verzeichnen sind. Auch eine Reihe von südamerikanischen Staaten hat wirtschaftliche Erfolge vorzuweisen. Demgegenüber waren in Afrika kaum Aufwärtsentwicklungen zu beobachten. Ob sich dies ändern wird, bleibt abzuwarten. Der afrikanische Kontinent ist

reich an Bodenschätzen. Die Grundlagen für gute Wachstumsperspektiven wären deshalb durchaus vorhanden. Es wäre für die weitere Entwicklung der Weltwirtschaft überaus positiv, wenn

Auch einige südamerikanische Länder sowie Südafrika haben eine PROSPERIERENDE Wirtschaft.

aus einem „verlorenen Kontinent“, wie Afrika sehr oft bezeichnet wird, ein „Kontinent der Hoffnung“ würde.

Die Armutsbekämpfung ist in den Ländern, in denen ein starkes Bevölkerungswachstum zu verzeichnen ist, besonders schwierig. Im abgelaufenen Jahr hat die Weltbevölkerung zum ersten Mal die Zahl von sieben Milliarden Menschen überschritten. Im Jahr 2050 werden es bereits neun Milliarden sein. Vor allem in Asien und in Afrika wächst die Weltbevölkerung weiter stark an. Nur in Europa ist ein Rückgang zu verzeichnen.⁵

Die soziale Balance der Weltwirtschaft wird durch die zunehmenden Ungleichgewichte auf den Finanzmärkten gefährdet. Schon in der Vergangenheit kam es immer wieder zu Krisen. Die Wirtschaftskrise ab 1929, die Schuldenkrisen in Lateinamerika in den 1980er-Jahren und das Platzen der Internetblase um die Jahrtausendwende sind herausragende Beispiele. Unter der Finanzkrise des Jahres 2007 leiden die Staaten noch immer, insbesondere auch durch die stark gestiegene Staatsverschuldung. Das Risikopotenzial ist auch deswegen so hoch, weil sich die Finanzwirtschaft zunehmend von der Realwirtschaft abgekoppelt hat. Finanzgeschäfte haben zu einem großen Teil nichts mehr mit Waren- und Dienstleistungsgeschäften zu tun. Die „Schattenwirtschaft“ ist auf dem Vormarsch. Hedgefonds zum Beispiel können unbegrenzt Kredit aufnehmen, um gegen Währungen, Anleihen oder Aktien zu wetten. Manche Hedgefonds treiben auch durch das Streuen von Gerüchten die Spekulationen an, ohne Rücksicht auf die Folgen wie etwa den Verlust von Arbeitsplätzen.

Eine große Gefahr für die weitere Entwicklung der Weltwirtschaft ist die zunehmende Verknappung von Ressourcen. Gemessen an ihrem Verbrauch an Rohstoffen lebt die Welt über ihre Verhältnisse. Dies gilt für Erdöl, Erdgas und Kohle ebenso wie zum Beispiel für Kupfer und seltene Erden. Schon heute ist festzustellen, dass die Sicherung von Rohstoffen für Wachstumsstaaten wie China hohe und höchste Priorität hat. Gleiches gilt mit Blick auf die Energieversorgung. Das Öl als Hauptenergieträger ist nur begrenzt verfügbar. Aufgrund des wachsenden globalen Energiebedarfs gehen die Lagerstätten der

Welt unaufhaltsam zur Neige. Bei Erdgas ist die Situation ähnlich. Die Schätzungen, wie lange Erdöl und Erdgas noch reichen werden, gehen allerdings weit auseinander. Sie hängen auch davon ab, in welchem Ausmaß neue Lagerstätten entdeckt werden. Sicher ist aber, dass die Öl- und Gaspreise weiter steigen werden.

Besonders betroffen von der Ressourcenknappheit sind die Entwicklungs- und Schwellenländer Afrikas und Asiens. Das gilt vor allem auch im Hinblick auf die Wasservorräte. Wo das Wasser knapp wird, setzt das die betroffenen Regionen unter einen erheblichen Druck. Die Menschen brauchen es als Trinkwasser und für die Bewässerung in der Landwirtschaft. Doch nicht nur die Menge ist das Problem – es ist nicht zuletzt die Qualität. Eine hohe Zahl der Krankheiten in Entwicklungsländern sind auf verschmutztes Wasser zurückzuführen. 2,6 Milliarden Menschen fehlt es nach Angaben der UNESCO an ausreichenden Wasser- und Abwasseranlagen.⁶ Die Deutsche Bank schätzt den jährlichen Investitionsbedarf in der globalen Wasserwirtschaft auf etwa 400 bis 500 Milliarden Euro.⁷ Der Zugang zu Trinkwasser und sanitären Anlagen ist deshalb von so großer Bedeutung, dass die Vereinten Nationen dies zu einem „universellen Menschenrecht“ er-

Eine Gefahr für die Entwicklung der Weltwirtschaft ist die zunehmende Ressourcenknappheit, v. a. bei WASSER.

klärt haben. Deutschland hat sich dafür eingesetzt und diese Resolution nachdrücklich unterstützt.

Ressourcen- und Energieverbrauch sind auch bestimmende Faktoren des Klimawandels. Noch immer ist der Anstieg von CO₂-Emissionen nicht abgebremst. Vor allem in Asien zeigt der Trend weiter nach oben. Die zehn Staaten mit dem höchsten CO₂-Ausstoß sind für etwa zwei Drittel der weltweiten CO₂-Emissionen verantwortlich. China und die USA liegen mit deutlichem Abstand an der Spitze. Beide Länder produzierten im Jahr 2009 12,0 Gigatonnen CO₂, das sind 41 % der weltweiten CO₂-Emissionen.⁸

Angesichts dieser weltweiten Veränderungen und Herausforderungen stellt sich die Frage, welcher Ordnungsrahmen notwendig ist, um zu bestmöglichen Ergebnissen zu kommen.

Welchen Ordnungsrahmen braucht die Weltwirtschaft?

Etwas vereinfacht ausgedrückt gilt: Die Weltwirtschaft braucht eine marktwirtschaftliche Ordnung, die sozialen Belangen und ökologischen Erfordernissen Rechnung trägt. Mit Blick auf die deutschen Erfahrungen könnte man von einer sozialen und ökologischen Marktwirtschaft sprechen. In der politischen Praxis ist die Verwirklichung einer solchen Rahmenordnung eine überaus komplexe Aufgabe. Auf internationaler Ebene gibt es nur begrenzte Handlungsmöglichkeiten. Die entscheidenden Weichenstellungen erfolgen im nationalen Bereich. Es gibt zum Beispiel keine „Weltwirtschaftspolitik“, sondern „nur“ die unterschiedlichen Wirtschaftspolitiken unabhängiger Staaten. Umso wichtiger ist es, auf unterschiedlichen Ebenen ordnungspolitische Rahmensetzungen

vorzunehmen, die dieselben Ziele haben.

Entscheidend ist die Verwirklichung einer marktwirtschaftlichen Ordnung. Die Marktwirtschaft ist die effizienteste Wirtschaftsordnung. Sie ist am ehesten in der Lage, Wohlstand und soziale Gerechtigkeit für alle Bevölkerungsgruppen zu ermöglichen. Alle kommunistischen und sozialistischen Systeme sind letztlich auch an ihren wirtschaftlichen Fehlleistungen gescheitert. Die Entwicklung in der früheren DDR zum Beispiel hat dies überdeutlich gezeigt. Sozialistische Staaten wie China, Russland und Vietnam hatten erst dann wirtschaftliche Erfolge zu verzeichnen, als sie angingen, Marktwirtschaft und Wettbewerb zuzulassen. Gleichzeitig zeigt zum Beispiel die Entwicklung in Venezuela, dass selbst Ölreichtum nicht ausreicht, um ordnungspolitische Fehlleistungen auszugleichen. Auch Kuba ist ein Beispiel dafür, dass die Abkehr von Marktwirtschaft und Wettbewerb zu wirtschaftlichem Abstieg führt.

Leider sind in vielen Ländern der Erde zwar marktwirtschaftliche Elemente eingeführt, von einer funktionsfähigen marktwirtschaftlichen Grundordnung kann aber keine Rede sein. Denn diese braucht Regeln, an die sich alle halten müssen. Dies ist wie bei einem Fußballspiel. Ohne Spielregeln und ohne Schiedsrichter wäre ein ordnungsgemäßer Ablauf nicht möglich.

Die Weltwirtschaft braucht eine soziale und ökologische Marktwirtschaft als ORDNUNGSRAHMEN.

Die weltweite Seuche der Korruption zum Beispiel beeinträchtigt ebenso den Wettbewerb wie mangelnde Rechtssicherheit oder die Bevorzugung von Staatsunternehmen.

Zu einer marktwirtschaftlichen Ordnung gehört ein freier und fairer Handel. Er ist zugleich ein Motor für Weltwirtschaft und Arbeitsplätze. Leider ist es noch immer nicht gelungen, ein neues globales Handelsabkommen zu vereinbaren. Die Verhandlungen hatten hoffnungsvoll im November 2001 in Doha, der Hauptstadt Katars, begonnen. Leider haben sich seither die über 150 Staaten der Welthandelsorganisation WTO gegenseitig blockiert. Die Zielsetzung, dass die Industriestaaten ihre Märkte für Agrarimporte öffnen und im Gegenzug Produkte in abgeschottete Entwicklungs- und Schwellenländer liefern dürfen, wurde nicht realisiert. Es wäre aber zum Beispiel überaus wichtig, dass die Industriestaaten ihre Agrarsubventionen abbauen. Nur so haben die Agrarprodukte aus Entwicklungsländern eine Chance. Die WTO könnte hier eine wichtige Schiedsrichterrolle übernehmen.

Von großer Bedeutung wird es sein, protektionistischen Tendenzen entgegenzuwirken. Die hohe Staatsverschuldung in vielen Ländern und die sich abzeichnenden Konjunkturprobleme bergen die Gefahr in sich, dass einzelne Staaten protektionistische Maßnahmen ergreifen. Durch Zölle oder verdeckte Handelsbehinderungen können ausländische Konkurrenten vom einheimischen Markt fern gehalten werden. Ein aktuelles Beispiel sind die überraschenden Strafzölle Chinas auf in Amerika hergestellte Kraftfahrzeuge. Dies war offensichtlich ein Vergeltungsakt für Maßnahmen der USA gegen Reifenim-

porte aus China. Regierungen haben aber auch die Möglichkeit, durch Währungsabwertungen ihre Exportindustrie zu fördern. Oder, wie es die Volksrepublik China gerade praktiziert: Eine eigentlich fällige Aufwertung der Währung wird verhindert. Durch staatliche Eingriffe in den Wechselkurs werden Exportpreise künstlich niedrig gehalten. In der öffentlichen Diskussion wird viel zu wenig thematisiert, dass der chinesische Yuan im Gegensatz zu den wichtigen Weltwährungen wie US-Dollar und Euro nicht frei handelbar ist und sich deshalb kein marktgerechter Kurs bilden kann.

Eine marktwirtschaftliche Ordnung führt, sofern sie funktionsfähig ist, auch zu sozialen Verbesserungen. Zugleich braucht sie aber einen sozialen Ausgleich. Im weltweiten Maßstab ist deshalb die Entwicklungshilfe in hohem Maße notwendig und berechtigt. Sie stellt sicher, dass die ärmeren Län-

Eine funktionierende marktwirtschaftliche Ordnung bewirkt **SOZIALE Verbesserungen und Ausgleich**.

der der Welt von den reichen Staaten finanzielle Hilfe erhalten. Damit werden die reichen Staaten ihrer internationalen Verantwortung gerecht und leisten auch einen wichtigen Beitrag zur Friedenssicherung.

Immer stärker wird allerdings die Frage nach der Wirksamkeit von Entwicklungshilfemaßnahmen gestellt. Es stimmt sehr nachdenklich, dass viele Länder Afrikas über Jahrzehnte hohe Zahlungen erhalten haben, aber trotzdem keine größeren wirtschaftlichen Fortschritte zu verzeichnen waren. Der

Land	Gini-Index (%)	Jahr
Deutschland	28,3	2007
Indien	36,8	2007
Russland	41,0	2006
Vereinigte Staaten	46,6	2007
China	46,9	2007
Chile	57,1	2000
Südafrika	57,8	2000

Quelle: UN: Human Development Report 2011, <http://hdevstats.undp.org>

südafrikanische Journalist Moeletsi Mbeki hat in seinen Büchern „Architects of Poverty“ und „Advocates for Change“ die Fehlentwicklungen und möglichen Lösungen zutreffend beschrieben. Er weist mit großem Nachdruck darauf hin, dass sich die politischen Eliten selbst bereichern und die Bevölkerung arm halten.⁹ Budgethilfen, also pauschale Zahlungen an Entwicklungsländer, sollten deshalb nur dann erfolgen, wenn „gute Regierungsführung“ gewährleistet ist. Ein wichtiger Indikator sind auch die Ausgaben für Bildungsmaßnahmen.

Auch innerhalb vieler Staaten erfolgt kaum der notwendige soziale Ausgleich. Im Gegenteil ist festzustellen, dass selbst dort, wo Rohstoffvorkommen zu hohen Staatseinnahmen führen, nur eine reiche Oberschicht profitiert. Ein Beispiel hierfür ist die Situation in Afrika. Die Hanns-Seidel-Stiftung hat vor kurzem eine Expertentagung zum Thema „Afrikas Rohstoffreichtum – Fluch oder Segen?“ durchgeführt. Eine wichtige Forderung war, dass die Wertschöpfung aus der Rohstoffgewinnung und -verarbeitung stärker im Fördergebiet selbst verbleiben sollte.¹⁰

Der sogenannte Gini-Index misst die soziale Ungleichheit in einem Land, insbesondere was die Einkommen und die Vermögen angeht. Bei einem Wert von 0 wäre eine völlige Gleichverteilung gegeben, bei einem Wert von 1 eine absolute Ungleichverteilung. Für das Jahr 2007 ergibt sich für Deutschland bei der Einkommensverteilung ein Wert von 0,283 bzw. 28,3 %. Dieser Wert bringt zum Ausdruck, dass die Einkommensverteilung in Deutschland relativ ausgewogen ist. Viele Länder weisen demgegenüber einen sehr hohen Gini-Index auf (siehe Tabelle oben).

Trotz aller Unsicherheiten und Ungenauigkeiten, die bei der Berechnung des Gini-Index vorhanden sind, lässt sich doch eine eindeutige Schlussfolgerung ziehen: In vielen Staaten der Welt sind die soziale Komponente der Marktwirtschaft und das Wirtschaftswachstum zu wenig ausgeprägt. Hier gilt es anzusetzen.

Auch die Finanzmärkte brauchen eine neue Rahmenordnung. Vordringlich ist, die noch vorhandenen Aufsichtslücken zu schließen, etwa im Hinblick auf Hedgefonds und Investmentbanken. Die Spekulation sollte noch



Macht es Sinn, angesichts der Nahrungsmittelknappheit Futtermittel für die Produktion von Biokraftstoffen anzubauen?

stärker eingegrenzt werden, Ein Verbot von hoch spekulativen Finanzinstrumenten könnte hierzu ebenso beitragen wie eine Finanztransaktionssteuer. Diese würde die Finanzgeschäfte verteuern und könnte insbesondere den riskanten computergesteuerten Hochfrequenzhandel eindämmen. Die Finanztransaktionssteuer hätte auch keine Nachteile für den Finanzplatz Deutschland, da die Unternehmen an ihrem Unternehmenssitz besteuert würden und nicht dort, wo die Trans-

aktion stattfindet. Bei der notwendigen Stärkung des Eigenkapitals, das die Haftung von Banken verbessert, hat es bereits wichtige Fortschritte gegeben. Gleiches gilt für die Vergütung des Managements, die sich an langfristigen Kriterien orientieren soll. Noch großer Handlungsbedarf besteht bei der notwendigen Verbesserung der internationalen Zusammenarbeit und der globalen Überwachung.

Eine große Gefährdung für die weitere Entwicklung der Weltwirtschaft und auch des internationalen Währungssystems ist die hohe Verschuldung einzelner Staaten. Der Verlauf der Eurokrise, die vor allem auch eine Staatsschuldenkrise ist, hat dies überdeutlich gezeigt. Italien mit 120,5 % (Relation zwischen Staatsschulden und Bruttoinlandsprodukt) im Jahr 2011 und Griechenland mit 162,8 % haben Spitzenwerte in der Europäischen Union. Der EU-Durch-

Auch die Finanzmärkte brauchen angesichts der Schuldenkrise eine STRAFFERE Rahmenordnung.

Die Globalisierung **ERFORDERT** eine Neuorientierung und -ordnung der Weltwirtschaft.

schnitt liegt bei 82,5 %. In den USA lag die Staatsschuldenquote im Jahr 2011 bei rund 101 %, in Japan sogar bei 206,2 %.¹¹ Es ist deshalb überaus wichtig, eine internationale „Stabilitätsordnung“ zu realisieren. Diese muss die Verpflichtung zum Schuldenabbau beinhalten.

Und schließlich ist auch eine ökologische Rahmensetzung nötig. In vielen Staaten der Welt wird Raubbau an der Natur betrieben. Bodenschätze werden oft ohne Rücksicht auf ökologische Erfordernisse gewonnen. Meist bleiben dann verseuchte Böden zurück. Hinterfragt werden sollte der Anbau von Futtermittelpflanzen für die Produktion von Bio-Kraftstoffen. Macht dies Sinn, wenn man die zunehmende Nahrungsmittelknappheit vor Augen hat? Noch dazu, wenn dafür immer mehr Regenwald abgeholzt wird?

Natürlich sind zunächst die einzelnen Staaten selbst gefordert, um den notwendigen Schutz der Umwelt zu gewährleisten. In vielen Ländern der Welt ist zumindest in Teilen der Bevölkerung ein verstärktes Umweltbewusstsein zu registrieren. Dies ist sehr positiv zu werten. Mit Recht weist der Ökonom Partha Dasgupta darauf hin, dass der entscheidende Druck für mehr Umweltschutz von den Bürgern ausgehen muss.¹² Aber auch im internationalen Bereich müssen entsprechende Wei-

chenstellungen erfolgen. Beim jüngsten UN-Klimagipfel, der Ende November / Anfang Dezember 2011 in Südafrika stattfand, hat die EU zumindest einen „Fahrplan“ zu einem Weltklimavertrag durchgesetzt. Das Abkommen soll bis 2015 erarbeitet werden und 2020 in Kraft treten. Auch „Klimasünder“ wie die USA, China und Indien sollen in die Pflicht genommen werden.

Der Beitrag Deutschlands

Deutschland wird wegen seiner wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Erfolge weltweit bewundert. Es ist deshalb geradezu prädestiniert, sich auch auf globaler Ebene für eine soziale und ökologische Marktwirtschaft einzusetzen. Dies gilt nicht nur für die internationale Politik, sondern auch und gerade für nichtstaatliche Akteure wie zum Beispiel die Politischen Stiftungen. Deshalb setzt sich die Hanns-Seidel-Stiftung weltweit für eine marktwirtschaftliche Rahmenordnung ein und engagiert sich beim Aufbau entsprechender rechtlicher Grundlagen sowie bei der Beratung von Entscheidungsträgern. In Vietnam führt sie derzeit Beratungsmaßnahmen durch, um beim Aufbau einer Sozialgesetzgebung behilflich zu sein. In Indonesien fördert sie seit vielen Jahren Ausbildungsmaßnahmen, um das Umweltbewusstsein in der Bevölkerung zu festigen. Viele andere Beispiele ließen sich anfügen.

Deutschland wird auch einen wichtigen Beitrag leisten müssen, um die europäische Position in der Weltgemeinschaft zu stärken. Nur wenn die Europäer mit einer Stimme sprechen, werden sie in der globalisierten Welt von morgen Gehör finden. Deshalb ist die Frage nach einem starken und handlungsfähigen Europa von höchster Priorität. Hierzu gehört die gemeinsame

Währung. Die drängendste Aufgabe ist derzeit die Stabilisierung des Euro.

Für die deutschen Unternehmen wird die Neuordnung der Weltwirtschaft neue Perspektiven und Chancen eröffnen. Deutsche Firmen können zum Beispiel Problemlösungen anbieten, die Umweltschonung und Energieeffizienz gewährleisten. Expertenschätzungen gehen davon aus, dass die Dienstleistungsexporte künftig schneller wachsen als die Ausfuhren von Waren. Die deutsche „Beratungskompetenz“ ist hier ein wichtiger Wettbewerbsvorteil. Optimismus ist deshalb durchaus berechtigt, auch wenn die neuen Herausforderungen gewaltig sind. ///



///DR. PETER WITTERAUF
ist Hauptgeschäftsführer der
Hanns-Seidel-Stiftung, München.

Anmerkungen

¹ International Monetary Fund, World Economic Outlook, September 2011.

² Ebd.

³ Ebd.

⁴ Ebd.

⁵ Weltbevölkerungsbericht der Vereinten Nationen, <http://www.weltbevölkerung.de>

⁶ WHO, UNICEF: Progress on Sanitation and Drinking-water, 2010 Update.

⁷ Deutsche Bank Research: Weltwassermärkte. Hoher Investitionsbedarf trifft auf institutionelle Risiken, Aktuelle Themen 476, 23.2.2010.

⁸ International Energy Agency: CO₂ Emissions from fuel combustion, 2011 Edition, <http://www.iea.org>

⁹ Mbeki, Moeletsi (Ed.): Advocates for Change, Johannesburg 2011; Mbeki, Moeletsi: Architects of poverty, Johannesburg 2009.

¹⁰ Einzelheiten sind im Tagungsbericht der Hanns-Seidel-Stiftung nachzulesen, <http://www.hss.de>

¹¹ Monatsbericht des Bundesministeriums der Finanzen, Dezember 2011.

¹² Interview mit Partha Dasgupta, in: Süddeutsche Zeitung, 22.12.2011.

/// Zwischen Fortschritt und Stillstand

ZWANZIG JAHRE NACH DEM ZUSAMMENBRUCH JUGOSLAWIENS

OLIVER JOACHIM ROLOFS / JOCHEN STÖGER /// Vor über zwanzig Jahren zerfiel Jugoslawien. Die Desintegration führte zu einer Serie von Kriegen und zu einer Entstehung verschiedener postjugoslawischer Nachfolgestaaten. Auch über zwei Jahrzehnte später stellt sich die Region des Westbalkans als ein Mosaik gelöster und noch zu lösender Probleme dar, die vor allem durch eine entschlossene politische Kraftanstrengung der Europäischen Union überwunden werden können.

Hat Europa aus den Fehlern seiner Balkanpolitik gelernt?

Vor über zwanzig Jahren zerfiel der Vielvölkerstaat Jugoslawien. Die Unabhängigkeitserklärungen von Slowenien und Kroatien am 25. Juni 1991 sowie die Hegemonialpolitik Serbiens, ein Jugoslawien unter Einschluss der „serbischen Gebiete in Kroatien und Bosnien-Herzegowina“ zu schaffen, läuteten das traurige Ende des Vielvölkerstaates ein. Der Ausstieg aus dem Bund führte zu einer Serie von Kriegen und zur Entstehung verschiedener Nachfolgestaaten, die erst mit der Unabhängigkeitserklärung Kosovos von Serbien am 17. Februar 2008 ihr vorläufiges Ende fand. Auch über zwanzig Jahre später stellt sich die Region des Westbalkans als ein Mosaik gelöster und noch zu lösender Probleme dar, die vor allem durch ein entschlosse-

nes politisches Handeln der Europäischen Union gelöst werden können.

Der Weg in die Katastrophe

Wäre Jugoslawien als Produkt in den Regalen eines imaginären politischen Geschäfts gelegen, dann wäre sein Mindesthaltbarkeitsdatum der 4. Mai 1980 gewesen – jener Tag, an dem sein charismatischer Staatsgründer Marschall Josip Broz Tito starb, der den südosteuropäischen Vielvölkerstaat mit eiserner Hand zusammenhielt. Es wäre klar gewesen, dass das Produkt Jugoslawien nach seinem Tod noch einige Zeit würde weiterleben können, doch auch nur eine gewisse Zeit.¹ Wie bei äußeren schädlichen Einflüssen oder einer falschen Lagerung des Produkts hatte der Zerfall des südslawischen Vielvölkerstaates bereits Anfang der 80er-Jahre mit Unru-



Massenbeisetzung
am 11. Juli 2011,
dem 16. Jahrestag
des Massakers von
Srebrenica.

Bildnachweis: Sean Gallup / Getty Images

hen in der mehrheitlich von Albanern bewohnten südserbischen Provinz Kosovo begonnen. Er wurde durch die nie aufgearbeitete Geschichte der letzten Jahrhunderte zwischen den Völkern Jugoslawiens, die schweren ökonomischen Probleme des Landes und dem mit einem wieder erstarkten Nationalismus einhergehenden Streit zwischen den jugoslawischen Teilrepubliken um die Verteilung finanzieller Mittel in der Föderation deutlich beschleunigt. Im Zuge politischer Umwälzungen in der Sowjetunion und anderen sozialistischen Staaten Osteuropas 1989/90 bildeten sich auch in Jugoslawien neue Parteien, 1990 kam es zu ersten freien Wahlen in einigen Teilrepubliken, die in Kroatien und Slowenien mehrheitlich von nationalistischen, zur staatlichen Unabhängigkeit strebenden Parteien gewonnen wurden.

Die Unabhängigkeitserklärung Kroatiens und Sloweniens am 25. Juni 1991 wurde schließlich von Teilen der jugoslawischen Führung als Verfassungsbruch angesehen, obwohl die modifizierte Verfassung Jugoslawiens von 1974 ein schwammig formuliertes Selbstbestimmungsrecht der Völker Jugoslawiens festgeschrieben hatte. Das lange Undenkbare war passiert und die jugoslawische Führung versuchte unter maßgeblichem Einfluss des damaligen Präsidenten der jugoslawischen Teilrepublik Serbiens, Slobodan Milošević, die Unabhängigkeit mit Hilfe der Jugoslawischen Volksarmee (JNA) zu verhindern.

So kam es im Juni 1991 in Slowenien und ab September in Kroatien zu ersten Kämpfen zwischen der jugoslawischen Armee und den slowenischen sowie kroatischen Streitkräften. Die weiteren in Jugoslawien vorhandenen Konflikte entwickelten sich zum offenen Krieg. Insbesondere in den Republiken mit eth-

nisch weitgehend heterogener Bevölkerung, z. B. Bosnien-Herzegowina und Kroatien, wurden die Kämpfe hart und lang andauernd geführt. Allein in Bosnien-Herzegowina, das sich schließlich am 3. März 1992 für unabhängig erklärte, forderte der Krieg über 100.000 Todesopfer.

Die Notwendigkeit einer europäischen Konfliktvor- und -nachsorge

Obwohl viele westliche Staaten Jugoslawien 1991 noch fest entschlossen erhalten wollten, konnten sie den Zerfall wenig später nicht mehr aufhalten. Die im Jahr 1992 von der EG eingesetzte Badinter-Kommission stellte abschließend fest, dass die Grenzen der ehemaligen Teilrepubliken Jugoslawiens als zwischenstaatliche Grenzen der nun souveränen Nachfolgestaaten zu betrachten seien. Diese völkerrechtliche Entscheidung konnte nicht darüber hinwegtäuschen, dass alle Friedensbemühungen der Europäischen Gemeinschaft im Rahmen einer Krisendiplomatie der Uneinigkeit bis zum Ende des Krieges in Bosnien-Herzegowina im Jahr 1995 gescheitert waren und mit dem Genozid von Srebrenica den traurigen Höhepunkt einer gescheiterten europäischen Konfliktbewältigung darstellten. Es war eine bittere Ironie, dass ausgerechnet Australien und Kanada den Krieg in Ju-

goslawien erstmals vor die Vereinten Nationen brachten, nicht aber die Staaten Europas. Schließlich waren es die USA und nicht die Europäer, die den schlimmsten aller Balkan-Kriege in Bosnien-Herzegowina mit dem Friedensvertrag von Dayton im Dezember 1995 beenden konnten.

Auch die 1999 im Kosovokrieg gemachten Erfahrungen haben gezeigt, dass es offenbar weiterhin der Entschlossenheit und Führung der USA bedarf, wenn es um die Regelung europäischer Sicherheitsprobleme geht. Obwohl die Europäer nun mehr Geschlossenheit zeigten, war die EU weiterhin nicht der geeignete Krisenmanager, da auch der Kosovokonflikt zunächst nur halbherzig behandelt wurde. Überdies offenbarte sich eine Unfähigkeit zur glaubwürdigen Drohung mit militärischen Mitteln gegenüber Serbien. Ein Ergebnis der Führungs- und Entscheidungsschwäche der EU während der jugoslawischen Kriege ist die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU (GASP), die durch die Verträge von Amsterdam (1997), Nizza (2001) und Lissabon (2007) weiterentwickelt und vorangetrieben wurde.

Die EU betrachtet die Förderung von Frieden, Stabilität, Wohlstand und Freiheit in den postjugoslawischen Ländern als Priorität. Den Rahmen für die Strategie der EU bildet der Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess (SAP), der Reformen in diesen Ländern unterstützen und vorantreiben soll. Langfristig bietet der SAP die Möglichkeit einer EU-Vollmitgliedschaft, aber nur, sofern sie bestimmte politische und wirtschaftliche Bedingungen erfüllen.²

Im März 2000 erklärte der Europäische Rat in Lissabon, dass die Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen

(SAA) mit den Ländern des westlichen Balkans als wesentlicher Schritt auf dem Weg zu einer vollwertigen Mitgliedschaft betrachtet werden sollten. In Thessaloniki bekräftigte der Europäische Rat am 20. Juni 2003 erneut die Beitrittsperspektive für den westlichen Balkan und beschloss eine Verstärkung der politischen Zusammenarbeit sowie einen verbesserten Institutionenaufbau und Wirtschaftshilfen.³ Soweit die Brüsseler Theorie. Vielmehr belastet weiterhin das Versagen Europas angesichts von Völkermord und Krieg im ehemaligen Jugoslawien die Glaubwürdigkeit der EU, die durch die jüngste zögerliche Integrationspolitik weiter beschädigt worden ist.

Die EU verfolgte bisher eine STRATEGIELOSE Politik in der Region.

Nach den teilweise negativen Erfahrungen der letzten Erweiterungsrunde der EU 2007 mit Bulgarien und Rumänien sowie vor dem Hintergrund der Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise ist spätestens im Jahr 2009 in führenden politischen Kreisen der EU eine „Erweiterungsmüdigkeit“ eingetreten, die trotz einer weiteren Aussicht auf eine EU-Mitgliedschaft zu einem nachlassenden Reformeifer bei den EU-Aspiranten auf dem Westbalkan geführt hat. Die Schere zwischen den einzelnen Staaten des ehemaligen Jugoslawiens klappt weiter auseinander. Während Slowenien aufgrund seiner stabilen Demokratie und relativ prosperierenden Wirtschaft bereits seit 2004 Mitglied der EU ist, wird Kroatien diesen Schritt als 28. Mitgliedsland der EU im Jahr 2013 machen können. Obwohl Mazedonien bereits

Die EU zeigte während des Krieges in Jugoslawien Führungs- und Entscheidungsschwäche.

am 17.12.2005 Beitrittskandidat wurde, ist es bis heute nicht merklich vorangekommen. Im Falle von Montenegro hatte die EU-Kommission am 12. Oktober 2011 die Aufnahme von Verhandlungen empfohlen.

Die Aussicht auf einen baldigen EU-Beitritt ist für einige exjugoslawische Republiken noch in weiter Ferne. Aber auch die EU ist aufgrund ihrer inkohärenten und strategielosen Politik der „doppelten Standards“ insbesondere gegenüber Serbien mit einer der Ursachenfaktoren für diese Entwicklung.

Bosnien-Herzegowina

Auch über 16 Jahre nach dem Kriegsende bleibt Bosnien-Herzegowina der „kranke Mann Europas“ und ein unvollendeter Staat. Das Friedensabkommen von Dayton hat zwar gehalten und ein Wiederaufflammen bewaffneter Konflikte scheint unwahrscheinlich. Doch hat Dayton das Land praktisch mit der serbisch dominierten „Republika Srpska“ und der muslimisch-kroatischen Föderation in zwei Entitäten geteilt, die durch einen äußerst schwachen Zentralstaat verbunden sind. Das Abkommen von Dayton schuf eine Nachkriegsordnung, die eine selbsttragende Stabilität des Landes obstruiert. Der Kompromiss von Dayton war, dass Bosnien-Herzegowina einen starken Föderalismus verordnet bekam, der unter Aufsicht eines mit Exekutivrechten ausgestatteten Hohen Repräsentanten (HR) steht. Jedoch sind die ethnisch-national dominierten Entitäten und ihre Akteure die eigentlichen Machtfaktoren innerhalb des komplexen Staatswesens.

Der Wille, einen effizienten Zentralstaat zu schaffen, ist bei den heimischen Akteuren nicht vorhanden. Dies konnte man daran sehen, dass die Bildung einer

Gesamtstaatsregierung nach den Parlamentswahlen vom 3. Oktober 2010 bis zum Januar 2012 dauerte. Statt dem Land in seiner Gesamtheit eine Zukunftsperspektive zu geben, verfolgt die bosnische Serbenrepublik von Belgrad geduldete secessionistische Absichten, während die bosnischen Kroaten die bisherige Kooperation mit der bosniakischen Staatshälfte aufkündigen wollen, um eine eigene „Entität“ zu werden. Die Bosniaken hingegen fordern einen starken zentralisierten Gesamtstaat ein. Die EU mitsamt der internationalen Gemeinschaft steht im Falle Bosniens vor dem Dilemma einer inhaltsleeren und zeitlich undefinierten „Exit-Strategie“, die darüber hinwegtäuschen soll, dass in den 16 Nachkriegsjahren nie ein Konzept für eine dauerhafte politische Stabi-

Das Mandat des Hohen Repräsentanten in BOSNIEN-HERZEGOWINA wurde mehrmals verlängert.

lisierung des Landes ohne autoritäre Kontrollen der internationalen Gemeinschaft entwickelt wurde. Eine enttäuschende Bilanz. Als verstärkt die Verantwortung für Bosnien-Herzegowina auf die EU übertragen wurde, war Brüssels einziges Konzept für einen Staatsaufbau der EU-Integrationsprozess. Jedoch fand nie ein strategischer Diskurs darüber statt, ob eine europäische Mitgliedsperspektive für die politischen Eliten Bosniens und in den Nachkriegsstaaten Jugoslawiens ausreichend ist,

um politische und wirtschaftliche Reformen durchzuführen. Zu früh und trotz ausbleibender innenpolitischer Reformen wurde den Politikern und Behörden des Landes eine politische Reife bescheinigt und ein zeitliches Ende des Mandats des Hohen Repräsentanten verkündet, das bis heute immer wieder verlängert wurde.

Um schließlich den völlig ins Stocken geratenen Reformprozess im Land mit Hochdruck voranzutreiben und den „Ausstieg“ der internationalen Gemeinschaft zu beschleunigen, initiierte 2009 die schwedische EU-Ratspräsidentschaft gemeinsam mit den USA den „Butmir-Prozess“ zur Verfassungsreform im Land. Dieser scheiterte an der wachsenden Uneinigkeit innerhalb der internationalen Gemeinschaft im Umgang mit Bosnien-Herzegowina, den komplexen ethnisch-nationalen Strukturen, aber vor allem an der Kompromissunfähigkeit der örtlichen Politiker. Mit ihrer bisher verfolgten perspektivlosen Politik muss sich die EU den Vorwurf gefallen lassen, mit zum heutigen politischen Stillstand in Bosnien-Herzegowina und zu einer wachsenden Frustration im Land beigetragen zu haben.⁴ Hauptverantwortlich für den Stillstand sind jedoch die bosnischen Politiker selbst und es liegt umso mehr in ihrer Hand, mit einer neuen Regierung die Zukunft des Landes auf dem Weg nach Europa zu gestalten.

Serbien

Mit den Festnahmen von Ratko Mladić und Goran Hadžić hat Serbien im Sommer 2011 eine überfällige Bringschuld eingelöst und zwei der letzten gesuchten Kriegsverbrecher des Bosnienkrieges an das Internationale Kriegsverbrechertribunal für das ehemalige Jugoslawien

ausgeliefert. Damit signalisierte Belgrad seine Bereitschaft, sich endlich den dunklen Kapiteln der Vergangenheit zu stellen. Auf dem Weg nach Europa kann dies trotz der jüngsten Verleihung des EU-Kandidatenstatus aber nur ein Anfang sein. Viele hohe innen- und außenpolitische Hürden belasten Serbiens Weg nach Europa: Die Demokratie in Serbien ist noch nicht gefestigt. Kritische Journalisten werden verfolgt und Vertreter der Zivilgesellschaft bedroht. Nur schwer erholt sich Serbien von den Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise. Eine Arbeitslosenquote von über 20 % kommt erschwerend hinzu. Die noch funktionierende Wirtschaft unterliegt immer noch größtenteils der Kontrolle von Oligarchen, die unter dem Regime von Slobodan Milošević zu Macht und Reichtum kamen. Der Kampf gegen Korruption und die organisierte Kriminalität sowie die Reform des Justizsystems verläuft schleppend.

Auch zwölf Jahre nach dem Sturz von Milošević herrschen immer noch in Teilen der politischen und gesellschaftlichen Elite historisch verbrämte Denkmuster und alte Hegemonialträume vor, die eine glaubwürdige Nachbarschaftspolitik Serbiens ad absurdum führen. Trotz eingeleiteter Versöhnungsschritte mit Kroatien verfolgt Belgrad im gleichen Zuge eine destruktive Politik gegenüber seinen Nachbarn Kosovo und Bosnien-Herzegowina, um die dort lebende serbische Bevölkerung gegen die staatlichen Strukturen und politischen Verhältnisse aufzubringen. Mit dieser Politik gefährdet es die gesamte Stabilität in der Region. Statt sich mit dem Verlust des Kosovos abzufinden, hält Belgrad weiter an serbischen Territorialansprüchen fest und unterstützt die sichtlich außer Kontrolle geratenen serbi-



In Sarajevo herrscht im 18. Jahr von Dayton wieder Normalität. Doch ist der fragile Gesamtstaat von einer EU-Perspektive noch weit entfernt.

schen Parallelstrukturen im Norden des Kosovos, deren Vertreter eine Abtrennung vom kosovarischen Zentralstaat favorisieren. Für die am 6. Mai 2012 geplanten serbischen Parlaments- und Kommunalwahlen beabsichtigt Belgrad, auch die Bewohner des Kosovos zur Stimmabgabe aufzufordern. Solche Provokationen belasten nicht nur die neue EU-Perspektive Serbiens, sondern gefährden auch die weitere Annäherung zwischen Belgrad und Pristina.

Ein 2011 begonnener technischer Dialog mit der Regierung in Pristina u. a. über Handelsbeziehungen, Reisefreiheit, Energiefragen und die Suche

nach vermissten Personen aus dem Kosovokrieg musste seit dem Grenz- und Handelskonflikt vom Sommer 2011 zwischen Serbien und dem Kosovo immer wieder suspendiert werden.⁵ Der Grund hierfür war die seit Monaten

BELGRAD hält weiter an serbischen Territorialansprüchen im Kosovo fest.

andauernde Blockade lokaler Verkehrswege im Nordkosovo durch einheimische Serben, um gegen die Anwesenheit kosovarischer Zöllner an den Grenzen zu Serbien zu protestieren. Bei den Protesten kam es wiederholt zu Krawallen, in denen mehrere Soldaten der NATO-Friedenstruppe KFOR verletzt wurden.⁶

Erschwerend kommt hinzu, dass Serbien mit einer Aufrechterhaltung von illegalen Parallelstrukturen im Kosovo gleichzeitig den schwierigen Aufbau eines eigenständigen Staatswesens durch die EU-Rechtsstaatsmission EULEX und die kosovarische Zentralregierung ad absurdum führt. Hierbei versucht die politische Führung in Belgrad neben den lokalen serbischen Institutionen immer wieder, die serbische Minderheit für ihre Zwecke zu instrumentalisieren, um so eine Kooperation zwischen Kosovo-Serben und den kosovarischen Behörden sowie der EU zu verhindern. Umso unverständlicher war daher die Empfehlung der Europäischen Kommission vom 12. Oktober 2011, Serbien den Status eines EU-Beitrittskandidaten zu verleihen.

Der Vorschlag der Kommission scheint vor allem das Ergebnis des Brüsseler Wunsches, der derzeitigen pro-europäischen Mitte-Links-Regierung des Präsidenten Boris Tadić im Zuge der bevorstehenden Parlamentswahlen einen Wahlerfolg bei momentan schlechten Umfragewerten zu ermöglichen. Die Kommission verknüpfte ihren Vorschlag an die Bedingung, dass Serbien den Konflikt mit Kosovo lösen würde, was Serbien zunächst ablehnte. Belgrad war der Ansicht, dass die europäische Integration und der ungelöste Konflikt mit dem Kosovo in keiner Verbindung stehen.⁷ Die aufgrund des internationalen

Drucks unternommenen serbischen Schritte, sich auf gemeinsame Grenzkontrollen mit den kosovarischen Behörden zu verständigen und die aktive Teilnahme Kosovos an regionalen Konferenzen nicht länger zu blockieren, ohne dass Belgrad dafür die Unabhängigkeit des Landes anerkennt, veranlasste schließlich am 1. März 2012 den Europäischen Rat, Serbien trotz vielfältiger Probleme den Status des Beitrittskandidaten zu gewähren.

Kosovo

Im seit 2008 unabhängigen Kosovo wirken zusätzlich undurchsichtige Faktoren in der kosovo-albanischen Führung destabilisierend, die von Korruptionsvorwürfen, Verstrickungen in die organisierte Kriminalität bis hin zu dem derzeit durch die EU-Mission EULEX untersuchten Vorwurf des Organhandels gegen den kosovarischen Premierminister Hashim Thaci reichen.⁸ Auch im Kosovo birgt die Arbeitslosenquote verbunden mit ungelösten sozialen Fragen einen weiterhin ethnisch sowie gesellschaftlich bedingten Konfliktfaktor. Nach der Entscheidung der Regierung des Kosovos im Sommer 2011, die Souveränität des Landes auch im von serbischen Minderheiten bewohnten Norden mit der Einsetzung von kosovarischen Zollbeamten an der Grenze zu Serbien durchzusetzen, wurde der Konflikt zwischen Kosovo und Serbien erneut angefacht.

Der Gewaltausbruch stellt wieder einmal einen herben Rückschlag im Verhältnis beider Länder dar. Die derzeitige Lage ist eine komplexe Konfliktsituation. Die kosovarische Regierung sieht sich in der Herausforderung, die erkämpfte, nationale Souveränität zu wahren und gleichzeitig dadurch den in-

nenpolitischen Druck abzumildern und so der zunehmend unzufriedenen Bevölkerung Erfolge vorweisen zu können.

Für die Zukunft und Stabilität des Landes kommt zum einen erschwerend die mangelnde Durchschlagskraft und Handlungsfähigkeit der halb kontrollierenden, halb beratenden europäischen EULEX hinzu, die sich lieber auf theoretischem Gebiet betätigt, als die praktischen Probleme des Landes anzugehen. Problematisch ist hierbei, dass obwohl der Kosovo der Testfall für die Führungskraft Europas sein sollte, bis heute ein unabhängiges Kosovo aber nicht von den EU-Mitgliedern Spanien, Slowakei,

Im Sommer 2011 wurde der Konflikt zwischen KOSOVO und Serbien neu entfacht.

Rumänien, Zypern und Griechenland anerkannt worden ist. Dennoch stellen diese Staaten Mitarbeiter für die EULEX-Mission im Kosovo ab, die statusneutral agieren muss.

Das Dilemma der EU ist, dass sie trotz des IGH-Gutachtens vom Juli 2010, das die rechtmäßige Unabhängigkeit Kosovos bestätigt hat, wegen der fortbestehenden internen Spaltung unter den 27 Mitgliedern – 22 dafür, 5 dagegen – strategisch weiterhin entscheidungs- und führungsunfähig ist. Ihr fehlt damit eine kohärente und glaubwürdige Strategie für den Kosovo.⁹ Diese wird umso dringender sein, wenn die Überwachung der Unabhängigkeit des

Kosovos durch die internationale Gemeinschaft am 14. Juni 2012 auslaufen wird und eine Normalisierung des Kosovos hin zu einem europäischen Staat mit der Perspektive eines EU-Beitritts als stabiler, verlässlicher Partner in der Region das Ziel sein soll.¹⁰

Mazedonien

Nach dem Kosovokrieg 1999 geriet Mazedonien im Sommer 2001 in die Schlagzeilen, da die jahrelange Diskriminierung der albanischen Bevölkerung durch die slawisch-mazedonische Mehrheitsgesellschaft den jungen Staat an den Rand eines Bürgerkriegs gebracht hatte. Die ausgebrochenen Kämpfe zwischen albanischen Freischärlern und mazedonischen Regierungstruppen konnten durch massiven Druck auf beide Konfliktparteien und einer schnellen Krisendiplomatie durch die USA, NATO und die EU im August 2001 mit dem Rahmenabkommen von Ohrid beendet werden. Mit dem Abkommen konnten insbesondere für die albanische Bevölkerung sowohl eine Machtteilung als auch kulturelle und sprachliche Gleichberechtigung erreicht werden. Heute, zehn Jahre nach dem Abkommen von Ohrid, herrscht Frieden in Mazedonien. Allerdings ist das Land auch im zweiten Jahrzehnt seiner Unabhängigkeit mit einer Vielzahl von Problemen konfrontiert, die sowohl die europäische Perspektive als auch die Integrität des Staates gefährden.

Gerade die jüngsten innen- und außenpolitischen Entwicklungen zeigen, dass das Land zunehmend vom Rückschritt regiert wird und ein autokratisch-nationalistischer Kurs des seit 2006 amtierenden Premierministers Nikola Gruevski nicht nur die weitere europäische Perspektive ernsthaft gefähr-

Ein Streit mit Griechenland um den Staatsnamen behindert die EU-Beitrittsverhandlungen MAZEDONIENS.

det, sondern auch mit der inneren Stabilität des Landes spielt. So blockiert ein nunmehr 20-jähriger Streit mit Griechenland um den Staatsnamen Mazedoniens die Bemühungen des Landes, der NATO und der EU beizutreten. Im Land hat die außenpolitische Blockade in Folge des Namensstreits nicht nur eine innenpolitische Stagnation und eine deutliche Verlangsamung des Reformtempos verursacht, sondern auch zu einem wachsenden identitätspolitischen „Ethno-Nationalismus“ geführt, der die im Ohrid-Abkommen formulierte notwendige Integration der ethnischen Gemeinschaften unnötig belastet.¹¹

Es mangelt weiterhin an der gesellschaftlichen, vor allem aber politischen Bereitschaft, ein Miteinander der Ethnien im Alltag zu praktizieren. Die nationalistische Geschichts- und Identitätspolitik Gruevskis führt schon seit längerem dazu, dass die Gegensätze zwischen den Ethnien zunehmen. Gerade eine weitere, durch den Namensstreit bedingte Existenz außerhalb der euro-atlantischen Strukturen kann für Mazedonien, aber auch die Region destabilisierende Folgen implizieren. In dieser von politischem Stillstand und Nationalismus geprägten Atmosphäre entwickelte der Regierungsstil Gruevskis immer deutlichere autokratische Züge.

Mazedonien scheint „vom europäischen Kurs“ abgekommen zu sein.¹² Trotz der erneuten Empfehlung der Europäischen Kommission vom 12. Oktober 2011, die EU-Beitrittsverhandlungen mit Mazedonien zu beginnen, bleibt fraglich, ob die politische Gestaltungskraft in Skopje ausreichen wird, einen Ausgleich mit Athen zu finden und die EU-Konditionen zu erfüllen.

Auch die Rolle der EU im Falle Mazedoniens ist unbefriedigend. Eine überzogene EU-Konditionalitätspolitik, die die Kapazitäten und Fähigkeiten des Landes überschätzt hat, aber auch die in Mazedonien sehr genau perzipierte „Erweiterungsmüdigkeit“ der EU haben mit zu einer Stagnation des Landes geführt. Am schwersten wiegt im Falle Mazedoniens allerdings die schwache Führungsrolle der EU in der Beilegung des Namensstreits mit Griechenland. Die EU könnte mit diplomatischen Mitteln auf Athen einwirken. Gerade im Rahmen der finanzpolitischen Hilfspakte für Griechenland stehen der EU hierfür alle Mittel zu Verfügung, um stärkeren Einfluss auf die Regierung in Athen zu nehmen und eine Einigung im Namensstreit anzustoßen. Fraglich bleibt, warum Brüssel dies nicht tut.

Fazit

Zwanzig Jahre nach dem Zerfall Jugoslawiens sind auf dem Weg nach Europa zwei Nachfolgestaatengruppen entstanden: Einerseits Slowenien als EU-Mitglied seit 2004 und Kroatien als 28. EU-Mitgliedsstaat im Sommer 2013 sowie bei einer weiteren Fortsetzung des Kampfes gegen die Korruption und organisierte Kriminalität auch Montenegro als Staaten des Fortschritts und der klaren Perspektive zur EU-Integration. Andererseits sind Bosnien-Herzegowi-

na, Kosovo, Mazedonien und Serbien durch Stagnation und eine innere Zerrissenheit gekennzeichnet. Diese Länder werden noch mehrere politische und wirtschaftliche Hürden nehmen müssen, bevor ein EU-Beitritt möglich sein wird. Die EU als Akteur, von der eine klare Führungsrolle in der Region zu erwarten sein sollte, hat weder eine stimmige und nachhaltige politische Strategie für die Region noch eine klare Orientierung an bestehenden Regelungen.

Wie der Reformwille bei den lokalen Politikern hervorgerufen werden soll, bleibt fraglich. In Brüssel überwiegen weiterhin Fehleinschätzungen von der Situation vor Ort. Sie nähren sich zusätzlich aus einer Unkenntnis der von europäischen Verständnissen abweichenden politischen Kultur des Balkans und der falschen Überzeugung, Höchststandards an Demokratiewerten in schlecht entwickelte Transformations- und Nachkriegsgesellschaften exportieren zu müssen.

Erschwerend kommt für die EU hinzu, dass ein fehlender Masterplan der EU für die gesamte Region des Westbalkans und die ungelöst gebliebenen Konflikte ein Machtvakuum produziert haben, das seit den 90er-Jahren immer wieder von den Vereinigten Staaten, aber im zunehmenden Maße auch von der Türkei aufgefüllt wird. Insbesondere

Ankara baut seinen Einfluss als „soft power“ auf dem Westbalkan spürbar aus und fungiert vor allem als Anwalt Bosnien-Herzegowinas, des Kosovos und Mazedoniens, also jene Länder, die von einer europäischen Perspektive bislang am weitesten entfernt sind. In Europas Interesse dürfte Ankaras Rückkehr zu „osmanischen“ Maßstäben und Ansprüchen in der Region eigentlich nicht sein.

Auch 20 Jahre nach dem blutigen Zerfall Jugoslawiens ist die historische und politische Pflicht für Europa aktueller denn je, um eine nachhaltige Stabilisierung und Befriedung der Region zu erzielen. Eine der Hauptaufgaben der GASP der EU sollte sein, sich wieder mehr substanziell mit der gesamten Region des Westbalkans zu beschäftigen anstatt wie zuletzt vor allem technisch und theoretisch. Dies beinhaltet, ein nachhaltiges strategisches und zum SAP-Prozess begleitendes praktisches Konzept für die Region zu entwerfen, das auch die „schwarzen Löcher“ der bisherigen ungelösten Nachfolgewirkungen der Kriege im ehemaligen Jugoslawien mit einbezieht. Die EU steht in der Pflicht, den Menschen in der Region eine klare Strategie und Perspektive zu bieten.

Die EU muss ein Konzept entwerfen, das die Wirtschafts- und Wohlstandsentwicklung, aktive Modelle der Vergangenheitsbewältigung, den weiteren Aufbau der Zivilgesellschaft sowie eine Stärkung des Bildungswesens und neue Impulse zur Überwindung der ethnischen Trennlinien einbezieht. Die EU verfügt über alle notwendigen Hebel und Instrumente. Nur eine europäische Entschlossenheit ist daher der Schlüssel für Frieden und Stabilität auf dem westlichen Balkan. ///

Die EU sollte ein Konzept entwickeln, um eine **NACHHALTIGE Stabilisierung und Befriedung der Region herzustellen.**



/// OLIVER JOACHIM ROLOFS M.A.

ist Pressesprecher der Münchner Sicherheitskonferenz (MSC). Als freier Journalist und Autor verfasst er regelmäßige Beiträge zu außen- und sicherheitspolitischen Fragen, München



/// DR. JOCHEN STÖGER

promovierte bei Prof. Dr. Wilfried von Bredow im Fach Politikwissenschaften an der Philipps-Universität Marburg. Jochen Stöger ist freier Publizist, Woudrichem / NL

Anmerkungen

¹ Mesić, Stjepan: Zwanzig Jahre nach dem Zusammenbruch Jugoslawiens, in: Südosteuropa Mitteilungen 2/2011, S. 19.

² Sog. Kopenhagener Kriterien; EU-Western Balkans relations, Euractiv, <http://www.euractiv.com/enlargement/eu-western-balkans-relations-links-dossier-188295>

³ European Commission, EU-Western Balkans Summit-Declaration, Thessaloniki, 21 June 2003, http://ec.europa.eu/enlargement/enlargement_process/accesion_process/how_does_a_country_join_the_eu/sap/thessaloniki_summit_en.htm

⁴ Rolofs, Oliver: Bosnien-Herzegowina: Kein Licht am Ende des Tunnels, in: Südosteuropa Mitteilungen 2/2011, S. 42-59.

⁵ Wölfl, Adelheid / Ivanji, Andrej: Serben und Kosovaren beenden Gespräche, in: Der Standard, 29.9.2011, <http://derstandard.at/1317018689427/>

EU-geführter-Dialog-Serben-und-Kosovaren-beenden-Gespräche

⁶ Gemeinden im Norden stimmen über Unabhängigkeit ab, in: Der Standard, 4.1.2012, <http://derstandard.at/1325485638240/Gemeinden-im-Norden-stimmen-ueber-Unabhaengigkeit-ab>

⁷ Serbien lehnt Beitrittsbedingung der EU ab, in: ZEIT Online, 12.10.2011, <http://www.zeit.de/politik/ausland/2011-10/serbien-eu-tuerkei>

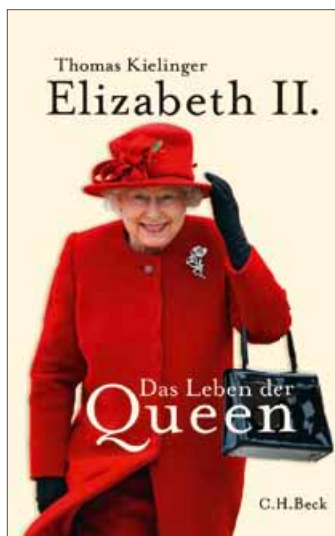
⁸ EULEX nimmt Ermittlungen zum Organhandel im Kosovo auf, in: NZZ-Online, 31.8.2011, http://www.nzz.ch/nachrichten/politik/international/eu-krisenmission_im_kosovo_nimmt_ermittlungen_zum_organhandel_auf_1.12249480.html

⁹ Ischinger, Wolfgang / Rolofs, Oliver: Kosovo und Serbien: Möglichkeiten für einen Modus vivendi?, in: Südosteuropa Mitteilungen 4-5/2010, S. 13.

¹⁰ Überwachung der Unabhängigkeit endet noch 2012, in: Der Standard, 24.1.2012, <http://derstandard.at/1326503587529/Überwachung-der-Unabhaengigkeit-endet-noch-2012>

¹¹ de Koning, Marloes: Macedonië meet zich een klassieke identiteit aan, in: NRC Handelsblad, 31.8.2011, S. 10.

¹² EU-Erweiterungskommissar warnt Mazedonien, Euractiv, 20.6.2011, <http://www.euractiv.de/erweiterung-und-partnerschaft/artikel/eu-erweiterungskommissar-warnt-mazedonien-004982>



Kielinger, Thomas: Elizabeth II.
Das Leben der Queen. München: Verlag
C.H. Beck. 2. durchgesehene Auflage,
2012, 288 Seiten, € 19,95.

/// God save the Queen

KÖNIGIN ELIZABETH II. FEIERT DIAMANTENES THRONJUBILÄUM

Diente das Silberne Thronjubiläum Königin Elizabeths II. im Jahre 1977 als Anlass für die Publikation der vielbeachteten, weil einen seriös-sachlichen Mittelweg zwischen unkritischer Hagiographie und undifferenzierter Herabwürdigung präsentierenden Biographie aus der Feder Robert Lacey, so wählt Thomas Kielinger das diamantene Thronjubiläum der Queen im Jahr 2012, um „das Leben der Queen“ im Lichte ihrer mittlerweile 60-jährigen „Dienstzeit“ zu betrachten. Das Sujet ist mithin das Gleiche, doch das Genre – Kielinger spricht selbst von „Erzählung“ – weicht vom üblichen For-

mat einer Biographie als „Lebensbeschreibung“ signifikant ab. Vielmehr handelt es sich um eine Art „Doppelbiographie“, allerdings nicht zweier Persönlichkeiten, sondern ein- und derselben Person, jedoch in unterschiedlichen Rollen: Elizabeth II. und die „Queen“, denn „an der Person entzündet sich zugleich immer wieder die Debatte um die Institution, an der Monarchin die Debatte um die Monarchie und an der königlichen Familie die Debatte um die Zukunft der Krone“ (S. 8). Um das Überleben der konstitutionellen Monarchie in Großbritannien verstehen zu können, müsse das

Leben Elizabeths II. mit dem Amt der Königin korreliert und die Beeinflussung des britischen Königshauses durch Elizabeth II. in den vergangenen 60 Jahren einerseits sowie die Prägung der Königin durch Traditionen und andere Einflüsse andererseits berücksichtigt werden.

Und so zeichnet Kielinger von der „Geburt einer Prinzessin ohne große Aussichten auf den Thron“ bis zu der Frage nach der Zukunft der Monarchie (jedenfalls wird Charles III. der bei „Dienstantritt älteste Monarch in der Geschichte des Vereinigten Königreiches sein“, S. 263) ein beeindruckend vielschichtiges und differenziertes Bild der Ersten Repräsentantin der „königlichen Republik Großbritannien“ (David Starkey). Mit bemerkenswerter Liebe zum Detail, aber auch mit treffsicherem Blick für das Wesentliche rekonstruiert Kielinger zunächst Stationen in der „Erziehung einer Prinzessin“, die für Elizabeths charakteristische Ausübung ihrer späteren royalen Funktionen verhaltenssteuernd und stilbildend wirkten. So erfährt man etwa von den an Elizabeths 13. Geburtstag beginnenden Lektionen bei Henry Marten, dem stellvertretenden Provost von Eton College, der die Prinzessin durch Vorlesungen in Verfassungsgeschichte mit dem rudimentären „Grundrüstzeug des Staatsoberhauptes“ auszustatten begann. Bei der Vermittlung historischen Wissens hatte sich indes bereits noch früher Elizabeths Großmutter Queen Mary, eine „nach Britannien konvertierte Deutsche“, eingeschaltet. Bereits zu Elizabeths viertem Geburtstag schenkte ihr die Großmutter „einen Baukasten mit Hölzern aus allen zum damaligen Empire gehörenden Ländern“ – ein „erster Kontakt der späteren Queen mit einer ihrer großen Lebensaufgaben“ (S. 32).

Bevor Kielinger sich diesen Aufgaben Elizabeths im Einzelnen zuwendet, beleuchtet seine Studie zunächst die für das Verständnis Elizabeths von ihrem späteren royalen Amt bedeutsame Verfassungskrise von 1936 („das wichtigste Kapitel in der Biographie der modernen britischen Monarchie“, S. 58), die in den Rücktritt König Edwards VIII. und die Krönung von Elizabeths Vater George VI. mündete. Die Jahre des Zweiten Weltkrieges und die Nachkriegszeit mit der Vermählung mit Prinz Philip werden eher knapp behandelt, zumal der zentrale Fokus der Studie auf Elizabeths Doppelrolle als Staatsoberhaupt und Mutter gelegt wird, die die neue Königin nach dem plötzlichen Tod ihres Vaters am 6. Februar 1952 zu übernehmen hatte.

Die folgenden rund hundert Seiten von Kielingers „Doppelbiographie“ bündeln in dichten Bildern sechs Jahrzehnte königlicher Aktivitäten eines Staatsoberhauptes, das zwölf Premierminister erlebte, 130 Länder bereiste (im Mai 2011 schließlich auch zum ersten Mal die Republik Irland) und vier Kinder aufzog. Zu den wichtigsten bleibenden Verdiensten der Queen rechnet ihr Biograph neben Elizabeths Rolle zum Zusammenhalt des Commonwealth insbesondere ihren Einsatz für Wohlfahrt, karitative Einrichtungen und Gemeindienst. Das philanthropische Engagement der Königin, für dessen Wert und Notwendigkeit sie bereits in ihrer Jugend sensibilisiert worden sei, stelle gleichzeitig „ein wichtiges Argument für die Beibehaltung der Krone dar“. In der Diskussion um die Frage „Erbmonarchie oder Republik“ wirke die „Welfare Monarchy“ Elizabeths II. gleichsam als „zusätzlicher Puffer zwischen Staat und Gesellschaft. Würde man auf die Monarchie verzichten, wäre das ein weiterer Schritt in

Richtung zunehmender Zentralisierung des Molochs Staat“ (S. 274).

Erste Würdigungen von Kielingers Portrait der Königin charakterisierten den Autor mitunter als „Royalist“ und monierten seine Ausklammerung von Anekdoten und Skandalen der königlichen Familie. Richtig daran ist, dass Kielinger tatsächlich auf ein Ausreiten des üblichen Celebrity-Gesellschaftsklatsches verzichtet – nicht weil er Seitensprünge und andere Verfehlungen nicht sehen wollte, sondern weil seine Studie eine gänzlich andere Zielsetzung verfolgt als die sensationslüsterne Boulevard-Presse – und das ist gut so. Der Blick wird hier nicht durch die Blitzlichtgewitter der Yellow Press gelenkt, sondern durch die bemerkenswerte Intention, die Diskussion über die Monarchie auf eine höhere Ebene des historischen Verstehens zu heben.

In einer fast zeitgleich ebenfalls im C.H. Beck Verlag publizierten Biographie über Queen Victoria (1819-1901), eine prominente Vorfahrin Elizabeths II., heißt es, sie sei „die integrative Klammer einer Gesellschaft, in der allgemeine Verunsicherung herrschte“,¹ gewesen. Dies kann in gleicher Weise Elizabeth II. für sich reklamieren, die ebenfalls in einer Zeit lebt, in der sich – wie im „Viktorianischen“ Zeitalter – die „britische Gesellschaft rasant verändert“².

Die in der Retrospektive vorgenommene ambivalente bzw. geradezu dichotomische Würdigung Victorias als einerseits rigoros die Interessen ihres Landes verfolgenden Monarchin, einer andererseits „mediokren Matrone, die vor allem damit beschäftigt war, ihre parasitäre Familie mit Pfründen zu versorgen“,³ wird ihrer Ur-Urenkelin erspart bleiben. Elizabeth II. habe, so Kielingers Resümee, nicht nur „mehr Krisen über-

dauert, als jeder Politiker sich vorstellen kann“, sondern sie könne ihr Land auch nach 60 Jahren auf dem Thron „heute noch immer einen – vielleicht sogar mehr denn je“. Gleichzeitig habe sie ihre Familie durch die „größte reale soap opera unserer Zeit gesteuert“ und die „Monarchie in der Gegenwart neu verankert“. Ungeachtet dessen ist ihr aber auch stets bewusst gewesen, was sie in diesem Zusammenhang ihrer Ur-Urgroßmutter zu verdanken hat: „Ohne Victoria hätte die britische Monarchie kaum überlebt.“⁴

Dies, daran lässt Kielingers Studie keinen Zweifel, wird später zweifellos auch über Elizabeth II. behauptet werden können, die am 10. September 2015 als dann 89-Jährige mit 63 Jahren und 217 Tagen auf dem Thron ihre Vorfahrin Victoria in der Reihe der am längsten herrschenden englischen Monarchen überrundet haben wird: God save the Queen! ///



/// PROF. DR. REINHARD
MEIER-WALSER

ist Chefredakteur der Politischen Studien und Leiter der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung, München.

Anmerkungen

¹ Urbach, Karina: Queen Victoria. Eine Biografie, München 2011, S.7.

² Ebd., S.8.

³ Ebd., S.7.

⁴ Ebd., S.7.



Winkler, Heinrich
August: Geschichte des
Westens, Bd. II: Die Zeit
der Weltkriege 1914-
1945. München: Verlag
C. H. Beck 2011,
1350 Seiten, € 39,80.

Der renommierte Berliner Historiker Heinrich August Winkler verfolgt in seinem ambitionierten Buchprojekt das Ziel, eine gemeinsame Geschichte des Westens als politisch kulturelle Gesamt-erzählung darzustellen. Im ersten Band hatte er in einer chronologisch angelegten politischen Diskursgeschichte schlaglichtartig die Genese des Wertesystems dargelegt, welches seiner Ansicht nach bis heute als moralischer Kompass für das staatliche Handeln der Staaten Europas sowie Nordamerikas fungiert. Winkler subsummiert darunter vor allem die Errungenschaften der politischen Aufklärung am Ende des 18. Jahrhunderts. An diesem Wertesystem, welches er als „normatives Projekt des Westens“ bezeichnet, muss sich der Westen fortan messen lassen. Gegen dieses, durch den transatlantischen intellektuellen Transfer geprägte Wertesystem gab es jedoch auch gravierende Verstöße durch Sklaverei, Kolonialismus und Imperialismus. Dennoch, so konstatiert Winkler, war der Westen in der Lage, aus diesen Fehlern zu lernen. Im vorliegenden Band „Zeit der Weltkriege von 1914 bis 1945“ befasst sich

der auf „große Erzählungen“ spezialisierte Historiker mit dem Zeitraum von 1914 bis 1945. Diese dreißig Jahre, so Winklers einleitende These, waren weitestgehend überschattet von „Krieg, Krisen und Katastrophen“, wie zuvor nur der „Dreißigjährige Krieg“. Diese These greift Winkler in seiner Erzählung auf, um die miteinander verwobenen politischen Entwicklungen zu verdeutlichen. War der erste Band einer ideengeschichtlichen „Tour d'Horizon“ verpflichtet, so dient das Konstrukt des „normativen Projekts“ im zweiten Band vielmehr als ideengeschichtliche Klammer des Untersuchungszeitraums.

Ausgehend von dem als „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“ bezeichneten Ersten Weltkrieg beginnt er zu beschreiben, wie nicht nur in Deutschland, sondern in einem großen Teil der Staaten durch starken Nationalismus, kombiniert mit Bedrohungsängsten, „autoritäre Transformationen“ stattfanden, die zum Scheitern der Nachkriegsordnung führten und den Grundstein für die Katastrophe des Zweiten Weltkrieges legten.

Winkler gelingt es, durch seine vergleichende Analyse neben den westlichen Staaten auch die Entwicklungen Russlands und Japans im Stile einer großen Erzählung miteinander zu verzahnen. Chronologisch bildet er die gegenseitige Beeinflussung dieser Zeit ab. Bemerkenswert sind seine vergleichenden Betrachtungen der 1918 neu entstandenen Staaten „Zwischeneuropas“, die nach erfolgreichen Revolutionen und Abspaltungen überfordert waren, ihr demokratisches System zu bewahren. Diesen Prozess der „autoritären Transformation“ und die Entwicklung des neuen Typus der „totalitären Regime“ setzt Winkler in einen Zusammenhang

mit fehlenden industriellen Zentren, dem Fehlen des städtischen Bürgertums sowie der Reaktion auf die Doppelerfahrung von ökonomischer Krise und politischer Instabilität. Einen großen Part nimmt die deutsche Geschichte ein, die wie Winkler bereits im Vorwort begründet, „so zentral“ gewesen sei, dass man die Zeit der Weltkriege geradezu als das „deutsche Kapitel in der Geschichte des Westens bezeichnen kann“. Der Untergang der Weimarer Republik erklärt sich für Winkler dadurch, dass die parlamentarische Demokratie noch keine festen Wurzeln geschlagen hatte und auch bei Intellektuellen als „undeutsche“, aufgezwungene Regierungsform galt. Vor diesem Hintergrund deutet Winkler den Nationalsozialismus als die extremste Steigerung der seit langem existierenden antiwestlichen Ressentiments in Deutschland. Winklers Analyse der schrittweisen autoritären Umgestaltung Europas zeigt, dass wo das normative Projekt des Westens Wurzeln geschlagen hatte, bewährte es sich auch angesichts der Herausforderungen durch extremistische Strömungen und Weltwirtschaftskrise. Bei den jungen Demokratien war dies nicht der Fall. Das faschistische Italien und das nationalsozialistische Deutschland stellen hier nur zwei von zahlreichen Beispielen dar.

Orientiert man sich am Ausspruch Winston Churchills, so ist Demokratie die schlechteste Regierungsform – außer all den anderen Formen, die von Zeit zu Zeit ausprobiert worden sind. In der Geschichte des Westens treten bolschewistische Diktatur, Faschismus und Nationalsozialismus als „bisher radikalste Gegenentwürfe zum normativen Projekt des Westens“ auf. Der Untersuchungszeitraum endet im Jahr 1945, als

ein großer Teil der westlichen Welt materiell und ideell in Trümmern liegt. Die Durchsetzungskraft der westlichen Werte wurde schrittweise nach dem Zweiten Weltkrieg durch die Entstehung der Vereinten Nationen oder der Erklärung der Menschenrechte anerkannt. Diese „vorbehaltlosen Öffnung“ gegenüber der politischen Kultur des Westens beschrieb Jürgen Habermas 1968 für die Bundesrepublik als die größte intellektuelle Leistung der Nachkriegszeit. Der Westen, der beginnt sich selbst als westliche Welt wahrzunehmen, erhielt jedoch bald durch die Sowjetunion einen neuen ideologischen Gegenpart. Ein weltpolitischer Konflikt mit dem sich Winkler im dritten Band befassen wird.

Winkler liefert ein eindrucksvolles Beispiel, wie vergleichende transnationale Geschichtsschreibung gelingen kann, ohne zu verharmlosen oder zu relativieren. Seine Intention ist es, keine Nation hervorzuheben oder herabzusetzen, stattdessen vergleicht er und stellt Zusammenhänge dar, statt Schuldfragen zu thematisieren. Er betrachtet die historischen Zusammenhänge, so unterschiedlich diese auch sind, als gemeinsame Geschichte, da die Erfahrungen der Menschen vergleichbar sind. Die enorme Aufgabe, diese gemeinsamen Erfahrungen und politischen Zusammenhänge abzubilden, ist Winkler eindrucksvoll gelungen. Sollte das dreibändige Werk auch bald nicht mehr nur den deutschen Lesern vorbehalten bleiben, sondern auch in weitere Sprachen übersetzt werden, so wäre dies ein bedeutender Schritt zu einer transnationalen Geschichtsschreibung. Insbesondere als Gegengewicht zur populären Medialisierung von historischen Prozessen ist eine vergleichende Darstellung der

Geschichte des Westens zur Selbstverortung dringend notwendig. Hierfür ist das auf drei Bände ausgelegte Werk geradezu prädestiniert.

ANDREAS HELLSTAB



Albrecht Bossert hat die aktualisierte 17. Auflage der von Heinz Lampert († 2007) im Jahr 1965 erstmals publizierten „Wirtschafts- und Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland“ herausgegeben, die 2001 mit Erscheinen der 14. Auflage durch Beiträge von Bossert um den Rahmen der Europäischen Union erweitert wurde. Diese Publikation begleitet die inzwischen 63 Jahre alte Soziale Marktwirtschaft der Bundesrepublik Deutschland seit immerhin 47 Jahren und ist auch hierdurch zu einem besonderen Standardwerk geworden. In der ersten Auflage aus dem Jahr 1965 ließ Heinz Lampert seine Einführung mit den Worten beginnen: „Der Wirtschaftsprozess in neuzeitlichen Volkswirtschaften entzieht sich wegen seiner Vielfalt und Komplexität der unmittel-

baren Anschauung.“ Eine Formulierung, der angesichts unserer heutigen Probleme auf den Finanzmärkten eine bemerkenswerte Aktualität und ein zur Bescheidenheit mahnender, geradezu prophetischer Charakter zukommt.

Jeder der insgesamt fünf Teile dieser Publikation ist mit einem reichhaltigen Literaturverzeichnis ausgestattet; hier finden wir die historischen Quellen ebenso, wie das aktuelle Schrifttum. Das Gesamtwerk verfügt über ein hilfreiches Sach- und Personenregister.

In ihrem ersten Teil umreißt die Wirtschafts- und Sozialordnung von Lampert und Bossert die „Grundzüge einer Theorie der Wirtschaftsordnungen“ und beantwortet dabei indirekt auch die Frage nach der Notwendigkeit eines „Denkens in Ordnungen“; eine Aufgabenstellung, der man im politischen Tagesgeschäft zuweilen mehr Aufmerksamkeit wünschen würde.

Der zweite Teil ist der Entstehungsgeschichte der Sozialen Marktwirtschaft gewidmet und gibt einen Überblick über die politischen, wirtschaftlichen und geistigen Rahmenbedingungen jener Zeit. Die Pionierleistung der Wirtschaftspolitik jener Tage wird sichtbar: Fachliche Kompetenz, Entschlusskraft und Durchsetzungsvermögen der Entscheidungsträger dieser Zeit nötigen großen Respekt ab.

Im dritten Teil werden die Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte sowie der Ordnungsrahmen der Europäischen Union dargestellt. Hier findet der Leser einen kompakten Überblick über die Rechtsgrundlagen der EU und über deren Finanzierung. Weiterhin werden aus einem ordnungspolitischen Blickwinkel die wirtschafts- und sozialpolitischen Hauptprobleme der EU erörtert. Die Thematik des abschließenden Ab-

schnitts „zur Problematik der ordnungspolitischen Orientierung der EU“ wird wohl auf absehbare Zeit ein heißes Eisen bleiben.

Im vierten und umfassendsten Teil wird auf 260 Seiten die derzeitige Gestalt der Sozialen Marktwirtschaft dargestellt. Das Kapitel ist, wie die gesamte Publikation, sehr systematisch aufgebaut. Am Anfang stehen daher das Grundgesetz und die weiteren Rechtsgrundlagen, es folgen die Eigentumsordnung, die Geld- und Währungsordnung sowie die Finanzverfassung. Anschließend wird die Wettbewerbsordnung nicht nur referiert, sondern auch hergeleitet und begründet. Im erfreulichen Kontrast zu mancher tagespolitischen Diskussion ist ihr besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Hinzu kommen speziellere Themen, wie die Außenwirtschaftsordnung, die Ordnung des Agrarmarktes sowie die Arbeits- und Sozialordnung. In logischer Konsequenz wird dieser Teil umsetzungsbezogen mit einem Überblick über das Trägersystem der Wirtschafts- und Sozialpolitik abgeschlossen.

Der fünfte Teil ist überschrieben mit der Frage: „Krise der Sozialen Marktwirtschaft?“ Diese Formulierung lässt den differenzierten Untersuchungsstandpunkt erkennen, der auch das gesamte Werk prägt. Im Originaltext der ersten, wie auch in der siebzehnten Auflage: „In der Einleitung wurde betont, dass diese Darstellung ... die Urteilsbildung über die Soziale Marktwirtschaft dem Leser überlassen und daher nur die zu einer Urteilsbildung erforderlichen Grundlagen vermitteln will.“ Damit hat der aufmerksame Leser die Chance, Kenntnisse zu gewinnen, die ihm auch die systematische Einordnung weiterer, bzw. jeweils aktueller Sachverhalte er-

möglichen. Insofern darf man dieser Publikation eine gute Verbreitung wünschen.

Während sich die erste Auflage im Jahr 1965 im Rahmen ihrer Diskussion von Problemen der Sozialen Marktwirtschaft auf einen achtseitigen „Epilog“ beschränken konnte, hat der inhaltlich kompakt gestaltete fünfte Teil der vorliegenden Auflage einen Umfang von 58 Seiten: Ein erster Abschnitt resümiert die Leistungen und die Leistungsfähigkeit der Sozialen Marktwirtschaft. Anschließend steht die Diskussion der „Krise des Sozialstaats“ im Mittelpunkt, wie sie im Zuge wachsender Arbeitslosigkeit und zunehmender Regulierung entstanden ist. Die anschließenden „Reformvorschläge und Empfehlungen“ zeigen die Leitplanken von möglichen Reformansätzen auf. Weiterhin wird der Leser an eine Auseinandersetzung zwischen dem ordnungspolitischen Leitgedanken der Sozialen Marktwirtschaft und aktuellen politischen Fragestellungen herangeführt. Den Abschluss bilden Ansatzpunkte und Denkanstöße zur „zentralen Aufgabe der Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft und (zum) Umbau des Sozialstaats auf den bewährten ordnungspolitischen Grundlagen“.

Dieser letzte fünfte Teil wird wahrscheinlich bis zu einer weiteren Neuauflage zur inhaltlichen Überarbeitung und Ergänzung anstehen, weil die sozialpolitischen Reformen des vergangenen Jahrzehnts zunehmend greifen, weil mit Einführung des Euro die Wettbewerbsposition der deutschen Wirtschaft auf den globalen Märkten verbessert werden konnte und weil im Zuge des demographischen Wandels in Verbindung mit guter wirtschaftlicher Dynamik sich bereits heute das Arbeits-

marktregime in einem grundlegenden Umbruch befindet.

Man darf der „Wirtschafts- und Sozialordnung“ – und natürlich sich selbst – wünschen, dass es auch in Zukunft weitere Auflagen geben wird. Der Bedarf an diszipliniertem und systematischem Denken nimmt mit wachsender Komplexität der (internationalen) Wirtschaftsbeziehungen stetig zu; der tatsächlichen Durchschlagskraft volkswirtschaftlicher Partialanalysen sind natürliche Grenzen gesetzt, die wir in Deutschland und Europa zuweilen auch sehr deutlich zu spüren bekommen.

PETER STEIN



Burgard, Jan Philipp:
Von Obama siegen lernen
oder „Yes, We Gäh!“?
Baden-Baden: Nomos Verlag
2011, 256 Seiten, € 49,00.

Der Politikwissenschaftler und ARD-Journalist Jan Philipp Burgard wirft in seiner Dissertation eine nicht zuletzt im Hinblick auf das Superwahljahr 2013 politisch höchst interessante Fragestellung auf: Welche kommunikativen, organisatorischen und technologischen Lehren kann die deutsche Politik aus dem Phänomen „Obama“ ziehen? Die

Antwort sucht der aus der Chemnitzer Jesse-Schule stammende Autor in einem aufschlussreichen Vergleich des deutschen Bundestagswahlkampfs 2009 mit dem 2008 stattgefundenen US-Präsidentschaftswahlkampf. Dabei hat Burgard nicht so sehr die großen strukturellen Unterschiede beider Länder im Blick, sondern wirft sich mit analytischem Scharfsinn in das praktische Wahlkampfgetümmel. Das Zielgruppen-Targeting, die großen TV-Debatten oder auch die Parteitage werden in dieser Forschungsarbeit ebenso unter die Lupe genommen wie die zentralen politischen Botschaften, die Kampagnenstrategien, die Medienarbeit und das jeweilige Kandidatenmarketing. Abschließend werden die Innovationen im Web 2.0 miteinander verglichen.

In seiner Studie zieht Burgard auch in aller Kürze die historischen Linien der Wahlkampfinnovationen bundesrepublikanischer Wahlkämpfe schlaglichtartig nach und zeigt, dass das Beständige bei deutschen Wahlkämpfen stets ihre Adaptionfähigkeit für „amerikanisierte“, d.h. moderne Wahlkampfformen war. Diese Adaptionfähigkeit begründet auch die Auswahl der beiden Fallbeispiele. Nicht nur werden die beiden US-Kampagnen von Obama und McCain miteinander verglichen und die daraus gewonnenen Wahlkampfinnovationen detailliert beschrieben, sondern auch aufgezeigt, inwieweit diese Neuerungen in den unmittelbar sich anschließenden Bundestagswahlkampf eingeflossen sind. Dabei werden geschickt die unbestreitbaren Qualitäten der Obama-Kampagne – bspw. bei der Strategieentwicklung, dem Setzen von Botschaften, der Zielgruppenansprache oder auch dem Online-Wahlkampf – von dem Ausnahmepolitiker Barack Obama, den

einzigartigen politischen Rahmenbedingungen der USA im Jahr 2008 und den strukturellen Unterschieden zwischen einer präsidentiellen und einer parlamentarischen Demokratie herausgelöst. So stellt dieser Vergleich gerade die Schwächen der CDU- und SPD-Kampagnen im Bundestagswahlkampf 2009 bloß. Beispielsweise müssen politische Botschaften unabhängig vom Werbebudget oder der politischen Kultur in einem Land klar verständlich, punktgenau, glaubwürdig, relevant für die aktuellen Bedürfnisse des Wählers, emotional, kontrastierend und beständig sein. Dabei habe – so der Autor – Obamas Wahlkampf nicht nur gegenüber John McCain Maßstäbe gesetzt, sondern sei auch Vorbild für deutsche Kampagnen. Obama zeichnete vor allem Zukunftsvisionen und betonte nicht allein – wie McCain – abstrakte Werte oder hielt sich erreichte Erfolge oder Errungenschaften zugute. Die beiden deutschen Wahlkämpfe seien sprachlich zu technokratisch und einfach inhaltsarm gewesen.

Gerade aufgrund seiner anschaulichen Einblicke in die praxisnahe Wahlkampfarbeit wird dieses Buch zu einer gewinnbringenden Lektüre für politische Praktiker und interessierte Bürger, die zudem nicht durch einen übertriebenen Fachjargon abgeschreckt werden. Vielmehr zieht der Autor mit einer verständlichen und packenden Sprache aus einem zunächst hoch komplexen Sachverhalt klare Schlüsse für die politische Praxis in Deutschland. Dabei bleibt er aber nicht beim bloßen Kampagnenmanagement stehen. Vielmehr mündet die Studie in einem Ausblick, der der deutschen Parteiendemokratie einen grundlegenden Reparaturbedarf attestiert. Insbesondere sieht er die mangelnde

Strategiefähigkeit, die personelle Auszehrung und die visionäre Einfallslosigkeit der deutschen Politik in einem grundlegenden strukturellen Defizit der Parteien. Um neue Potenziale auszuschöpfen, müssten Parteien – laut dem Autor – erst für diese Potenziale offen sein: Zum einen brauche die deutsche Parteiendemokratie eine größere Durchlässigkeit zwischen Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Medien. Während in den USA selbstverständlich im Laufe einer beruflichen Karriere zwischen diesen Sphären gewechselt werde, sind die jeweiligen Welten in Deutschland stark voneinander abgeschottet. Auch durch die neuen technischen Möglichkeiten im Web 2.0 könnte es gelingen, moderne Performer für die Parteien verstärkt anzuziehen und ihr Wissen für ihre politische Arbeit zu nutzen: Neue „Potentials“ könnten den Parteien neue Potenziale im inhaltlichen und sprachlichen Bereich geben.

Burgards Studie besticht durch ihre praktische Verwertbarkeit, den tiefen Einblick in amerikanische Kampagnendetails und ihre überzeugenden analytischen Schlüsse für deutsche Wahlkampfstudien. Diese Forschungsarbeit hat einen klaren praktischen Schwerpunkt: die konkrete Adaptionfähigkeit deutscher Parteienwahlkämpfe. Eine neue Modernisierungsthese für eine weiterführende Wahlkampfforschung stellt er weder auf noch entwickelt er durch eigene empirischen Daten eine innovative Theorie über das Wesen und Wirken von Wahlkämpfen in Deutschland und den USA. Vielmehr vermittelt der Autor mit Hilfe von über zwanzig qualitativen Experteninterviews – meist mit Praktikern – einen exzellenten Einblick in die deutsche und amerikanische Kampagnenwirklichkeit. Wer sich für

die neuesten Wahlkampfinnovationen interessiert und sich mit der aktuellen Wahlkampfführung deutscher Parteien kritisch auseinandersetzen will, sollte an diesem Buch nicht vorbeigehen.

UDO ZOLLEIS



Der Untertitel weist bereits auf die Tendenz des schlanken Buches hin, denn der Autor, emeritierter Professor der Volkswirtschaft, legt eingehend dar, dass Deutschland als Nettozahler in der EU beständig überbeansprucht wird. Dazu führt er eine Reihe von Tabellen an, auf die im Text häufig Bezug genommen wird. So entsteht eine klare, für ein breites Publikum verständliche und doch nicht unseriöse oder unzulässig vereinfachende Argumentation. Manche Mitgliedsländer haben sich infolge der Förderung durch ihre in die EU-Kassen netto einzahlenden Partner von Empfängern ihrerseits zu Nettozahlern entwickelt, z. B. Belgien und die Niederlande. Andere Mitgliedsländer kommen von ihrem ursprünglichen Status nicht

los – und wir fragen uns zusammen mit dem Autor, warum die EU-Leistungen so ineffizient sind, und ob nicht ein Verfahren eingeführt werden sollte, um deren sachgerechte Verwendung zu überprüfen.

Der Autor schlägt vor, eine „Konzeption angemessener Netto-Beiträge“ zu entwickeln, die mehrere Vorteile hätte: Deutschland würde von seinen unangemessen hohen Beiträgen frei, die sachgemäße Verwendung der Zahlungen würde besser überwacht, während ein Land, das unangemessen wenig leistet, auch weniger Anreiz hat, die Verwendung seiner Leistungen zu überwachen. Ferner: Die Nettoempfänger hätten dann eine bessere Chance, zu Nettozahlern zu werden, und schließlich – die finanzielle Verträglichkeit eines Beitritts-Kandidaten für den Haushalt der EU würde von allen Partnern gleich beurteilt werden, wieder aus dem Grunde, dass ja alle angemessen für das neue Mitglied aufgenommen müssten, wenn es ein Nettoempfänger wäre. Bei der Türkei wäre das der Fall, und zwar in erheblichem Ausmaß. Deshalb, so der Autor, sei es ein Unding, mit der Türkei „ergebnisoffene“ Verhandlungen zu führen, „weil dem finanzielle Restriktionen entgegenstehen.“

Allerdings räumt der Autor auch ein, dass die Durchsetzung „angemessener Beiträge“ politisch sehr schwierig wäre, aber versucht werden müsse, da sie dem Prinzip der Solidarität, das für den Zusammenhalt der EU wesentlich ist, dienen würde.

Deutschland sei auch bei dem im Mai 2010 beschlossenen „Rettungsschirm“ für Griechenland in unangemessener Höhe dabei. Der Autor bietet dann die bekannten Argumente, die der Bundesregierung entgegengehalten wer-

den, wenn man ihr Engagement für die „systemrelevanten“ Banken und dann für Griechenland und für Spanien, Portugal, Irland und den ESFS kritisiert: Es sei ein sozialer Skandal, dass die Risiken der privaten Staatsgläubiger, sprich: der Banken, vergemeinschaftet würden, denn damit würden die Schwachen zugunsten der Wohlhabenden belastet. Schließlich hätten die Gläubiger ihre Kreditzinsen schon hoch angesetzt, weil sie sich des Risikos bewusst gewesen seien, und hätten den erhöhten Zins längere Zeit bereits „mitgenommen“, bevor sie ihre Forderungen gegen den betreffenden Risiko-Staat reduzieren mussten. Wenn der Euro nur durch milliardenschwere Stützungsmaßnahmen gesichert werden könne, dann sei das Argument zu seinen Gunsten, er erspare Umtauschkosten, zwar nach wie vor zutreffend, aber unadäquat bis zur Lächerlichkeit.

Mit dem Verschwinden des Euro würde nach Auffassung des Autors die EU keinesfalls zerfallen, denn sie habe ja schon Jahrzehnte funktioniert und sogar den gemeinsamen Binnenmarkt geschaffen, gewissermaßen die evolutive Vorstufe der Euro-Zone, bevor der Euro eingeführt worden sei. Außerdem sei der Euro ja noch gar nicht die Währung aller EU-Partner, sei in der Union also eher ein trennendes Element. Hier muss man dem Autor nicht unbedingt folgen. Wer den Euro noch nicht hat, der hätte ihn gerne, da er quasi eine Prämie für besondere ökonomische Leistungskraft ist, und sogar in Großbritannien wollen ihn manche. Erst unlängst, wohlge-merkt: mitten in der Schuldenkrise, hat die Präsidentin der Republik Litauen durchaus mit Bedauern erklärt, dass ihr Land nicht, wie vorgesehen, im Jahre 2014 der Euro-Zone werde beitreten

können. Der Euro ist nun mal eine ganz besondere Errungenschaft der Integration – und dass er allein die disparaten Volkswirtschaften nicht zusammenhalten kann, ist zwar zutreffend und liegt vor aller Augen, aber die wirtschaftlichen und auch politischen Folgen seines Verschwindens wären dennoch unkalkulierbar. Zu diesem schon tragisch zu nennenden Dilemma nimmt der Autor jedoch nicht Stellung, da es sein Zahlmeister-Thema übersteigen würde. Er ruft nur ganz allgemein die Deutschen auf, ihre Interessen in der EU kräftiger als bisher wahrzunehmen, also nationale Politik zu betreiben, begrenzt auf das Ausmaß, in dem die Deutschen üblicherweise Verständnis für die nationale Politik ihrer EU-Partner aufbringen. Sein Buch versteht er als Informationsangebot zu der Thematik, wie die EU finanziell funktioniert, damit als Voraussetzung dafür, begründete Kritik anzubringen. Denn die sei seitens der Bürger dringend notwendig. Zum Beleg zitiert er einen „auf europäischer Bühne noch heute maßgeblichen Politiker“ – Jean-Claude Juncker: „Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter – Schritt für Schritt, bis es kein Zurück gibt.“

BERND-DIETER RILL

Töpfer, Klaus / Yogeshwar, Ranga: Unsere Zukunft. Ein Gespräch über die Welt nach Fukushima.
München: Verlag C. H. Beck 2011, 234 Seiten,
€ 19,95.



Wie soll die Welt nach Fukushima aussehen? Was wollen wir daraus lernen und vor allem, was sind wir bereit, zu ändern?

Klaus Töpfer, ehemaliger Umweltminister und seit Frühjahr 2011 Co-Vorsitzender der von der Bundesregierung neu ins Leben gerufenen Ethikkommission für eine sichere Energieversorgung, und der Physiker und Fernsehmoderator für Wissenssendungen Ranga Yogeshwar haben sich zu einem intensiven Gespräch über dieses Thema zusammengesetzt. Im Laufe dieses Dialoges wird der interessierte Laie in anschaulicher und verständlicher Weise zuerst einmal in das Thema Kernenergie eingeführt, beginnend mit der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl und deren Aufarbeitung im Vergleich zu Fukushima. Beide sind persönlich in Tschernobyl gewesen: Klaus Töpfer als Umweltminister relativ bald nach der Katastrophe, Ranga Yogeshwar als Reporter 20 Jahre später. Durch die Erfahrungen dieser Reise wurde Töpfer zum Umdenken in seiner Haltung zur Kernenergie gebracht. Die Autoren sind besonders davon betroffen, dass heute noch unklar

ist, ob die Sarkophag-Konstruktion, die über die Ruine des Kernkraftwerkes gebaut wurde, hält, und dass absolut nicht bekannt ist, wie viele Menschen durch die radioaktive Strahlung geschädigt wurden. Selbst die „Liquidatoren“, die Aufräumarbeiter, wurden statistisch nicht erfasst.

Bei der Diskussion um die Frage, warum Japan nach der Katastrophe von Fukushima im Umgang mit dem GAU so überfordert war, stellt Yogeshwar fest, dass die Probleme zu komplex waren, um sie mit Standard-Patentrezepten und vorgefertigten Listen lösen zu können. Die Techniker hätten den Raum der vorgedachten Lösungen verlassen müssen, aber aus Angst vor Fehlern hat dies keiner gewagt und so hat man sich von den Ereignissen überrennen lassen. Das Schlimme an dieser Katastrophe ist, dass viele Länder darauf gar nicht reagieren können, weil sie keine Alternative zur Kernenergie haben, keine Möglichkeit, andere Energiequellen einzusetzen. „Wir müssen alles daransetzen, am Ende nicht in eine Situation zu geraten, die zumindest in der kürzeren Frist alternativlos ist oder erscheint“, meint Töpfer. „Die Alternativlosigkeit ist ein wesentlicher Teil der Katastrophe, da sie Handlungsmöglichkeiten begrenzt oder ganz ausschließt“, so Töpfer weiter. Hier liegt die Verantwortung auch bei der Politik. Zu Beginn des Atomzeitalters galt die Vorstellung, das Energieproblem sei für immer gelöst. Daher wurden auch keine Alternativen mehr erforscht. Doch heute ist die Atomenergie mit dem Wissen um ihre enormen Risiken kein verantwortbares System mehr, es besteht dringender Handlungsbedarf in der Suche nach anderen Technologien.

Wie wurde die Katastrophe von Fukushima medial aufbereitet? In

Deutschland war das Interesse der Zuschauer an Themen zur Reaktorkatastrophe groß. Es gab Sondersendungen und Interviews. Die Risikowahrnehmung in der Bevölkerung war so groß, dass sogar eine politische Kehrtwende erfolgte. Die kurz zuvor beschlossene Verlängerung der Laufzeiten der deutschen Kernkraftwerke wurde zurückgenommen. Die Regierung rief eine Ethikkommission unter dem Co-Vorsitz von Klaus Töpfer ins Leben, die die ethischen Konsequenzen der Kernenergie durchdenken und Aussagen darüber machen sollte, welche Perspektiven die verschiedenen erneuerbaren Energien haben. Hier muss man sich darauf einrichten, dass die Leistungsdichte von erneuerbaren Energien, z.B. Windkraftanlagen, wesentlich kleiner ist als bei Kernkraftwerken. Andere Technologien wie die Concentrated Solar Power stehen erst am Anfang. Klaus Töpfer empfiehlt anstatt Desertec, Solarstrom aus der Wüste, Eurotec, Solarstrom aus den südlichen europäischen Ländern.

Zur Energiewende gehören das Energiesparen, die Vermeidung von Müll und eine Einschränkung des Konsums. „Eine Energiewende ist eine Wertentscheidung der Gesellschaft.“ Gute Vorbilder sind hier dringend erforderlich, glaubwürdige Politiker und eine objektive Medienberichterstattung. Wichtig sind auch die Regionalisierung von Produkten, ein anderer Umgang mit Mobilität – das „Ein-Liter-Auto“ könnte es beispielsweise schon lange geben, wenn es nicht so eine starke Lobby dagegen gäbe – und eine Verbesserung von Wärmedämmung bei Gebäuden. Die Abfallberge im Elektronikbereich könnten dramatisch gesenkt werden, wenn alte Geräte vom Hersteller zurückgenommen, demontiert und recycelt würden.

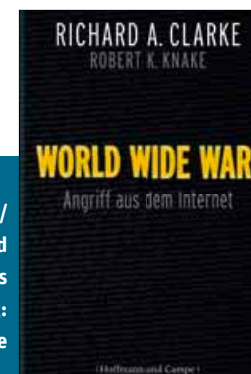
Leasingverträge bei Autos seien einem Neuwagenkauf vorzuziehen. Energieeffizienz, intelligente Stromtransport- und Speichermöglichkeiten. Hier liegen auch die Stärken der deutschen Industrie.

Nachhaltigkeit bedeutet aber auch eine grundsätzliche Reform des derzeitigen Finanz- und Währungssystems. Die Finanzkrise von 2008 wurde nicht global gelöst, sondern nur aufgeschoben. Unsere Wirtschaftssysteme beruhen auf der selbstverständlichen Annahme eines ständigen Wirtschaftswachstums. Es werden permanent neue Schulden aufgehäuft und damit auf Kosten der zukünftigen Generationen gelebt. Es bedarf also auch für den Finanzsektor – parallel zur Energiewende – einen Wandel. „Wir haben als Generation die Chance, eine neue Gebrauchsanleitung für den weiteren Fortschritt zu entwickeln, die nicht von einem wirtschaftlichen, sondern von einem emphatischen Denken bestimmt wird.“ (Ranga Yogeshwar)

Es macht Freude, dieses Buch zu lesen. Zwei Fachleute haben sich ernsthafte Gedanken gemacht, was man ändern kann, und zwar in allen Disziplinen. Entwicklungen und Technologien, die noch in den Kinderschuhen stecken, wurden weitergedacht und neue Impulse gegeben. Aber schon jeder Einzelne kann im Kleinen Veränderungen vornehmen, am besten, man fängt gleich heute damit an.

SUSANNE BERKE

Clarke, Richard A. /
Knake, Robert K.: *World
Wide War. Angriff aus
dem Internet.* Hamburg:
Hoffmann und Campe
Verlag 2011,
352 Seiten, € 22,00.



Unsere heutige moderne Welt ist völlig von computergesteuerten Systemen und Netzen abhängig, die mit dem Internet verbunden sind. Umgekehrt gilt, dass je weniger ein Land vernetzt ist, desto geringer ist seine Abhängigkeit. Diese Technologie hat zweifellos viel Gutes bewirkt. Aber ebenso wird der Cyberspace als Waffe eingesetzt mit dem Ziel, in vernetzte Systeme anderer Staaten einzudringen, um dort vielfältige Schäden anzurichten oder die Netze lahmzulegen. Die Autoren (der eine war jahrzehntelang als Berater für vier US-Präsidenten tätig und wurde später zum Bundeskoordinator für nationale Sicherheit ernannt, während der zweite sich auf Internetkriminalität spezialisierte) beschreiben in ihrem Buch primär die Situation in den Vereinigten Staaten. Erfahrungen zeigen aber, dass diese mehr oder minder für eigentlich alle Industrienationen zutrifft.

Die USA sind mehr als jeder andere Staat von vernetzten Systemen abhängig, sie hätten unter einem breit angelegten Cyberangriff stärker zu leiden als die meisten Länder. Die Ursache liegt im Wirtschaftssystem: Die Internetverbin-

dungen in Nordamerika gehören durchweg Privatunternehmen und werden von diesen betrieben. Das US-Netzkriegscommando hat die Aufgabe, das Verteidigungsministerium und andere Regierungseinrichtungen zu schützen, doch für eine Abwehr der zivilen Infrastruktur oder des Bankwesens gibt es bis jetzt weder Pläne noch Kapazitäten – im Ernstfall wird niemand die wahrscheinlichsten Ziele eines elektronischen Angriffs verteidigen. Zudem ist die US-Wirtschaft skeptisch gegenüber staatlichen Versuchen, den Unternehmen Vorschriften für den Schutz der Cybersicherheit aufzuerlegen. Allzu oft werden die Gefahren einfach nicht gesehen. Studien beweisen sogar, „dass viele große Unternehmen mehr Geld in Grattiskaffee für ihre Mitarbeiter und Besucher investieren als in die Sicherheit ihrer Computernetze“. Es ist absolut kein phantasievoller Hollywoodstreifen, sondern erschauernde Realität, wenn die Verfasser einen solchen landesweiten Cyberangriff auf die Infrastruktur beschreiben. Bei einem solchen „könnte der Strom für Wochen ausfallen, in den Pipelines würde kein Öl oder Gas mehr fließen, Zügen würden stillstehen, Flugzeuge müssten am Boden bleiben, Banken könnten kein Geld auszahlen und Krankenhäuser könnten nur stark eingeschränkt arbeiten. Die Zivilbevölkerung würde in kalten, ungeheizten Wohnungen festsitzen, würde weder an Lebensmittel noch an Geld kommen, hätte keine Aussicht auf eine medizinische Versorgung und wäre nur unzureichend über die aktuelle Lage informiert ...“

Bisher ist es zu Vorfällen solcher Ausmaße nicht gekommen, aber wohl zu gravierenden Zwischenfällen. Von deren Vielzahl heben die Autoren einige

hervor. So brachen etwa Juli 2009 die Websites zweier Bundesministerien der Vereinigten Staaten zusammen, nordkoreanische Cyberstellen hatten ihre Server verstopft. Im gleichen Jahr drangen chinesische Hacker ins US-Stromnetz ein und deponierten dort Schaltmechanismen, mit denen ein Blackout hätte ausgelöst werden können. Bei einem bekannten nordamerikanischen Konzern gelang es ihnen, mehrere tausend Dokumente des supergeheimen Kampffjet-Rüstungsprojekts F-25 zu entwenden. In Deutschland konnten sie in das Bundeskanzleramt sowie in das Auswärtige Amt eindringen. Von russischer Seite wurden vor Jahren in Estland hunderte Schlüsselsites wochenlang attackiert und das Land gelähmt. Dieselben Urheber verschafften sich heimlich Zugang in den Webserver des georgischen Präsidialamtes und machten es dem Staat unmöglich, per Internet das Ausland über die Vorgänge zu informieren. Dass die USA und ihre Verbündeten bereits während des Kalten Krieges sowjetische Computersysteme funktionsunfähig gemacht hatten, lässt das Buch ziemlich offen durchblicken. Allgemein bekannt ist der Angriff im Herbst 2010 gegen eine Urananreicherungsanlage des Iran, der ein Fünftel der Zentrifugen lahmlegte und das Atomprogramm Teherans für zwei Jahre zurückwarf. Angesichts dieser Situation kommen verständlicherweise immer wieder Rufe nach einem völligen Verbot des Cyberwar auf. Indes werden sie zwangsläufig Theorie bleiben: Im Gegensatz zur Kontrolle traditioneller Rüstungsbeschränkungen gibt in diesem Milieu keine Möglichkeit, eine solche durchzusetzen oder auch nur zu überprüfen – eine zuverlässige Kontrolle aber wäre zwingende Voraussetzung! Zudem ist es manchmal nahe-

zu unmöglich, den wahren Urheber eines Cyberangriffs festzustellen, schon wiederholt wurde von einem Staat ein solcher von einem anderen Land aus durchgeführt.

Es ist ein aufrüttelnder Bericht, der die aufkommenden Gefahren vorstellt, der indes letztlich keinerlei wirksame Lösungen anzubieten vermag. Das Rad der technischen Entwicklung in der heutigen Menschheit stoppen oder gar rückgängig machen zu wollen, wird unmöglich sein ...

FRIEDRICH-WILHELM SCHLOMANN

**Weilguny, Walburga M. /
Resch, Claudia / Samhaber, Elke / Hartel, Birgit:**
**Weißbuch Begabungs-
und Exzellenzförderung.**
**Wien: Bundesministerium für Unterricht,
Kunst und Kultur 2011,**
113 Seiten, € 0,00.



In dem neuen Weißbuch und in den FAQs (ÖZFB-Salzburg 2010) beantworten Expertinnen und Experten vier zentrale Fragen zur Begabtenförderung: Was ist Hochbegabung? Wie erkennt man Hochbegabung? Wie können Hochbegabte gefördert werden? Welche Erziehungsfragen stellen sich in Verbindung mit Hochbegabung? Im Zentrum soll an dieser Stelle das Weißbuch zur Begabungs- und Exzellenzförderung stehen. Die Basis der Argumentation bildet der folgende Dreischritt: Die Autorinnen und Autoren geben einen kurzen und prägnanten Rückblick, nehmen eine ausführliche Gegenwartsanalyse vor und vermitteln einen Ausblick auf die mittelfristige Zukunft. Die drei zentralen Fragen lauten: Was geschah? Was geschieht zurzeit? Was ist noch zu tun? Da das Weißbuch einen umfassenden und detaillierten Überblick über den aktuellen Stand der Begabungs- und Exzellenzförderung vermittelt, darf angenommen werden, dass es in der interessierten Öffentlichkeit die erhoffte und verdiente Beachtung finden wird. Das Weißbuch ist sowohl für Entscheidungsträger der Bildungs- und For-

schungspolitik und Hochschullehrer als auch für Frühpädagogen, Lehrer und Eltern eine wertvolle und wichtige Orientierungshilfe.

Hochbegabte sind auf der Suche nach dem „inneren Gesetz“, welches für ihr Leben von Bedeutung ist und wenn sie dieses gefunden haben, erreichen sie die innere Freiheit!

Das Buch ist ein Kompendium, das über den Schul- und Hochschulbereich als zusammenhängenden Kernbereich hinausgeht und die Frühpädagogik (Kindergarten) sowie die Erwachsenenbildung, aber auch Wirtschaft und Arbeit (berufliche Bildung) einbezieht.

Das Weißbuch geht von den Aufgaben, Zielen und rechtlichen Grundlagen der Begabungs- und Exzellenzförderung aus und fragt nach Möglichkeiten der Netzwerkbildung, Qualifizierung und Forschung.

Das Weißbuch verwendet einen mehrdimensionalen und dynamischen Begabungsbegriff. Begabung umschließt das gesamte Potenzial eines Menschen und entfaltet sich in einem lebenslangen Lern- und Entwicklungsprozess. Relevant sind drei Komponenten: Personalisation, Sozialisation und Qualifikation. Um Leistungsexzellenz zu erreichen, sind neben kognitiven Fähigkeiten auch Leistungswille, sachbezogenes Interesse, Arbeitsdisziplin, Selbstvertrauen, Selbstkritik, Ideenreichtum, konstruktive Phantasie und innovatives Denken erforderlich. Entscheidend ist das „Wissensdreieck“ aus Bildung, Forschung und Innovation. Für die Begabtenförderung ist die Qualität und Qualifikation der Lehrerinnen und Lehrer entscheidend. Dies gilt sowohl für die Schule als auch für die Hochschule. Für die Begabtenförderung ist das „Human- und das Sozialkapital“

wichtig. Beim Sozialkapital geht es u. a. um Teamfähigkeit, Offenheit für andere und anderes, aber auch Haltungen, Einstellungen und Konventionen.

Darüber hinaus bilden 2005, 2007 und 2009 besondere Eckdaten im Hinblick auf die schulrechtliche Verankerung der Begabtenförderung in Österreich. Das ÖZBF in Salzburg wurde 1999 gegründet. Träger sind das BMUKK (Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur), und das BMWF (Kultus- und Wissenschaftsministerium in Wien). Das ÖZBF ist heute ein maßgeblicher Impulsgeber und Anreger für innovative Projekte. Das ÖZBF verfolgt die Forschungstrends in der Begabtenpädagogik und transformiert diese in die Schulpraxis. Es bildet den maßgeblichen Transmissionsriemen zwischen Wissenschaft und Schulwirklichkeit. Darüber hinaus gibt es in Österreich viele regionale und lokale Aktivitäten und Initiativen zur Begabtenförderung.

Abschließend ist noch anzumerken, dass die grau unterlegten Merkposten (in weißer Schrift) am Rand des Textes eine wertvolle und hilfreiche Unterstützung für die Leserinnen und Leser sind.

GOTTFRIED KLEINSCHMIDT



Abdel-Samad, Hamed:
Krieg oder Frieden – Die arabische Revolution und die Zukunft des Westens.
München: Droemer Verlag, 2011,
240 Seiten, € 18,00.

Das Buch ist der Aktualität etwa der Jahresmitte von 2011 verpflichtet, was bedeutet, dass es fertig gestellt wurde vor Gaddafis Tod, dem Ausgang der Parlamentswahlen in Ägypten und dem Antrag der West-Bank-Palästinenser vor der UNO, als ein Staat anerkannt zu werden. Aber die syrischen Unruhen hätte der Autor denn doch erwähnen müssen! So spricht er ganz überwiegend von Ägypten, zumal er geborener Ägypter ist und bei den Demonstrationen auf dem Kairoer Tahrir-Platz mit dabei war und von Tunesien, wo der Umsturz zum Zeitpunkt der Abfassung seines Manuskriptes bereits geschehen war. Die einzelnen Kapitel wirken ein bisschen wie die Zusammenfassung guter Zeitungsartikel, die man zum jeweiligen Thema schon einmal gelesen hat, bieten also außer einigen (durchaus aussagestarken) Anekdoten wenig Neues. Aber sie helfen in ihrem unaufgeregten und überhaupt nicht manierierten Stil zur Konzentration des Lesers auf die Problematik.

Zum Neuen gehört der Vergleich zwischen den Namen Mohammed Atta

und Mohammed Bouazizi: Ersterer ein Drahtzieher der Anschläge vom 11. September 2001, Letzterer gilt durch seine Selbstverbrennung als der Auslöser der „Jasmin-Revolution“ in Tunesien. Der eine war ein Terrorist gemäß der global anzuwendenden Ideologie von Al-Qaida, der andere ein junger Mann, der im Polizeistaat Ben Alis an seiner Möglichkeit zur beruflichen und persönlichen Entfaltung verzweifelte. Dem Autor ist beizustimmen, dass der Ursprung der „Arabischen Revolution“ im Aufbegehren der jungen Leute liegt, die die Güter ersehnen, für die im Allgemeinen der Diskurs des Westens steht: Demokratie, Rechtsstaat, Pluralismus, religiöse und ethnische Toleranz, das alles verbunden mit einem wachstumsorientierten, weitgehend von korrupter Gängelung freien wirtschaftlichen Leben. Mittlerweile ist der Autor in seinem Optimismus, dass eben diese Güter durch die Revolution erreicht werden, etwas gedämpfter geworden. Da er schon lange in Deutschland lebt, verdeutlicht er seinen Skeptizismus mit einem Hinweis auf die Revolution von 1848: Deren Ziele seien auch erst nach Jahrzehnten und nach herben Rückschlägen erreicht worden.

So bleibt ihm, wie allen anderen Beobachtern auch, ehrlicherweise nichts anderes übrig als eine Bestandsaufnahme der einzelnen Elemente, die für den Fortgang der Revolution mit Sicherheit eine Rolle spielen werden. Er geht dabei von einem eher als europäisch zu bezeichnenden Standpunkt aus, da er schon lange in Europa lebt. Dies soll nicht heißen, dass er europäische Vorurteile über die arabische Welt wiederkaut, sondern dass er Rationalität walten lässt. Das macht die Lektüre eingängig,

hat aber das Risiko, dass auch Rationalität sich als eins der abendländischen Vorurteile insofern erweist, als sie den Gegebenheiten vor Ort nicht gerecht wird. Besonders interessant dürften die Ausführungen über die Muslimbruderschaft in Ägypten sein, denn der Argwohn der meisten westlichen Kommentatoren richtet sich gegen diese: Wird sie, zumal nach ihrem triumphalen Abschneiden bei den Wahlen vom Ende 2011, nun Ägypten in einen „Gottstaat“, etwa nach iranischem Vorbild, umkrepeln wollen, zusammen mit ihrem radikalen Ausleger, den von Saudi-Arabien finanzierten „Salafisten“, die als „Partei des Lichts“ auf den Wählerlisten auftauchten? Der Autor war nämlich als jüngerer Mann auf einer Identitäts- und Sinnsuche, die er im Übrigen bei vielen Angehörigen der jungen arabischen Generation feststellt, und dabei hat er sich eine Zeit lang den Muslimbrüdern angeschlossen. Er befindet: Diese Gruppierung hat sich seit ihrem Bestehen (1928 gegründet) stets opportunistisch und mitunter gegen die Interessen breiterer Bevölkerungsschichten dem jeweiligen Regime angepasst, um nicht zu sagen angeeignet, von König Faruk über Nasser und Sadat bis zu Mubarak. Es gehen zwar einige regimefeindliche Gewalttaten auf ihr Konto, da ihre Mitglieder keine monolithische Einheit bilden und auch abgesehen davon waren die Muslimbrüder zeitweise staatlicher Verfolgung ausgesetzt. Aber mordbereite Dschihadisten sind sie eben nicht, und sie drängen sich gegenwärtig auch nicht an die Macht, trotz ihrer Wahlerfolge. Denn sie wissen, dass Ägypten vor ungeheuren innenpolitischen und ökonomischen Problemen steht. Wenn ande-

re, zum Beispiel die säkular gesonnenen Liberalen mit ihrer Galionsfigur Mohammed El Baradei, an diesen Problemen scheitern, dann ist das den Muslimbrüdern nur recht, weil der – wohl eher unrealistische – Erwartungsdruck der Bevölkerung dann geringer sein wird, wenn sie ihre gescheiterten Vorgänger ablösen. Der Autor hält es für schlicht unmöglich, dass in Ägypten eine Theokratie begründet werden könnte. Zum einen, weil Ägypten alles andere als Scharia-Fanatismus braucht, nämlich wirtschaftlichen und demokratischen Aufschwung. Zum anderen, und das dürfte für pessimistische Beobachter überzeugender sein, weil das auch die Muslimbrüder wissen. Sie können ihre Vorsicht, politische Verantwortung zu übernehmen, jederzeit mit dem geistlichen Argument verteidigen, dass eine wahrhaft islamische Gesellschaft aus den Herzen der Gläubigen heraus erst allmählich wachsen muss – es ist der christliche Gedanke der „Metanoia“ in islamischer Umgebung. Wem all diese Argumente zu unsicher sind, der kann sich doch an das Faktum halten, dass Ägypten schlicht kein Öl hat. Die iranischen Ayatollahs jedoch können mit den Einnahmen daraus ihr theokratisches System aufrechterhalten, eine einmalige Begünstigung! Außerdem, so der Autor, ist die Religion nicht Teil der Lösung der Probleme der arabischen Welt, nach dem einprägsamen Fundamentalisten-Motto: „Der Islam ist die Lösung“, sondern eins der Probleme selbst.

Zum Stichwort Iran: Der Autor hält die gegenwärtige Spannung zwischen Is-

rael, Saudi-Arabien und den USA auf der einen und dem Iran auf der anderen Seite für entschieden gefährlicher als alles, was ägyptische oder tunesische Fundamentalisten im Augenblick bewirken können. Auch der Palästina-Konflikt, für sich selbst genommen, habe kein solches Kriegs-Potenzial. Saudi-Arabien ist für ihn geradezu ein „Schurkenstaat“, dessen wahhabitisch-versteinertes Regime ebenso wenig Zukunftsaussichten habe wie das iranische. Saudi-Arabien bilde heute die größte Gefahr für den Weltfrieden, „denn es besteht aus einer schizophrenen Mischung aus Geld, Sippenkultur, amerikanischer Popkultur, modernen Waffen und einer religiösen Ideologie, die den Rest der Welt für Untermenschen hält“. Bei diesem Urteil schwingt wohl das traditionelle Konkurrenzverhältnis zwischen Kairo und Er-Riad mit, wem denn nun die Hegemonie in der arabischen Welt gebühre. Denn der Autor verspricht sich von einem demokratisch geläuterten Ägypten, das als staatsmännische Bezugsgröße eher den Türken Erdogan als den Perser Ahmadschad wählt, eine hegemonial akzentuierte Vorbildfunktion im Nahen Osten. Das ist die zeitgemäße Form des Ehrgeizes der Mameluken des späten Mittelalters, eines Mehmed Ali im 19. Jahrhundert und eines Nasser ab 1952!

BERND-DIETER RILL



Weilert, Katarina / Hildmann, Philipp W. (Hrsg.):
Ethische Politikberatung, Baden-Baden: Nomos
2012, 314 Seiten, € 49,00.

Ethik ist in aller Munde und neben Politikberatung ein großes Schlagwort unserer Zeit. Beides wird breit diskutiert, ist Gegenstand wissenschaftlicher Erörterung und wird in wachsendem Maße in ein Verhältnis zueinander gesetzt. Mit dem letzten Punkt rückt eine neue, bislang nur rudimentär aufgegriffene Frage in den Mittelpunkt: Was verbirgt sich hinter einer explizit Ethischen Politikberatung?

Um dies zu diskutieren, hatten sich auf Einladung der Hanns-Seidel-Stiftung und der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft Expertinnen und Experten verschiedener Disziplinen in Heidelberg zu einem wissenschaftlichen Kolloquium getroffen. Gemeinsam wurden aus unterschiedlichen wissenschaftlichen Blickwinkeln erste Konturen eines Gesamtkonzeptes einer Ethischen Politikberatung geformt.

Konkret kristallisierte sich heraus, dass Ethische Politikberatung zu einer zentralen Notwendigkeit in einer Gesellschaft geworden ist, die in vielfältiger Weise über Ziele der Politik entscheiden kann und muss, welche teils erst seit dem Ausgang des 20. Jahrhunderts überhaupt ins Bewusstsein gedrungen sind oder sich als Notwendigkeiten herausgestellt haben.

Ausgehend von den Ergebnissen dieser gemeinsamen Expertentagung präsentiert der nun vorliegende Band, wie, wo und von welchen Wertvorstellungen geprägt Ethische Politikberatung stattfindet oder wo sie noch nicht hinreichend etabliert ist. Dabei widmet er sich neben den allgemeinen Strukturen einer Ethischen Politikberatung auch den spezifischen Handlungsfeldern der Umweltethik sowie der Bio- und Gesundheitsethik.

FÖRDERPREIS FÜR POLITISCHE PUBLIZISTIK

der
Hanns-Seidel-Stiftung

dotiert mit EURO 5.000

Themenstellung

Wie verändern Internet und soziale Medien die Politik?

Einsendeschluss: 5. November 2012

Jury-Förderpreis
Referat II/4
Hanns-Seidel-Stiftung
Lazarettstraße 33
80636 München

Die Bewerber müssen Jahrgang 1983 oder jünger sein.

Weitere Informationen unter www.hss.de/preise/publizistik.html

DAS PROZEDERE AUF DEN PUNKT GEBRACHT:

- **Wer ist angesprochen?**

Bewerber können sich immatrikulierte Studierende oder Erstpromovierende an wissenschaftlichen Hochschulen, die Jahrgang 1983 oder jünger sind.

- **Was ist einzureichen?**

- Ein Papiermanuskript (Zeichenanzahl inkl. Leerzeichen: 12.000 bis 24.000)
- Das Manuskript als Worddatei auf CD
- Eine aktuelle Immatrikulationsbescheinigung
- Ein tabellarischer Lebenslauf mit ausführlichem Werdegang (Einsendeschluss: 05.11.2012)

- **Rückfragen unter**

Tel.: +49 (0)89 1258-215

E-Mail: endres@hss.de

- **Wohin? Ausschließlich per Briefsendung an**

Jury-Förderpreis
Referat II/4
Hanns-Seidel-Stiftung
Lazarettstraße 33
80636 München

- **Richtlinien zum Inhalt / Jurykriterien**

- Das Thema kann als Essay, Reportage oder wissenschaftlicher Beitrag aufbereitet werden.
- Die Arbeit kann übergreifend oder exemplarisch angelegt sein.
- Sie muss in deutscher Sprache formuliert sein, den politischen und demokratischen Grundsätzen der Bundesrepublik Deutschland gerecht werden, aus wissenschaftlicher Perspektive verfasst sein, sich durch stilistische Klarheit auszeichnen und durch eigenständige, innovative Gedanken oder auch durch ungewöhnliche Aspekte in der Ausarbeitung Interesse erregen.
- Sie soll sich für eine Veröffentlichung in einer von der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung herausgegebenen Publikation eignen.
- Der Beitrag darf noch nicht veröffentlicht sein.

Der Preis dient der Förderung von Nachwuchswissenschaftlern (w/m).

Die Auswahl unter den eingereichten Arbeiten übernimmt eine unabhängige Jury, der prominente Wissenschaftler und Publizisten angehören. Die Jury entscheidet mit einfacher Mehrheit. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Die Jury behält sich vor, die Arbeiten mit einer Plagiat-Software zu überprüfen.

Die Hanns-Seidel-Stiftung e.V. erwirbt mit der Auszeichnung der Arbeiten das Recht, diese honorarfrei zu veröffentlichen. Zusätzlich ist geplant, weitere Textbeiträge der Einsender zu publizieren, wenn die Jury dies vorschlägt. Eine Pflicht zum Abdruck besteht für die Hanns-Seidel-Stiftung allerdings nicht.

Mitarbeiter der Hanns-Seidel-Stiftung sind von der Teilnahme an dem Wettbewerb ausgeschlossen.

Die Preisverleihung findet im Frühjahr 2013 in einem feierlichen Rahmen im Konferenzzentrum München statt.

Weitere Informationen zur Preisausschreibung finden Interessierte unter www.hss.de/preise/publizistik.html

Folgende Neuerscheinungen aus unseren Publikationsreihen können bei der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Lazarettstraße 33, 80636 München (Telefon: 089/1258-263) oder im Internet www.hss.de/publikationen.html bestellt werden:



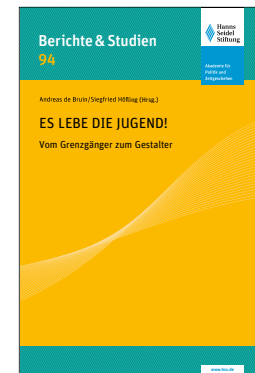
AKTUELLE ANALYSEN

Nr. 59: Die Wahlergebnisse der CSU –
Analysen und Interpretationen



ARGUMENTE UND MATERIALIEN ZUM ZEITGESCHEHEN

Nr. 78: Gerechtigkeit für alle Regionen
in Bayern - Nachdenkliches zur
gleichwertigen Entwicklung von Stadt
und Land



BERICHTE UND STUDIEN

Nr. 94: Es lebe die Jugend!
Vom Grenzgänger zum Gestalter

WEITERE PUBLIKATIONEN

Franz Josef Strauß-Preis 2011 an Michail Gorbatschow

VORSCHAU

POLITISCHE STUDIEN

Nr. 443: Die politische Dimension des Rechtsextremismus mit
Beiträgen von Jürgen Backes, Eckhard Jesse, Wilhelm Schmidbauer,
Hans-Peter Uhl und Jörg Ziercke

Herausgeber:

© 2012, Hanns-Seidel-Stiftung e. V., München
Lazarettstraße 33, 80636 München,
Tel. +49 (0)89 1258-0, E-Mail: polstud@hss.de,
Online: www.hss.de

Vorsitzender: Prof. Dr. h. c. mult. Hans
Zehetmair, Staatsminister a. D., Senator E. h.
Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf
Leiter der Akademie für Politik und Zeit-
geschehen: Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser
Leiter PRÖ/Publikationen: Hubertus Klingsbögl

Redaktion:

Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser
(Chefredakteur, V. i. S. d. P.)
Barbara Fürbeth M. A. (Redaktionsleiterin)
Verena Hausner (Stv. Redaktionsleiterin)
Susanne Berke, Dipl. Bibl. (Redakteurin)
Claudia Magg-Frank, Dipl. sc. pol. (Redakteurin)
Marion Steib (Redaktionsassistentin)

Graphik: Publishers Factory, München

Druck: Negele Druck, Augsburg

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Hanns-Seidel-Stiftung e. V. reproduziert oder unter Verwendung elektronischer

Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Das Copyright für diese Publikation liegt bei der Hanns-Seidel-Stiftung e. V.

Die Beiträge in diesem Heft geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder; die Autoren tragen für ihre Texte die volle Verantwortung. Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn ihnen ein Rückporto beiliegt.

Bezugspreis:

Einzelhefte € 4,50.

Jahresabonnement € 27,00

Schüler/Studenten-Jahresabonnement bei Vorlage einer gültigen Bescheinigung kostenlos. Die Zeitschrift Politische Studien erscheint als Periodikum und Themenheft. Darüber hinaus erscheinende Sonderausgaben sind im Abonnement nicht enthalten. Abobestellungen und Einzelheftbestellungen über die Redaktion und den Buchhandel.

Kündigungen müssen der Redaktion schriftlich mindestens 8 Wochen vor Ablauf des Abonnements vorliegen, ansonsten verlängert sich der Bezug um weitere 12 Monate.

Bildnachweis für Titel:

Dmitriy Shironosov/Thinkstock